

Gegen die Strömung

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:

J. Strütt, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin

1. Auflage 2017

ISSN 1616-315X

Grundfragen der Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland

**Aufgaben und Probleme des Kampfs
gegen den deutschen Imperialismus**

Im Kampf für den Kommunismus (Band 2)

Inhaltsübersicht

- I. Der proletarische Internationalismus als Voraussetzung für die sozialistische Revolution in Deutschland
- II. Der Kampf gegen den deutschen Imperialismus als imperialistische Großmacht
- III. Ökonomische Kämpfe, der Kampf gegen Faschisierung und gegen die Gefahr einer offenen Diktatur der Bourgeoisie
- IV. Kampf gegen „Teile und Herrsche“ als Voraussetzung einer siegreichen sozialistischen Revolution
- V. Kampf gegen alle Varianten des Antikommunismus

Eine notwendige Schlussbemerkung:

Der Kampf für die sozialistische Revolution und für den Kommunismus ist die Hauptsache

Einleitung

1.

Der deutsche Imperialismus ist der Hauptfeind der sozialistischen Revolution in Deutschland, weil er die politische, militärische und ökonomische Macht in Händen hält. Er ist der Hauptfeind der sozialistischen Revolution, vor allem weil sein Staatsapparat (insbesondere seine bewaffneten Kräfte wie Bundeswehr und Polizei) im bewaffneten Kampf der Mehrheit der proletarischen Klasse und ihrer Verbündeten zerschlagen werden muss, um den Kapitalismus zu stürzen.

Es gilt heute in Deutschland deshalb nach wie vor der Satz: Der Hauptfeind steht im eigenen Land.

Wer sich in Deutschland die Aufgabe stellt, den deutschen Imperialismus zu stürzen und zu besiegen, um ihn zu vernichten, der wird sehr rasch begreifen, dass hier große Schwierigkeiten zu überwinden sind.

Erstens: Deutschland ist Teil des kapitalistischen Weltsystems. Es ist ein imperialistisches Land, eine imperialistische Großmacht. Die grundlegenden Merkmale des Kapitalismus, eines imperialistischen Lands, einer imperialistischen Großmacht, sind keine Besonderheiten Deutschlands, zeigen aber tiefergehend, was das Wesen des deutschen Imperialismus ist und wie fundamental die Aufgabe ist, den deutschen Imperialismus zu besiegen und zu vernichten.

Deshalb ist die Geschichte der Besonderheiten des deutschen Imperialismus auch nur im Zusammenhang mit der Entwicklung des Weltimperialismus zu verstehen. Auch heute ist es für das Verständnis der aktuellen Lage des deutschen Imperialismus erforderlich, die Lage des Weltimperialismus und die internationale Situation insgesamt genau zu kennen.

Zweitens: Es gehört nicht viel Fantasie dazu, um zu erkennen, dass bei einer revolutionären Entwicklung in einem jeden Land, auch in Deutschland, die Reaktionäre aller Länder – allen voran die anderen imperialistischen Großmächte – trotz ihrer Konkurrenz und ohne Rücksicht auf irgendwelche Regeln, Abmachungen und Gesetze militärische Interventionen planen und nach Möglichkeit durchführen. Der proletarische Internationalismus, der Zusammenschluss der proletarischen Klasse in allen Ländern der Welt mit dem Ziel, das System des Imperialismus insgesamt zu bekämpfen, ist das entscheidende Gegenmittel gegen die weltweite Konterrevolution und zudem entscheidend für den gemeinsamen Kampf für den Kommunismus.

Drittens: Der Kampf für den proletarischen Internationalismus kann nicht erfolgreich angepackt werden, wenn nicht die Besonderheiten des deutschen Imperialismus in Geschichte und Gegenwart, die Besonderheiten seiner imperialistischen Beziehungen zu allen Ländern der Welt sowie die Besonderheiten der Lage im Land analysiert, entlarvt und bekämpft werden. Denn nur so kann die Autorität und der Einfluss des deutschen Imperialismus in der proletarischen Klasse und in der Masse der Werktätigen gebrochen werden. Nur auf diesem Weg kann grundlegend und sehr konkret für jeden auf der Welt sichtbar ein ständiger scharfer Kampf gegen den deutschen Nationalismus geführt werden. Nur so kann auch im demokratischen Kampf, vor allem aber im Kampf für die Solidarität der proletarischen Klasse in der ganzen Welt so etwas wie Vertrauen, Solidarität zur proletarischen Klasse in Deutschland, und ein gemeinsames Denken, Fühlen und Handeln überhaupt entstehen.

2.

Die gesamte Realität des deutschen Imperialismus erfordert von den kommunistischen Kräften, auf sehr vielen Gebieten einen Tageskampf zu entfalten. Dies beinhaltet ökonomische Kämpfe, aber auch Kämpfe für demokratische Rechte, für Gleichberechtigung und gegen Hetze, Diskriminierung und Verfolgung von fortschrittlichen und revolutionären Kräften, Minderheiten und Benachteiligten, für internationale Solidarität sowie insgesamt gegen die mörderische Ideologie und Politik des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus im Innern und nach außen, gegen Faschisierung und Kriegspolitik.

Diese Kämpfe gilt es mit aller Entschiedenheit zu führen. Gleichzeitig muss dennoch vor allem ihre Begrenztheit verstanden und bewusstgemacht werden. Insbesondere ist sorgfältig darauf zu achten, nicht in die vielfältig aufgestellten Fallen des Reformismus und Opportunismus zu tappen.

Für kommunistische Kräfte gilt es, einen eigenständigen und zugespitzten demokratischen Kampf zu führen. Es geht also darum, unter der Leitung der kommunistischen Kräfte konsequente gewerkschaftliche und demokratische Organisationen in verschiedenen Formen aufzubauen und zu verstärken, um die demokratischen Kämpfe zu koordinieren, zu bündeln und die gegenseitige Unterstützung zu verstärken. Hier müssen sich die Kommunistinnen und Kommunisten in der Praxis als konsequenteste demokratische Kraft bewähren. Dies ist nur möglich, indem sie langfristig und geduldig arbeiten, durch die eigene Theorie und Praxis wirklich überzeugend agieren, durch konsequentes Auftreten, durch begeisternde Aktio-

nen, aber auch durch eine ganze Palette von „Angeboten“ (Agitationsmaterial, wissenschaftliches Material usw.) zunehmend zum anerkannten führenden Zentrum des demokratischen Kampfes werden.

Eine große Herausforderung dabei ist, dass es so gut wie für alle Aspekte dieses Kampfes inzwischen nichtkommunistische Organisationen und Gruppen gibt, die sich speziellen Aufgaben des demokratischen Kampfes zugewandt, konstituiert und organisiert haben.

Dabei handelt es sich um ein breites Spektrum von Organisationen, die in Einzelfragen positive Positionen vertreten können, sich in anderen Fragen jedoch antidemokratisch und reaktionär verhalten können, insbesondere wenn sie direkt von Vertretern des deutschen Imperialismus organisiert und als Auffangbecken auch für all jene demokratischen Kräfte organisiert oder instrumentalisiert wurden, die wirklich einen energischen demokratischen Kampf führen wollen.

Am deutlichsten ist dies in den ökonomischen Tageskämpfen, bei denen die Gewerkschaften, die eigentlich die Aufgabe hätten, die ökonomischen Kämpfe zu organisieren, genau diese Funktion übernommen haben.

Es ist trotzdem notwendig, dass die kommunistischen Kräfte in fest unter der Führung der Konterrevolution stehenden Organisationen wie den breiten Gewerkschaftsorganisationen arbeiten und teils verdeckt, teils offen mit dem Risiko des Ausschlusses, der Verhaftung und Verurteilung den ökonomischen und den demokratischen Kampf in all seinen Formen unterstützen und um die Führung kämpfen. Dabei gilt es, den Kampf so zu führen, dass Illusionen in den Charakter solcher konterrevolutionärer Massenorganisationen zerschlagen und eigenständige Formen der Organisation für möglichst große Teile der Mitglieder als eigentliche Aufgabe verständlich und praktisch notwendig werden. Das erfordert zwingend, die opportunistischen und reaktionären Führer der Gewerkschaften (mit ihrem Apparat) zu entlarven und zu bekämpfen.

Auf der anderen Seite des Spektrums stehen Organisationen wie die Rote Hilfe, Anti-Nazi-Gruppen, Refugee-Organisationen und Komitees zur Unterstützung von Geflüchteten, denen es mal mehr, mal weniger gut gelingt, ihren demokratischen Aufgabenstellungen zu entsprechen.

Je nach Thema und Situation geht es darum, in unterschiedlichem Umfang mit manchen solcher Organisationen auch die Zusammenarbeit zu suchen und Bündnisse anzubahnen und in der Praxis zu erproben.

Dabei muss klar sein, dass gerade jene Organisationen, die erfolgreich den demokratischen Kampf führen, zunehmend der Gefahr ausgesetzt sind, von Organen des deutschen Imperialismus mit staatlichen Geldern eingekauft zu werden, um ihrem Kampf die Spitze abzubereiten und die demokratischen Kämpfe zu spalten. Das gehört zur Realität aller Tageskämpfe.

Das muss bewusst sein, wenn nachfolgend auf eine ganze Reihe von demokratischen Tageskämpfen eingegangen wird, wobei mit Sicherheit in der weiteren Entwicklung weitere demokratische Kampffronten hinzukommen.

3.

Der deutsche Imperialismus greift im Prozess der staatlichen Faschisierung ideologisch vor allem auf das altbewährte Mittel des deutschen Nationalismus - der schärfsten ideologischen Waffe der deutschen Bourgeoisie - und auf den deutschen Rassismus zurück, die beide im Nazifaschismus ihre größte Steigerung fanden, um großangelegte politische und ideologische Hetzkampagnen zu initiieren und durchzuführen.

Dieses Potential beruht nicht nur auf einem riesigen Medienapparat, der solche Kampagnen mit enormer Geschwindigkeit losstretet, aber auch genauso schnell wieder einstellen kann. Dieses Potential beruht vor allem auch auf einer geschichtlich geformten reaktionären Grundlage, der Ideologie des deutschen „Herrenmenschtums“. Die ideologische Basis und Verbindungsclammer der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie sind der deutsche Nationalismus und der deutsche Rassismus in all seinen Facetten.

Im Kontrast zu jeder Gruppe, gegen die sich Hetze und politische Angriffe richten, steht als Kernpunkt ein Eigenbild der herrschenden Klasse vom „deutschen Menschen“ und von der Rolle Deutschlands. Seine Funktion ist klar: Mit Hilfe dieses Eigenbildes vom „deutschen Wesen“ kombiniert mit dem Bild vom sogenannten „christlich-europäischen Abendland“ sollen möglichst breite Massen der Bevölkerung erfasst werden, die sich dazugehörig fühlen und in diesem Gefühl schwelgen sollen und gegebenenfalls darum bitten und betteln sollen, dass sie doch dazugehören dürfen. Es geht um die biologistisch-pseudowissenschaftlich oder aus dem mystifizierten angeblich besonderen „deutschen Wesen“ erklärte „Höherwertigkeit“ des „deutschen Volkes“, aus der sich sein angebliches Recht zur Führung oder Vernichtung der als minderwertig erklärten anderen Bevölkerung der Welt ergeben soll.

Die deutsche „Herrenmenschen“-Ideologie dient dazu, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung für die herrschende Klasse gegen diesen oder jenen zum „Feind“ Erklärten zu mobilisieren und an sie zu binden. So soll eine verbrecherische „Kameradschaft“ zwischen der deutschen Bourgeoisie und der deutschen Bevölkerung bei Ausgrenzung, Diskriminierung, Raub, Mord und Totschlag begründet werden. Auf der Basis der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie, der deutsch-nationalistischen und rassistischen Überheblichkeit haben der deutsche Imperialismus und seine verschiedenen Abteilungen in den letzten Jahren die rassistische und nationalistische Hetze sowie die diskriminierende und repressive Politik massiv gesteigert. Dabei konnte und kann der deutsche Imperialismus sich zumindest auf die stillschweigende Duldung der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung sowie großer Teile der proletarischen Klasse in Deutschland stützen.

Die verschiedensten politischen Manöver und ideologischen Hetzkampagnen können in sehr unterschiedlicher Weise miteinander verknüpft werden. Themen werden mit großer Geschwindigkeit gewechselt und neue Manöver gestartet.

Da gibt es politische Kampagnen nach außen – mal gegen die USA, mal gegen Russland, mal gegen Griechenland, mal gegen die Türkei. Diese Kampagnen sind auch Teil der sehr ernst zu nehmenden Kriegsvorbereitung. Bei der Vorbereitung eines Krieges und im Krieg selbst liegt es auf der Hand, gegen wen sich nationalistische Hetze mit der Beigabe verschiedener rassistischer und anderer Mechanismen richtet.

Gleichzeitig – manchmal verknüpft damit, manchmal selbstständig initiiert – gibt es im Innern Deutschlands Kampagnen gegen einzelne Gruppen, die mit unterschiedlichen hetzerischen Begründungen an den Pranger gestellt und angegriffen werden: Migrantinnen und Migranten und deren Kinder und Enkel, Geflüchtete, Muslime, Menschen, die durch die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“ bedroht sind, Jüdinnen und Juden, Sinti oder Roma, Menschen mit Behinderungen (diese drei Gruppen waren vorrangige Ziele der systematischen Mordpraxis der Nazis), die sorbische Bevölkerung, die ebenfalls seit Jahrhunderten und in der Nazizeit verfolgten Menschen mit gleichgeschlechtlichen Beziehungen, die Hälfte der Bevölkerung, die Frauen, die in erster Linie alltäglicher Gewalt und ideologischer Diskriminierung ausgesetzt sind, die sogenannten „Hartz-IV-Empfänger“ und weitere Gruppen.

Es ist rasch einsehbar, dass hier vielfältig kombiniert werden kann. Sowohl Migrantinnen und Migranten als auch Geflüchtete werden oft genug

pauschal als Muslime angegriffen, oft genug kombiniert mit Hautfarben-Rassismus. Dann werden jüdische und muslimische Menschen gemeinsam wegen ihrer nichtchristlichen religiösen Praktiken angegriffen. Die deutschen Imperialisten spalten nicht nur durch eine Hierarchie der Diskriminierung nach verschiedenen Ländern, sondern rassistisch motiviert zusätzlich nach dem Motto „Je südlicher, je dunkler, umso schlimmer“. Das Problem einer mit dem schlechten Ausdruck „Ausländerfeindlichkeit“ existierenden Diskriminierung haben nicht so sehr Menschen etwa aus Norwegen oder Dänemark.

In der Praxis der Hetze der herrschenden Klasse werden oftmals auch unerwartet und mit Überraschungseffekt Feindgruppen konstruiert. Wenn nachfolgend also auf die geschichtlich entstandenen und aktuellen Besonderheiten der einzelnen Gruppen anhand der bisherigen Angriffe eingegangen wird mit dem Ziel, eine umfangreiche Aufklärung zu ermöglichen und zu erleichtern, ist klar, dass auch mit neuen überraschenden Wendungen gerechnet werden muss.

Für alle diese Kampagnen müssen drei Punkte eindringlich und immer wieder klargestellt werden:

- a) Der wichtigste Punkt ist die Solidarität mit der jeweils angegriffenen Gruppe.
- b) Es ist klar, dass eine grundlegende Funktion dieser Kampagnen des deutschen Imperialismus darin besteht, mit der Methode „Teile und Herrsche“ vorzugehen. Wenn berechtigte Kämpfe stattfinden, geht es bei solchen Kampagnen darum, diese Kämpfe zu unterminieren und zu zerschlagen.
- c) Wenn keine aktuellen Kämpfe stattfinden, geht es dem deutschen Imperialismus darum, große Teile der Bevölkerung an die herrschende Klasse zu binden, sie gegebenenfalls in „Herrenmenschen“-Aktionen einzubeziehen und damit diese Menschen zu brutalisieren.

Sowohl gegen die aktuelle Politik der Diskriminierung und Verfolgung als auch gegen die ideologischen Hetzkampagnen haben die kommunistischen Kräfte die Aufgabe, zu jedem einzelnen Punkt Klarheit zu schaffen und vielfältige Kämpfe zu initiieren und anzuleiten.

Für die Solidarität mit allen von staatlicher Faschisierung, aber auch von nazistischer Propaganda Betroffenen und von Mordanschlägen Bedrohten ist es unerlässlich, der Ideologie, Politik und mörderischen Praxis des deutschen Nationalismus und Rassismus, der deutschen „Herrenmenschen“-

Ideologie, des „Teile und Herrsche“ den Kampf anzusagen und diesen Kampf entschlossen zu führen.

4.

Der proletarische Internationalismus richtet sich gegen jeglichen Nationalismus und Rassismus, gegen jede Form der Aufhetzung durch Imperialismus und Reaktion. Der proletarische Internationalismus ist auch in Deutschland Voraussetzung für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution als Teil der proletarischen Weltrevolution. Die Aufgaben im Kampf für den proletarischen Internationalismus stehen deshalb am Beginn unserer Ausführungen (Teil I).

Auf dieser Grundlage werden dann im nächsten Abschnitt (Teil II) die Aufgaben des Kampfs gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus und seine weltweite Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik gegenüber anderen Ländern analysiert und festgehalten.

Dabei ist der Kampf gegen die Ideologie des deutschen Revanchismus von besonderer Bedeutung, weil der Revanchismus ein entscheidendes Instrument für die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus ist.

Im dritten Abschnitt (Teil III) werden Aufgaben benannt, die durchaus entscheidend dafür sind, wenn es darum geht, eine Massenbewegung gegen den deutschen Imperialismus vorzubereiten und zu organisieren.

Behandelt werden Tageskämpfe gegen verschärfte Ausbeutung und zunehmende Verelendung. Es geht also um das, was als „soziale Fragen“ bezeichnet wird. Die Aufgaben liegen hier in der Aufklärung über die Ideologie vom „Sozialstaat“ und in der Aufdeckung von Illusionen in Gewerkschaftsführung und andere pseudolinke Kräfte. Solche sich entfaltenden Kämpfe werden mit einer gewissen Logik auf den sich faschisierenden Staat, aber auch auf die Attacken der Nazis, also den Naziterror treffen, müssen also bewusst als Kämpfe für demokratische Rechte gegen staatliche Faschisierung und Naziterror entwickelt werden.

Im vierten Teil (Teil IV) geht es um das „Teile und Herrsche“ auf verschiedenen Gebieten, um die Rechte der Frauen, um die Rechte von diskriminierten und verfolgten Minderheiten. Es geht um einen Kampf für demokratische Rechte, es geht um einen bewussten Zusammenschluss aller demokratischen und revolutionären Kräfte gegen alle Spaltungsmanöver. Hier müssen eine Fülle von Varianten reaktionärer Ideologie, die fast alle eine sehr lange Geschichte haben, analysiert und nach Möglichkeit nicht nur widerlegt, sondern auch zerschlagen werden.

Bei der Fülle dieser Kämpfe entwickeln sich ein innerer Zusammenhang und ein Zusammenschluss nicht von selbst. Ohne bewusste Leitung und Organisation besteht immer die Gefahr, dass einer dieser Kämpfe gegen andere Kämpfe ausgespielt wird und nicht die Notwendigkeit des Kampfes auf allen diesen Gebieten erkannt wird. Es ist gerade die Aufgabe der Kommunistischen Partei, nicht nur in jedem einzelnen Kampf voranzugehen, sondern auch jede Möglichkeit zu nutzen, die einzelnen Kampfabschnitte miteinander zu verbinden, was sehr oft durchaus schwierig ist.

Abschließend wird dann der entscheidende Punkt entwickelt, dass die Kommunistische Partei mit ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten in all diesen Tageskämpfen und grundlegenden demokratischen Kämpfen auf allen Gebieten die Aufgabe hat, den Antikommunismus zu widerlegen und zu zerschlagen und vor allem den Kampf für den Kommunismus, für die Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats in den Mittelpunkt zu stellen, um nicht in Reformismus und Opportunismus zu versinken.

I. Der proletarische Internationalismus als Voraussetzung für die sozialistische Revolution in Deutschland

1. Proletarischer Internationalismus und der Kampf für den weltweiten Kommunismus

Der Nationalismus, die angebliche Interesseneinheit mit den eigenen Ausbeutern und die Überheblichkeit gegenüber dem „Rest der Welt“ sind ein tödliches Gift, das jegliche revolutionäre Entwicklung unmöglich macht, auch und gerade in den Reihen der proletarischen Klasse.

Der Aufruf von Marx und Engels, dass sich das Proletariat aller Länder zusammenschließen soll, ist Ausdruck des zutiefst internationalen Charakters des Kommunismus. Dieser Aufruf bedeutet nicht, die Besonderheiten seines Landes zu ignorieren und den historisch gewachsenen, hauptsächlich Kampfschauplatz im eigenen Land für unwichtig zu erklären. Vielmehr steckt in diesem Aufruf die praktische Konsequenz, dass – über alle nationalen Besonderheiten hinaus – der Kapitalismus ein Weltsystem geworden ist, das nur gemeinsam vom Proletariat aller Länder weltweit endgültig durch den Sieg des Weltkommunismus vernichtet werden kann.

Dieser Aufruf beinhaltet auch die wesentliche Erkenntnis, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder untereinander solidarisch sein müssen: Der Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Kampf für die Schaffung des Sozialismus und Kommunismus ist in jedem Land ein Kampf Schulter an Schulter mit dem Proletariat aller Länder.

Bei der genaueren Betrachtung und Bewertung der Kräfte der proletarischen Weltrevolution ist es also von größter Wichtigkeit, zunächst die Einheit des Proletariats aller Länder, die Hegemonie des Weltproletariats überhaupt, geführt von einer starken, organisierten kommunistischen Weltbewegung, als Ausgangspunkt zu verstehen. Die Revolution im „eigenen“ Land muss sich vor allem leiten lassen von den Interessen der proletarischen Weltrevolution.

Das bedeutet vor allem, dass im Interesse der Entwicklung der Klassenkämpfe in anderen Ländern und der revolutionären Kämpfe in anderen Ländern, die Revolution im eigenen Land große Zugeständnisse, etwa auch in territorialer Hinsicht, große Verluste auch in militärischer oder ökonomischer Hinsicht in Kauf nehmen muss.

Die Richtlinie für die revolutionären Kräfte in jedem Land ist, sich nicht nationalistisch nur auf das „eigene“ Land zu konzentrieren, sondern unter Berücksichtigung der Lage im „eigenen“ Land die Interessen des internationalen Proletariats, die Interessen der Revolution in den anderen Ländern zum Angelpunkt zu machen und ein Höchstmaß dessen durchzuführen, was

im „eigenen“ Land für die Entwicklung, Unterstützung und Entfaltung der Revolution in allen Ländern durchführbar ist.

Deshalb sagt Lenin, dass es nur einen wirklichen Internationalismus gibt, der sich für eine revolutionäre Linie, für die Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfs im „eigenen“ Land kämpft sowie für die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) eben eines solchen Kampfes, eben einer solchen Linie und nur einer solchen allein in ausnahmslos allen Ländern.

2. Proletarischer Internationalismus und der Kampf gegen den europäischen Chauvinismus

Es ist von entscheidender Bedeutung für die sozialistische Revolution in den Ländern imperialistischer Großmächte, dass sie in jeder Phase ihrer Entwicklung eine klar bestimmte Haltung zu den vom eigenen Imperialismus unterdrückten Bevölkerungen einnimmt.

Grundlegende Voraussetzung für die Vorbereitung und Durchführung der Revolution in einem jeden Land ist die Schaffung des Bewusstseins, dass ein festes Bündnis zwischen der proletarischen Klasse der herrschenden Nationen und den ausgebeuteten Massen der Bevölkerung der unterdrückten Nationen hergestellt werden muss. Der Schwerpunkt der proletarisch-internationalistischen Ausrichtung der jeweiligen Kämpfe muss hier wie da gegen den „eigenen“ Nationalismus gerichtet sein.

In Deutschland, einer imperialistischen Großmacht in Europa, ist zudem der Kampf gegen den europäischen Chauvinismus nötig.

Der europäische Chauvinismus drückt sich insbesondere in dem von den Imperialisten aller Länder Europas geschürten Überlegenheitswahn gegenüber den unterdrückten und ausgebeuteten Massen der Bevölkerung der vom Imperialismus abhängigen Länder aus, der auch in der proletarischen Klasse der europäischen Länder sehr tief sitzt.

In europäisch-chauvinistischer Manier wird Europa als „Nabel der Welt“ hingestellt, werden die imperialistischen Gemetzel der „eigenen“ europäischen Mächte in den vom Imperialismus abhängigen Ländern ignoriert bzw. verharmlost und dortige nationale Befreiungskriege „vergessen“ oder sogar für „unmöglich“ erklärt. Diesen Varianten des europäischen Chauvinismus muss der Krieg erklärt werden.

Dies wird heute besonders deutlich in der Art und Weise, wie über die fürchterlichen Massaker in Ruanda, Kongo, Sierra Leone usw. berichtet

oder eben nicht berichtet wird, also in den Ländern, in denen von Imperialisten angestachelte lokale Kriege wüten.

3. Proletarischer Internationalismus und der Kampf gegen den deutschen Nationalismus

Der Kampf für den proletarischen Internationalismus und für den Weltkommunismus, wie er in jedem Land der Welt geführt werden muss, und der besondere Kampf gegen den europäischen Chauvinismus sind grundlegend, aber ganz und gar nicht ausreichend.

Der wichtigste und schwierigste Punkt im Kampf für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland war, ist und bleibt der Kampf vor allem gegen die „deutsche Borniertheit“, den deutschen Nationalismus in all seinen Varianten, mit dem zentralen Slogan „Stolz ein Deutscher zu sein“ sowie gegen die auf dem deutschen Nationalismus und deutschen Rassismus basierende Ideologie des deutschen „Herrenmenschentums“. Der deutsche Nationalismus in all seinen Varianten ist die schärfste ideologische Waffe der deutschen Bourgeoisie, des deutschen Imperialismus, um demokratische und revolutionäre Bewegungen in Deutschland niederzuhalten, zu spalten und um proimperialistische Massenbewegungen, wie die Geschichte gezeigt hat, zu organisieren und Fortschritte auf dem Weg zur Vorbereitung der sozialistischen Revolution zunichte zu machen. Er richtet sich sowohl gegen Menschen in anderen Ländern als auch gegen Menschen in Deutschland, ist eng verbunden mit Geschichtsfälschungen in Deutschland und der Vertuschung der Verbrechen des deutschen Imperialismus überhaupt. Die Vorbereitung der sozialistischen Revolution kann keinen Millimeter vorankommen ohne entschiedenen Kampf gegen den deutschen Nationalismus in allen sich noch entwickelnden und schon stattfindenden ökonomischen und demokratischen Tageskämpfen.

Seit eine deutsche Nation im Entstehen begriffen war, nahm der deutsche Nationalismus von Beginn an eine besonders reaktionäre Rolle ein.

Die deutsch-nationalistische These, dass die „Deutschen das am höchsten stehende Volk auf Erden“ seien und dass deshalb „am deutschen Wesen die Welt genesen“ müsse, wurde vom deutschen Imperialismus weiter ausgebaut, auf die Spitze getrieben und der jeweiligen Situation angepasst propagiert.

Es gelang den deutschen herrschenden Klassen immer wieder, vor allem auch durch eine widerliche und besonders aggressive, gegen die Bevölke-

rung anderer Länder gerichtete deutsch-nationalistische Propaganda, die werktätigen Massen an sich zu ketten, sie in Raubkriege zu hetzen und große Teile für die Unterstützung ihrer Verbrechen zu gewinnen, wie im Ersten Weltkrieg unter der Parole der „Vaterlandsverteidigung“. Im nazistischen Raubkrieg schließlich konnte der deutsche Imperialismus mit seinem deutschen Nationalismus und deutschen Rassismus einen noch nie dagewesenen Masseneinfluss erreichen. Ideologische Hetze wurde bei alledem immer wieder auch mit einem System der materiellen Bindung von Teilen der Werktätigen durch abgestufte teilweise Besserstellungen verbunden.

Der deutsche Imperialismus hat in der Zeit des Nazifaschismus Verbrechen von bisher noch nicht gekannter Dimension begangen. Die Tradition der millionenfach eingepflichten deutschen Überheblichkeit, die in der Nazi-ideologie kulminierte, wird tagtäglich geschürt. Unter solchen Umständen ist eine „rein deutsche“ Perspektive nicht nur engstirnig, sondern vor allem Widerspiegelung der imperialistischen deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie: Der deutsche Nationalismus muss zerschlagen werden!

Der tiefgehende Kampf gegen den deutschen Nationalismus, der Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland ist unmöglich, ohne die vorrangige Unterstützung gerade der revolutionären Bewegungen in den vom deutschen Imperialismus abhängigen Ländern. Beides ist unmöglich ohne festes Bündnis gerade mit diesen, den deutschen Imperialismus und seine Macht untergrabenden revolutionären Kräften.

Proletarischer Internationalismus bedeutet Solidarität in Wort und Tat. Es muss bewusst sein, dass diejenigen kommunistischen Kräfte in einer Unterdrückernation, die sich in Worten als Feinde des Imperialismus ausgeben, in Wirklichkeit jedoch in den vom „eigenen“ Imperialismus abhängigen Ländern keinen revolutionären Kampf unterstützen und – wie Lenin sagte – dorthin keine Waffen und keine Schriften für die revolutionären Parteien bringen, eine „Partei von Lumpen und Verrätern“ sind.

Neben dem Ziel des Sturzes der Herrschaft des Kapitals und schließlich seiner restlosen Enteignung hier in Deutschland gehört zur unmissverständlich klaren programmatischen Aussage der proletarischen Revolution in Deutschland die Feststellung, dass sämtliche Kapitalien deutscher Konzerne in anderen Ländern den werktätigen und ausgebeuteten Massen der Bevölkerung dieser Länder gehören.

Dazu gehört darüber hinaus, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Werktätigen in Deutschland mitverantwortlich und in großem Ausmaße

auch mitschuldig für die Verbrechen des deutschen Imperialismus sind. Schon Marx und Engels haben für das sozialistische Proletariat des damaligen Deutschland klar formuliert, dass jede zukünftige Regierung des siegreichen Proletariats seine Herrschaft weder ausüben noch festhalten kann, ohne einen größtmöglichen Ausgleich für die unter der Herrschaft der Ausbeuterklassen begangenen Verbrechen zu leisten.

Daraus folgt, dass dem Proletariat in Deutschland bewusstgemacht werden muss, dass es gerade auch nach dem Sturz der Bourgeoisie vor dieser Aufgabe steht. Ohne dieser Verpflichtung in der Tat nachzukommen, ist an den proletarisch-internationalistischen Zusammenschluss mit der Masse der Bevölkerung der vom deutschen Imperialismus überfallenen, mit Mord und Ausbeutung überzogenen Länder nicht zu denken. Der proletarische Internationalismus ist eine Voraussetzung für die sozialistische Revolution in Deutschland.

II. Der Kampf gegen den deutschen Imperialismus als imperialistische Großmacht

4. Internationale Solidarität im Kampf gegen den deutschen Imperialismus

Um die Verbindung mit den demokratischen und revolutionären Kräften in der ganzen Welt herzustellen und zu festigen, muss von den kommunistischen Kräften in Deutschland immer sowohl geschichtlich als auch aktuell auf die besonderen Verbrechen des deutschen Imperialismus hingewiesen werden. In einer großen Anzahl von Ländern geht es dabei vor allem um die Geschichte der Verbrechen des Nazifaschismus, aber auch immer noch um Verbrechen des deutschen Imperialismus während des Ersten Weltkriegs und der deutschen Kolonialgeschichte (Afrika, China). Es geht um eine klare Haltung zu Schuld, Verantwortung und Entschädigung als ein Kernpunkt.

Gleichzeitig ist der deutsche Imperialismus als Großmacht in kaum bekanntem Umfang führend oder wesentlich beteiligt an der direkten Ausbeutung, Ausplünderung und verschärften Unterdrückung großer Teile der Bevölkerung in Europa und außerhalb Europas, er tritt als internationaler Unterdrücker und Ausbeuter auf, der die Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung in anderen Ländern zerstört. Darüber müssen wir in Deutschland aufzuklären – mit oder auch ohne konkreten Anlass.

Besondere Anstrengungen jedoch müssen gerade dann unternommen werden, wenn es soziale Kämpfe, demokratische Kämpfe, ja revolutionäre Kämpfe in anderen Ländern gibt, die sich auch gegen den deutschen Imperialismus richten. Diese Kämpfe solidarisch zu unterstützen mit all den Mitteln, die Lenin so detailliert beschrieben hat (nicht nur Geld und Bücher), durch persönliche Kontakte in beide Richtungen, gemeinsame Aktionen und alles, was dazu dient, diese kämpferische, internationalistische Solidarität zu stärken, ist unbedingt notwendig. Eine weitere besondere, oft komplizierte Aufgabe besteht darin, auch mit den fortschrittlichen Kämpfen in jenen Ländern solidarisch zu sein, die sich vor allem gegen andere imperialistische Großmächte richten und aus imperialistischer Konkurrenz mit Wohlwollen vom deutschen Imperialismus begleitet werden mit dem Ziel, solche Kämpfe unter ihre Fittiche zu nehmen und als Instrument im imperialistischen Konkurrenzkampf zu nutzen.

Hier gilt es ebenfalls durch praktische Zusammenarbeit und solidarisches Handeln den deutschen Imperialismus mit seiner Heuchelei und seinen Verkleidungskünsten zu entlarven und zu bekämpfen.

Gleichzeitig gibt es auch die Situation, dass die imperialistischen Großmächte, einschließlich des deutschen Imperialismus, angesichts von Elend und Armut Söldnerarmeen aufbauen, die im Interesse einer imperialistischen Großmacht bereits lokale Kriege gegen andere imperialistische Großmächte führen.

Es gibt auch Fälle, in denen ehemals revolutionäre Bewegungen, die teilweise zerschlagen wurden, als Söldner eingekauft und instrumentalisiert werden. Dabei wird oftmals auch auf revolutionäre Verkleidung und anti-imperialistisches Getöse keinesfalls verzichtet.

Hier entsteht die schwierige Aufgabe, dann mit den manchmal wenigen, aber langfristig entscheidenden demokratisch-revolutionären Kräften weiter solidarisch zusammenzuarbeiten und nicht auf das scheinrevolutionäre Geschrei solcher faktischer Söldnertruppen hereinzufallen.

Es ist vielleicht die schwierigste Aufgabe, jeweils zu einer wirklich realistischen Einschätzung bei den konkreten bewaffneten Kämpfen zu kommen.

Hier geht es darum, nicht allzu schnell internationalistische Verpflichtungen für unnötig zu erklären, aber auch nicht in die Gefahr zu kommen, revisionistische Kräfte oder gar Söldnertruppen imperialistischer Großmächte, insbesondere Söldnertruppen des deutschen Imperialismus, zu unterstützen.

Durch die verzerrte Berichterstattung in den imperialistischen Medien wird es immer schwieriger, ja nahezu unmöglich, sich hier ein klares Bild zu verschaffen. Nur durch einen stabilen und direkten Kontakt zu revolutionären und demokratischen Kräften in den jeweiligen Ländern kann es gelingen, zu einem sicheren Urteil zu gelangen.

Um diese Aufgaben wenigstens knapp zu illustrieren und zu konkretisieren:

Dem kaum bekannten ausgedehnten bewaffneten Kampf in Indien gegen Großgrundbesitzer und Zentralstaat, gegen Ausbeutung und Unterdrückung gilt aktuell ganz klar unsere Solidarität und Unterstützung.

Schwieriger ist die Einschätzung der revolutionären Kräfte etwa in Nepal. Dort wurde 1996 unter der roten Fahne ein bewaffneter Kampf gegen die brutale Ausbeutung und Unterdrückung durch das Regime feudalistischer Großgrundbesitzer und der vom Imperialismus abhängigen Kompradoren begonnen. Nach dem Wahlsieg der KPN (M) 2008 gewannen mehr und mehr revisionistische Kräfte die Oberhand und die KPN (M) spaltete

sich 2012. Es ist unklar, wer und wie stark die am Kommunismus orientierten Kräfte heute sind. Klar ist jedoch, dass wir mit der revisionistischen VKPN (M) unter Führung Prachandas nicht solidarisch sind.

Wichtige Teile der ukrainischen Armee mit deutlich nazifaschistischer Ausprägung sind eine Art Söldnertruppe des deutschen Imperialismus. Die palästinensische Organisation Hamas, die Hisbollah und auch der „Islamische Staat“ erhalten über die vom Imperialismus abhängigen arabischen Staaten und den Iran als Zwischenstation ihren Sold. Sie bekommen aber auch direkt Zuwendungen – sei es indirekt über die EU, sei es direkt über den deutschen Imperialismus. Dabei haben diese Kräfte, zumindest vorübergehend, durch ihre nationalistische und judenfeindliche Propaganda und Politik und ihren Terror gegen emanzipatorische Kräfte die Mehrheit bestimmter Teile der Bevölkerung, insbesondere im Gaza-Gebiet, hinter sich gebracht.

Es ist klar, dass es hier keine solidarische Unterstützung geben kann.

Es gibt ein grundlegendes Kriterium, das solidarische Beziehungen von vornherein verunmöglicht: Wenn bestimmte „Bewegungen“, ob bewaffnet oder unbewaffnet, aktiv gegen demokratische und revolutionäre Kräfte im eigenen Land vorgehen, sie diffamieren oder gar massakrieren. Hier gilt ohne Frage die Solidarität den demokratischen und revolutionären Kräften.

Dieser umfassende Kampf für internationalistische Solidarität ist nicht nur praktisch von Bedeutung, sondern ist auch ein entscheidender Punkt für die Entwicklung des Bewusstseins der Mehrheit der proletarischen Klasse in Deutschland, denn diese Solidarität ist ein entscheidendes Gegengift gegen den deutschen Nationalismus.

Diese grundlegenden Überlegungen zur internationalistischen Solidarität sind auch maßgeblich für den Kampf gegen den Militarismus und die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus, gegen den Ausbau seiner militärischen Stellungen in anderen Ländern und seine Kriegseinsätze, gegen seine Waffenlieferungen und Rüstungsexporte sowie dafür, wie der Kampf gegen die Militarisierung in Deutschland geführt werden muss.

5. Antimilitaristischer und antirevanchistischer Kampf, der Kampf gegen den imperialistischen Krieg

Der deutsche Revanchismus basiert auf dem deutschen Militarismus und realisiert sich durch ihn. Er beruht also auf dem Programm des Militarismus, der Kriegstreiberei, dem Rüstungs- und Kriegspotential und den realen Kriegseinsätzen. Der deutsche Militarismus seinerseits basiert auf den Besonderheiten des deutschen Imperialismus als zu Beginn der Epoche des Imperialismus um 1900 „zu spät“ bzw. bei der Aufteilung der Einflussphären „zu kurz gekommenen“ imperialistischer Räuber, auf seiner besonderen Aggressivität nach zwei verlorenen Weltkriegen und seiner Festigung als eigenständiger Kriegsherd.

Das Verständnis des deutschen Revanchismus als Ideologie sowie auch als Komponente der deutschen imperialistischen Politik bliebe an der Oberfläche, wenn es nicht tiefer zum deutschen Militarismus und zur eigentlichen Kraftquelle, zum deutschen Imperialismus, vordringen würde. Der deutsche Revanchismus und der deutsche Militarismus sind entstanden, entwickelten und entwickeln sich als Mittel zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung bzw. zur Gewährleistung und Durchsetzung der imperialistischen Maximalprofite des monopolistischen Großkapitals und dessen Streben nach Weltherrschaft.

a) Was bedeutet deutscher Revanchismus?

Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der Länder des imperialistischen Weltsystems, das Gesetz der imperialistischen Konkurrenz und der Neuaufteilung der Welt gemäß neuer Kräfteverhältnisse bedingt auch das Gesetz des Handelns des deutschen Imperialismus auf der internationalen Bühne.

Nach wie vor gehört es fest zum Kalkül des deutschen Imperialismus, sein verlorenes Gebiet in jeder Hinsicht wiederzuerobern, sei es territorial, ökonomisch, politisch oder militärisch. Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg zwingt den deutschen Imperialismus zu weit größeren Anstrengungen, als durch eine Augenblicksaufnahme der aktuellen Stärke bewusst werden kann – wobei solche aktuellen Momentaufnahmen die Macht und die Möglichkeiten des deutschen Imperialismus oft genug grob unterschätzen.

Dieser aus der Geschichte zweier verlorener Weltkriege stammende Revanchismus beschränkt sich nicht nur auf die Wiedereroberung seiner frü-

her verlorenen Gebiete, sondern tritt allseitig in Aktion, um seine Weltherrschaftspläne zu realisieren.

Der deutsche Revanchismus ist nicht Sache dieser oder jener bürgerlichen politischen Partei, nicht Merkmal nur der CDU/CSU oder gar nur der Nazis!

Der deutsche Revanchismus ist die offizielle Ideologie und Politik des deutschen Imperialismus und aller seiner Abteilungen, aller seiner Parteien. Alle Versuche, „zwei Fraktionen“ des monopolistischen Großkapitals zu konstruieren – eine angeblich nichtrevanchistische Fraktion, politisch von der SPD, den Grünen oder der PDL vertreten, und eine revanchistische Fraktion der CDU/CSU oder der Nazis –, sind Versuche, sich an den deutschen Imperialismus anzubiedern oder ihn in Schutz zu nehmen. Die Ideologie und Politik des Revanchismus ist auch nicht nur Sache offen revanchistischer „Vertriebenen“-Politiker und -Verbände oder eines angeblichen „Rechtskartells“ innerhalb der herrschenden Klasse.

Der deutsche Revanchismus beinhaltet auch nicht nur den „Drang nach Osten“, sondern das aus der Geschichte zweier fehlgeschlagener Versuche zur Erringung der Weltherrschaft herrührende allseitige Bestreben, diese Niederlagen wettzumachen, um dieses Ziel im dritten Anlauf mit besonderer Kraftanspannung zu erreichen.

Die Ideologie und Politik des deutschen Revanchismus tritt in verschiedenen Richtungen und in verschiedenen Formen auf. Doch eine Linie zieht sich trotz aller Tarnungen und Formveränderungen durch die gesamte Politik der Sachwalter des deutschen Imperialismus durch: Die deutschen Imperialisten appellieren an die von ihnen beeinflusste Bevölkerung, sich für die „Wiederherstellung der beschmutzten deutschen Ehre“ einzusetzen, endlich Schluss zu machen mit dem den Deutschen angeblich angetanen „Unrecht“. Sie appellieren an die bloße Stärke und vermeintliche „Überlegenheit“, maßen sich eine angebliche „Schutzfunktion“ gegenüber der Bevölkerung in anderen Ländern an und schüren dieselbe Banditenmoral wie die Nazifaschisten, wenn sie propagieren, die Lage der deutschen Werktätigen müsse auf Kosten der Masse der Bevölkerung anderer Länder verbessert werden.

Dies aktuell und vor dem geschichtlichen Hintergrund richtig zu verstehen und einzuordnen, ist unerlässlich für den umfassenden Kampf gegen unseren Hauptfeind, den deutschen Imperialismus.

Die revanchistische Propaganda und Politik der Einverleibung aller angeblich „urdeutschen Gebiete“

Der deutsche Imperialismus verfolgt heute nach wie vor ungebrochen das Ziel, sein „Großdeutsches Reich“ unter den heutigen Bedingungen nach Möglichkeit in den Grenzen von 1937/38 wiederherzustellen. Das wirkungsvollste „Eisen im Feuer“ in der Propaganda des deutschen Revanchismus ist dabei zweifellos die Losung von der „notwendigen Einheit aller“ angeblich „urdeutschen Gebiete“. In diesem Rahmen war die „Wiedervereinigung Deutschlands“ von vornherein Teil des revanchistischen Programms des westdeutschen Imperialismus, offen formuliert in der 1949 beschlossenen Präambel des Grundgesetzes. Mit der Einverleibung der DDR und Westberlins ist die erste Etappe vollzogen.

Annexionistische Bestrebungen gegenüber Österreich

Der deutsche Imperialismus forciert seine revanchistischen Ziele auch gegenüber Österreich. Er betreibt ideologisch, ökonomisch und politisch zunehmend die Einverleibung Österreichs als angeblichem Teil Deutschlands.

Der deutsche Imperialismus als imperialistische Großmacht ist ganz offensichtlich in der Lage, ein anderes imperialistisches Land wie Österreich weitgehend zu durchdringen und von sich abhängig zu machen. In der Tat dominiert der deutsche Imperialismus so wesentliche Bereiche der Wirtschaft Österreichs wie Kapitalinvestitionen, Außenhandel und Tourismus usw. Ja, der deutsche Konjunkturverlauf bestimmt oft bis ins Detail den Konjunkturverlauf in Österreich. Im Rahmen der Europäischen Union soll Österreich nach den Vorstellungen des deutschen Imperialismus noch stärker politisch, ökonomisch und militärisch an den deutschen Imperialismus angebunden werden.

Aus historischer Sicht bildeten sich spätestens nach dem Krieg Preußens gegen Österreich 1866 getrennt voneinander eine deutsche und eine österreichische Nation heraus. Die Idee eines „Großdeutschen Reiches“ war seit dieser Zeit, also auch vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg eine ganz falsche, die eigenständige österreichische Nation verleugnende Idee, die sogar bis in die Reihen der Bewegung der proletarischen Klasse hineingewirkt hatte.

Die verbrecherische Okkupation Österreichs 1938 durch die Truppen des deutschen Imperialismus war ein entscheidender Einschnitt, der dazu beitrug, dass Klarheit über die Eigenständigkeit der österreichischen Nation in

der kommunistischen Weltbewegung geschaffen wurde. Mit dem Sieg über den Nazifaschismus wurde dann auch international die vollständige Unabhängigkeit der österreichischen Nation in Verträgen und Abmachungen der Anti-Hitler-Koalition (vor allem in der Moskauer Erklärung von 1943) festgeschrieben.

Revanchistische Pläne gegen die Länder Osteuropas

Der revanchistische Vormarsch des deutschen Imperialismus verstärkt sich nicht nur in Polen und Tschechien, sondern auch in jenen anderen Ländern Osteuropas wie Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Slowakei, Ukraine, die baltischen Staaten, die ehemals von den deutschen Nazis besetzt und ausgeplündert worden waren und die in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg sich vom System des Weltimperialismus weitgehend lösten und Schritte hin zum Sozialismus unternahmen. Dabei nutzen die deutschen Imperialisten nationale Vorurteile, Widersprüche und Konflikte in diesen Ländern aus und schüren diese. Der Verrat der modernen Revisionisten an einer revolutionären und gerechten Nationalitätenpolitik in den ehemaligen sozialistischen Ländern und den Ländern, die sich vom System des Weltimperialismus weitgehend lösten und Schritte hin zum Sozialismus unternahmen, kommt den deutschen Imperialisten dabei zugute, da er den Boden für das Erstarken nationalistischer, reaktionärer Massenbewegungen bereitet hat. Gerade auch unter dem Mantel der EU- und der NATO-Mitgliedschaft arbeiten die deutschen Imperialisten daran, die osteuropäischen und südosteuropäischen Staaten immer enger an sich zu ketten.

Dies war 2013/2014 besonders deutlich in der Ukraine zu sehen, wo der deutsche Imperialismus große ökonomische und ideologische Anstrengungen unternommen hat, um seine revanchistische Expansionspolitik zu entfalten und dieses Land, etwa durch EU-Handelsverträge und auch militärische Unterstützung, verstärkt an sich zu binden.

Oftmals ist der deutsche Revanchismus mithilfe der „Enkel“ der Nazi-Kollaborateure in den jeweiligen Ländern Drahtzieher bei der Zerstörung alter Staatsgebiete und Staaten durch Aufteilung und Zersplitterung, wie dies zum Beispiel in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei der Fall war. Eine besondere Rolle für die Expansion des deutschen Imperialismus in Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion spielen hierbei die sogenannten „Deutschstämmigen“. Sie haben für den deutschen Imperialismus die Funktion von Stützpunkten und Reserven für seinen weiteren politi-

schen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Vormarsch. Dabei muss auch die Illusion bekämpft werden, dass die großen Erfolge bei der „friedlichen Durchdringung“ und der Heranzüchtung von gekauften „Führern“ in diesen Ländern militärische Operationen ausschließen bzw. überflüssig machen würden. Tatsächlich dienen diese „Erfolge“ auch der Vorbereitung militärischer Aktionen, denn die Millionen und Milliarden Euro, die in diese Länder fließen, um Profite herauszusaugen und nach Deutschland zu schaffen, müssen entsprechend der imperialistischen Logik gegebenenfalls militärisch abgesichert werden.

Polen und die Oder-Neiße-Grenze

Der deutsche Imperialismus steht in der langen blutigen Tradition des Nazifaschismus, des reaktionären Preußens und der deutschen Ordensritter, die sich in einer Vielzahl von reaktionären Kriegen polnische Gebiete zusammenraubten. Der deutsche Imperialismus ist im Kern derselbe Imperialismus, der im Verlaufe seines verbrecherischen nazifaschistischen Überfalls sechs Millionen in Polen lebende Menschen ermordete und fast zwei Millionen zur Sklavenarbeit nach Nazideutschland verschleppte. Diese nazifaschistischen Gräueltaten geschahen nicht ohne Billigung und Unterstützung der großen Mehrheit der in Polen lebenden deutschen Bevölkerung

Die auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam 1945 beschlossenen Maßnahmen waren gerade hinsichtlich Polen völlig berechtigt und gerecht. Die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als rechtmäßiger Westgrenze Polens und die Ausweisung großer Teile der deutschen Bevölkerung aus Polen entsprachen den legitimen Sicherheitsinteressen der polnischen Bevölkerung und der Tatsache, dass die weitgehend nazifaschistisch eingestellte deutsche Bevölkerung nichts gegen die nazifaschistischen Verbrechen in Polen unternommen oder diese sogar aktiv unterstützt hatte.

Der deutsche Imperialismus hat sein Verlangen nach Revision der Grenzen, nach „Heimholung“ der angeblich „deutschen“ Ostgebiete, die polnisches Staatsgebiet sind (einschließlich der Teile im ehemaligen „Ostpreußen“), nie aufgegeben. Zu keinem Zeitpunkt, auch nicht nach Abschluss des „Grenzvertrags“ mit Polen 1990, den die deutschen Imperialisten aus einem rein imperialistischen Kalkül abgeschlossen haben, um die Einverleibung der DDR und Westberlins über die Bühne zu bringen, hat der deutsche Imperialismus die Oder-Neiße-Grenze als gerechte und unveränderbare Westgrenze Polens anerkannt.

Stattdessen wird weiter gegen die berechnete und notwendige Umsiedlung deutscher Bevölkerungsteile aus Polen gehetzt. In der Verfassung des deutschen Imperialismus, dem Grundgesetz, ist zudem der revanchistische Paragraph 116 nach wie vor enthalten, wonach die in den angeblich ehemaligen „deutschen Ostgebieten“ „als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling“ in den Grenzen von 1937 lebenden angeblich „Deutschstämmigen“ die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Großdeutsche Rechtsansprüche vor allem Polen gegenüber bestehen also nach wie vor fort.

In der Positur des „Retters Polens“ reißt der deutsche Imperialismus zunehmend die ehemals vom russischen Imperialismus besetzten Positionen an sich, die seine Truppen zurückgezogen hat. Mit der Befürwortung der inzwischen realisierten NATO-Mitgliedschaft Polens beabsichtigt der deutsche Imperialismus, auch seinen militärischen Einfluss auszudehnen.

Der deutsche Imperialismus ist einer der größten Ausbeuter der polnischen Arbeiterinnen und Arbeiter. Ganze Industriezweige werden bereits von der deutschen Bourgeoisie beherrscht. Die polnischen Werktätigen, die Not und Armut nach Deutschland trieb, werden als billige Arbeitskräfte mit niedrigen Löhnen, oftmals illegal, ohne den elementarsten arbeitsrechtlichen und sozialen Schutz, vor allem im Baugewerbe und in der Landwirtschaft ausgebeutet und mit einer Welle deutsch-nationalistischer Hetze überzogen.

Die revanchistischen Bestrebungen zur Herstellung der „Einheit Deutschlands“ in den Grenzen von 1937/38 betreffen insbesondere auch die Region um Kaliningrad. Gemäß den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs und gemäß dem Potsdamer Abkommen war es völlig korrekt, dass das ehemalige Königsberg (das heutige Kaliningrad), ein Teil der preußischen Eroberungen, an die Sowjetunion übergeben wurde.

Russland und die sozialistische Sowjetunion

Die Geschichte des deutschen Nationalismus ist seit langer Zeit mit einer antirussischen Ideologie verbunden. Die deutschen Imperialisten stellten sich im Ersten Weltkrieg als „fortschrittlich“ gegenüber dem reaktionären Zarismus dar und zogen so die „antirussische Karte“. Ihre Eroberungen im Ersten Weltkrieg auf dem Gebiet der späteren Sowjetunion waren entgegen ihren Ambitionen dann aber von sehr kurzer Dauer. Diese Gebiete wurden wieder verloren, was im Versailler Vertrag 1919 festgeschrieben wurde.

Der Aufstieg des Nazifaschismus war von Beginn an mit der Ideologie der „Eroberung von Lebensraum im Osten“, insbesondere weiter Gebiete Russlands, verbunden. Nun kam ein weiterer Faktor hinzu: Der Kampf für die Eroberung Russlands wurde gleichzeitig zum Kampf gegen die sozialistische Sowjetunion, ein Kampf gegen die kommunistischen Ideen und das Zentrum der kommunistischen Weltbewegung. Und ausgerechnet „die Russen“, die sozialistische Sowjetunion mit der KPdSU(B) an der Spitze, zerschlugen die von arroganten deutschen Militärs geleitete nazifaschistische Armee – von der kriegsentscheidenden Niederlage 1943 in Stalingrad bis zum Hissen der Roten Fahne auf dem Reichstagsgebäude in Berlin am 30. April 1945. Ausgerechnet die sozialistische UdSSR bildete die Hauptkraft im Kampf gegen die Kriegsmaschinerie des deutschen Imperialismus, befreite einen Teil Deutschlands vom Naziregime und war dann eine der vier Besatzungsmächte in Deutschland und in Berlin.

Von Anfang an, erst mit kleinen und dann mit größeren Schritten, arbeitete der deutsche Imperialismus nach 1945 daran, sich für diese Schmach zu revanchieren und als „Fachkraft“ im Kampf gegen die sozialistische UdSSR von den anderen imperialistischen Großmächten anerkannt und eingesetzt zu werden. Die Hetze gegen die Sowjetunion zur Zeit Stalins, die, bildlich gesprochen, Hitler das Genick gebrochen hat, die Verleumdung der Roten Armee, die die deutsche Militärmaschinerie samt der Arroganz der deutschen „Herrenmenschen“-Militärs besiegt hatte, sowie das Schüren der Angst vor „den Russen“ spielte eine entscheidende ideologische Rolle bei der Remilitarisierung Deutschlands und bei der Verhetzung großer Teile der Bevölkerung, vor allem in Westdeutschland, die aber auch bis in die neu gegründete DDR hineinwirkte.

Der deutsche Revanchismus betrieb den Hass gegen die Sowjetunion mit der Mobilisierung der eigenen Bevölkerung gegen den Kommunismus: „Die Russen“ waren an allem schuld: an der Oder-Neiße-Grenze, am „Verlust der Ostgebiete“, an der Umsiedlung faschistisch veretzter deutscher Minderheiten verschiedener Länder, am „Heldentod“ so vieler deutscher Soldaten und an der Lage deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion, die dort hart arbeiten mussten, um wenigstens einen Teil der von ihnen angerichteten Schäden zu beheben, und die bei nachgewiesenen Verbrechen für diese bestraft wurden.

Der erste große Triumph bei der Revanche für die Niederlage im Zweiten Weltkrieg war zunächst der revisionistische Farbwechsel der ehemals sozialistischen Sowjetunion ab 1956. Es folgte 1989/90 die Einverleibung

der DDR durch den deutschen Imperialismus. Die Besonderheit dieser Zeitspanne von 1956 bis 1989 war, dass die Rivalität des deutschen Imperialismus mit der nun imperialistischen Sowjetunion und seine Revanche für die Niederlage im Zweiten Weltkrieg nach wie vor unter der Flagge des Kampfs gegen den Kommunismus geführt wurde.

Seit spätestens 1990 war dieser Aspekt des deutschen Revanchismus nicht mehr entscheidend und trat immer mehr in den Hintergrund. Heute ist das Verhalten zu Russland vorrangig vom Kampf um Einflussgebiete geprägt, hie und da wird diese Rivalität auch als Kampf um Demokratie propagandistisch ausgetragen – immer mit dem zentralen Punkt, mal im Vordergrund, mal im Hintergrund: Revanche für die Niederlage im Zweiten Weltkrieg!

Tschechien

Die angebliche „Sudetenfrage“ ist ein Kernpunkt der revanchistischen Hetze und Politik des deutschen Imperialismus. Die Revanchisten behaupten, dass die deutsche Bevölkerung in der ehemaligen Tschechoslowakei unrechtmäßig „vertrieben“ worden sei und es deren „Heimatrecht“ durchzusetzen gelte.

Gegen die revanchistische „Vertriebenen“-Hetze müssen die historischen Tatsachen festgestellt und propagiert werden:

Das Münchner Abkommen von 1938 zwischen dem nazifaschistischen Deutschland, Italien, Frankreich und England war ein von vornherein ungültiges und unrechtmäßiges imperialistisches Diktat, bei dem Teile der Tschechoslowakei (das an Nazideutschland angrenzende „Sudentenland“) an Nazideutschland ausgeliefert wurden, um die Aggression des deutschen Imperialismus nach Osten, gegen die damalige sozialistische UdSSR zu lenken. Die westdeutschen bzw. deutschen Imperialisten haben das Münchner Abkommen von 1938 nie als von Anfang an ungültig erklärt.

Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei machte sich durch aktive Beihilfe, zumindest aber durch stillschweigende Billigung schuldig bzw. mitschuldig an den Verbrechen der Nazi-Okkupanten gegen die tschechoslowakische Bevölkerung, insbesondere auch an der Politik der Durchführung eines Genozid („Völkermord“) gegen die jüdische Bevölkerung und gegen die Sinti und Roma im sogenannten „Protektorat Böhmen und Mähren“.

Deshalb ist der Beschluss der Potsdamer Konferenz, die deutsche Bevölkerung bzw. Teile derselben nach Deutschland zu überführen, gerecht und

notwendig gewesen, um nicht zuzulassen, dass sogenannte „Deutschstämmige“ noch einmal zum Instrument einer von Deutschland ausgehenden Aggression werden. Außerdem war ein Zusammenleben mit diesen Bevölkerungsteilen aufgrund ihrer pronazistischen Haltung bzw. aktiven Unterstützung der Naziverbrechen nicht mehr möglich.

Die westdeutschen bzw. deutschen Imperialisten haben sich mit diesem Ergebnis des Zweiten Weltkriegs und dem Potsdamer Abkommen niemals abgefunden und betreiben auch in dieser Richtung eine Politik der revanchistischen Revision. Seit Jahrzehnten werden vom deutschen imperialistischen Staat die revanchistischen „Vertriebenenverbände“ massiv unterstützt und die Anstrengungen zur sogenannten „Regelung der Sudetenfrage“ enorm verstärkt. Nicht nur im Grenzgebiet zu Deutschland sind teilweise bereits ganze Industriezweige in der Hand des deutschen Kapitals. Die deutschen Imperialisten üben zunehmenden Druck auf die tschechische Regierung aus und verweigern unter dem Vorwand der sogenannten „Sudetenfrage“ den Opfern des Nazifaschismus in der Tschechoslowakei, insbesondere auch der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma, jegliche Entschädigung.

Der Revanchismus richtet sich nicht nur „gegen Osten“

Revanchismus, das bedeutet nicht nur Einverleibung der DDR und Westberlins sowie verstärktes Streben nach Wiederherstellung der Grenzen von 1937/38, das heißt nach Einverleibung angeblicher „urdeutscher Gebiete“, die polnisches, russisches, tschechisches oder österreichisches Staatsgebiet sind. Deutscher Revanchismus bedeutet nicht nur Streben nach „Lebensraum im Osten“ überhaupt. Der deutsche Revanchismus ist auch gekennzeichnet durch das Streben nach Wiedererlangung seiner Einflusssphären in Asien, Afrika und Südamerika sowie in Westeuropa und den sogenannten „Randländern Europas“.

Der deutsche Imperialismus hat in verschiedenen Phasen seiner Geschichte in allen Erdteilen an Boden verloren und will seine Positionen wiedergewinnen. Ob in Frankreich (Elsass-Lothringen) oder in den Niederlanden, ob in Südafrika, in Griechenland oder im ehemaligen Jugoslawien, der deutsche Revanchismus hat auf seine alten Ambitionen nie verzichtet.

Besonders dort, wo im Krieg gegen Nazideutschland die Partisanenkämpfe und die Aufstände der Bevölkerung dem Nazifaschismus heftige Schläge versetzt haben, verkleidet sich der deutsche Revanchismus oftmals geschickt, um sein erneutes Eindringen in diese Länder zu tarnen.

Bei all diesen Aktivitäten bedient er sich der alten, von den Nazifaschisten überall in der Welt geknüpften Fäden, sei es nach Südamerika in Brasilien oder Chile, sei es zu judenfeindlichen Strömungen im arabischen Raum usw. Zugleich belebt er auch traditionelle Beziehungen zu seinen alten Kolonien in Afrika (Togo, Kamerun, Tansania, Namibia, das ehemalige „Deutsch-Südwestafrika“) oder auch in Asien (Kiautschou in China, Teile von Neuguinea, das „Bismarck-Archipel“) und so weiter und in anderen Gebieten, zu denen „traditionelle“ Verbindungen bestehen, so in Indien oder der Türkei.

Der deutsche Imperialismus beschränkt seine weltweiten imperialistischen Aktivitäten nicht nur auf die im Ersten und Zweiten Weltkrieg bereits umkämpften Gebiete, die er so oder so schon einmal unter seiner Oberherrschaft hatte, sondern betreibt selbstverständlich auch relativ unabhängig von diesem Aspekt ökonomische und militärische Expansion in allen anderen Teilen der Welt.

Revanche für den verlorenen Zweiten Weltkrieg gegen die USA, England und Frankreich

Der deutsche Imperialismus geht nicht nur Bündnisse mit anderen imperialistischen Ländern ein, sondern verschärft zunehmend seinen Kampf vor allem gegen die anderen imperialistischen Großmächte, die er immer offener herausfordert. Die hohlen, sich gar „fortschrittlich“ gebenden Phrasen der deutschen Imperialisten, speziell auch die gegen die US-Imperialisten gerichteten, sollen nur vertuschen, dass sich weltweit die imperialistische Rivalität verstärkt.

Der deutsche Imperialismus greift vor allem seinen Hauptkonkurrenten, den US-Imperialismus, aber auch den englischen und den französischen Imperialismus grundlegend auf revanchistischer Basis an. Als ideologischen Hintergrund für diese Rivalität verwendet er die Tatsache, dass die USA, Frankreich und England Teilnehmer der Anti-Hitler-Koalition waren. Aus eigenen imperialistischen Interessen heraus und durch die antinazistischen Kräfte der Welt gezwungen, haben sie sich an der militärischen Niederringung des Nazifaschismus beteiligt und in der ersten Zeit nach dem Krieg tatsächlich im Zusammenhang mit den gerechten Nürnberger Prozessen 1946 die Anklage, Verurteilung und Hinrichtung einiger führender Nazis mitbetrieben.

Als ideologischen Hintergrund verwendet der deutsche Revanchismus auch die Tatsache, dass in den ersten Jahren direkt nach dem Zweiten

Weltkrieg, als vor allem der US-Imperialismus im Bündnis mit den englischen und französischen Imperialisten alle Abkommen mit der damals noch sozialistischen Sowjetunion gebrochen hatte, die Rede davon sein konnte, dass Westdeutschland „unter den Stiefel“ der USA geraten war. Aber auch für diese Zeitspanne muss klar sein, dass der Kampf der westdeutschen Imperialisten gegen die USA nichts, aber auch gar nichts mit Gerechtigkeit zu tun gehabt hat, sondern dass es sich um zwischenimperialistische Rivalität gehandelt hat und heute auf neuer Stufe handelt.

Der deutsche Revanchismus verwendet auch die Methode, sich wohldosiert als „Freund“ von Befreiungsbewegungen oder anticolonialistischen Bewegungen hinzustellen und politische oder gar finanzielle und militärische Unterstützung zu geben, wie zum Beispiel in Mittelamerika und in Afrika. An diesen Punkten wird sichtbar, dass sich zunächst über solche Konflikte in anderen Erdteilen durchaus auch kriegerische Konflikte zwischen den deutschen Imperialisten und den US-Imperialisten sowie den anderen imperialistischen Großmächten anbahnen.

Der sicherlich nötige Kampf gegen die anderen imperialistischen Mächte sowie ihre im Rahmen der NATO noch in Deutschland stationierten Truppen darf nicht ablenken vom hauptsächlichen Kampf gegen unseren Hauptfeind, den deutschen Imperialismus.

Revanchistischer Charakter der „Europa-Pläne“

Der deutsche Imperialismus hat sein altes Bestreben zur umfassenden und allseitigen „Neuordnung“ Europas unter seinem direkten Diktat nie aufgegeben, sondern in den letzten Jahrzehnten und Jahren massiv vorangetrieben. Die Europa-Pläne des deutschen Imperialismus werden im revanchistischen Geist und mit revanchistischen Ambitionen verfolgt. Als die stärkste politische und ökonomische Macht in Europa benutzt er das Projekt des „Vereinten Europa“ in alle Richtungen, gegen die USA, gegen den englischen, französischen und russischen sowie auch gegen den japanischen Imperialismus, für den Ausbau einer unangefochtenen Hegemonialmacht in West- und Osteuropa, als Mittel zur verstärkten Ausbeutung der Masse der Bevölkerung Asiens, Afrikas, Lateinamerikas usw. So forciert der deutsche Imperialismus mit der „Ost- und Südosterweiterung“ von EU und NATO die Stationierung von Bundeswehreinheiten in Polen, in der Tschechischen Republik, in der Slowakei, in Ungarn und anderen Ländern. Damit soll der direkte, auch militärische Griff nach Ost- und Südosteuropa sowie nach anderen „Euro-Regionen“ konsequent vorbereitet und vorange-

trieben werden. In Polen, in Tschechien oder in den baltischen Staaten führt die Bundeswehr bereits Militärmanöver durch.

Um das berechtigte Misstrauen der Bevölkerung anderer Länder gegen ein „Vereintes Europa“ unter der Fuchtel des deutschen Imperialismus zu entkräften, versteckt er seine revanchistischen Vorherrschaftsziele hinter gesamteuropäischen Phrasen vom „gemeinsamen Haus Europa“, von einem „Europa der Regionen“, in dem „Grenzen keine Rolle mehr spielen“ usw. Um dies zu entlarven, muss auch daran erinnert werden, dass die Nazifaschisten demagogisch darum bemüht waren, ihre Aggressions- und Versklavungspolitik als angeblich nötige „Neuordnung Europas“ zu tarnen.

Ob die Losung heißt „Erst Deutschland, dann Europa“, wie bei den diversen Naziparteien, oder ob die Losung paneuropäisch heißt „Wir sind Europa“ – das Ziel sowohl der Propagandisten des offenen deutschen Nationalismus als auch des europäisch verkleideten Chauvinismus großdeutscher Prägung ist dasselbe: Durchsetzung der Pläne des deutschen Imperialismus, die Masse der Bevölkerung der Welt verstärkt auszuplündern, zu unterdrücken und zu beherrschen, auch die Werktätigen im eigenen Land verstärkt auszupressen, und seine Position im Kampf mit anderen imperialistischen Großmächten zu stärken. Dies umfassend zu entlarven und zu bekämpfen ist eine Aufgabe, die sich in Zukunft in noch größerem Umfang stellen wird.

Der deutsche Revanchismus als Instrument zur Mobilisierung breiter Massen für die Weltherrschaftsziele des deutschen Imperialismus

Auf ideologischer Ebene ist der deutsche Revanchismus wesentlicher und unverzichtbarer Teil der „deutschen Ideologie“ des deutschen Imperialismus, der gemeinsam mit Judenfeindschaft und Antiziganismus, Rassismus und Antikommunismus, gemeinsam mit allen Spielarten des deutschen Nationalismus vor allem in den Köpfen der Mehrheit der proletarischen Klasse in Deutschland entschieden bekämpft und vernichtet werden muss, um den deutschen Imperialismus wirkungsvoll bekämpfen und besiegen zu können.

Ideologisch ist ohne Zweifel der deutsche Nationalismus die tiefste Kraftquelle des deutschen Revanchismus und in vielerlei Hinsicht erst seine Wirkungsgrundlage. Denn bei dem breit angelegten revanchistischen Kampfprogramm geht es immer um das „Wir-Gefühl“ eines angeblichen „Unrechts gegen uns Deutsche“.

Das Programm des Revanchismus ist aber nicht nur Ideologie, sondern immer auch Teil der Politik des deutschen Imperialismus. Es wird durch Diplomatie und politische Manöver vorangetrieben, wie dies zum Beispiel in den 1970er Jahren durch die sogenannten „Ostverträge“ und in den Jahren 1989/1990 durch das Zwei-plus-vier-Abkommen zur Absicherung der Einverleibung der DDR und Westberlins geschah.

Aber falsch wäre es, die gesamte Politik des deutschen Imperialismus auf den Revanchismus zu reduzieren. Der Revanchismus in Ideologie und Politik deckt keineswegs das Gesamtprogramm des deutschen Imperialismus ab, das darin besteht, sich auf allen Gebieten im Kampf gegen die anderen imperialistischen Großmächte durchzusetzen und schließlich mit militärischen Mitteln die Weltherrschaft zu erreichen.

b) Was bedeutet deutscher Militarismus?

Wie der Militarismus überhaupt hat auch der deutsche Militarismus zwei Funktionen: Nach außen ist die Militärmacht Werkzeug in der Auseinandersetzung mit anderen imperialistischen Staaten sowie des Kampfs gegen die Bevölkerung in anderen Ländern; im Innern ist sie Waffe in den Händen der herrschenden Klasse vor allem zur Niederhaltung möglicher revolutionärer Bewegungen der proletarischen Klasse.

So durchdringt der Militarismus, besonders heute in der Epoche des Imperialismus, das ganze öffentliche Leben. Dies gilt auch für Deutschland. In der Geschichte Deutschlands hat der Militarismus jedoch eine besondere Ausprägung erfahren.

Schon über den alten deutschen Militarismus schrieb Engels treffend, dass er „der wahre Repräsentant des Militarismus“ sei.

Der deutsche Militarismus geht zunächst vor allem zurück auf das reaktionäre Preußentum mit seinem Kadavergehorsam und Untertanengeist sowie den militaristisch geprägten „deutschen Ordnungssinn“. Diese Eigenschaften wurden weltweit zum Inbegriff deutscher Mentalität – und das nicht zu Unrecht.

Dieser „typisch deutsche“ Militarismus wurde in der Nazizeit zur reaktionärsten Form hochgezüchtet, die die Weltgeschichte je gesehen hat. Aber bereits in der Vorgeschichte des deutschen Imperialismus wurden Varianten und Veränderungen gegenüber der preußischen Prügeldisziplin vorgenommen. Es wurden subtilere Mittel der Terrorisierung zur Erreichung von extremem Untertanengeist entwickelt und ausgearbeitet. Nach wie vor

wurde zwar die extreme Drohung durch Bestrafungen beibehalten. Die Methode der Belobigung, der Anerkennung, ja der Verehrung bekam jedoch einen herausragenden Stellenwert, insbesondere seit dem Nazifaschismus, um zu erreichen, dass die Soldaten (und mit ihnen große Teile der Bevölkerung) einen Stolz entwickeln, der sie bis zur Selbstverstümmelung an das deutsche Militär bindet. Diese Methode führte dazu, dass die Soldaten (inzwischen auch Soldatinnen) mit Machtphantasien, mit der Ideologie der Überlegenheit, kurz mit der ganzen „Herrenmenschen“-Ideologie ausgestattet werden und sich im Einzelnen wie in der Gruppe als unbesiegbare Heldengestalten vorkommen und entsprechend verhalten.

Der deutsche Imperialismus ist nach wie vor davon gekennzeichnet, dass er sich zur Verfolgung seiner imperialistischen Ziele des Militarismus bedient. Der deutsche Imperialismus ist ein gefährlicher eigenständiger Kriegsherd, der sich auf einen imperialistischen Krieg zur Neuaufteilung der Einflussphären unter den imperialistischen Großmächten vorbereitet, vor allem mit seiner Armee.

Der deutsche Imperialismus hat sich mit der Bundeswehr eine riesige Kriegsmaschinerie aufgebaut. Als Hauptkomponente seines Staatsapparats ist sie Werkzeug der Konterrevolution und der imperialistischen Aggression.

Als Bürgerkriegsarmee nach innen ist die Bundeswehr die Hauptmacht der Konterrevolution gegen Aufstände und Revolutionen, gegen das Aufbegehren der proletarischen Klasse und der anderen Werktätigen. Die Bundeswehr wird auch ganz praktisch auf den Bürgerkrieg vorbereitet, übt systematisch den Einsatz gegen revoltierende Arbeiterinnen und Arbeiter und Jugendliche.

Als Aggressionsarmee nach außen dient sie der Sicherung und Ausweitung der Ausbeuterinteressen des deutschen Imperialismus, ist sie Instrument des Kampfs um die Weltherrschaft, des imperialistischen Kriegs. Die Bundeswehr ist eine Armee zur Niederschlagung revolutionärer Bewegungen in anderen Ländern und zur Eroberung anderer Länder.

Diese Tatsachen müssen bewusst sein, um einen umfassenden Kampf gegen den deutschen Militarismus und die imperialistischen Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus zu führen.

c) Antimilitaristischer und antirevanchistischer Kampf

Der antimilitaristische Kampf in Deutschland richtet sich gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen und Kriegseinsätze des deutschen Imperialismus und seiner Bundeswehr sowie gegen die Militarisierung der gesamten Gesellschaft auf politischem, ideologischem und ökonomischem Gebiet.

Der antimilitaristische Kampf in Deutschland richtet sich auch gegen den deutschen Revanchismus mit all seinen Varianten. Denn gerade die Ideologie und Politik des Revanchismus ist eine entscheidende Waffe der deutschen Imperialisten, um imperialistische Kriege zu rechtfertigen und als „gerecht“ zu tarnen.

Für den bewussten und organisierten antimilitaristischen Kampf ist die Kenntnis der Geschichte des deutschen Militarismus und der Kämpfe dagegen sowie die Aufklärung darüber eine wichtige Voraussetzung. Nur so können zum Beispiel die sowohl politisch als auch psychologisch gut durchdachten Kampagnen zur Verherrlichung der Bundeswehr tiefgehend entlarvt werden, nur so kann klargemacht werden, dass diese Armee nicht nur in der Tradition des Reichswehr im Ersten Weltkrieg steht, sondern vor allem auch in derjenigen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Nur so kann bewusstgemacht werden, dass es bei militärischen Traditionen in Deutschland um Traditionen von Verbrechen eines ungeheuren Ausmaßes geht.

Um dem Hochmut der deutschen Imperialisten entgegenzutreten, um die Angreifbarkeit und Besiegbarkeit ihrer Militärmaschinerie aufzuzeigen, ist die Auswertung der Geschichte der bewaffneten Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus, vor allem auch des Kampfs der Roten Armee der damals noch sozialistischen Sowjetunion und der Partisanenkämpfe des Zweiten Weltkrieges, sehr wichtig.

Es gilt auch, die Erfahrungen aus den militanten und antimilitaristischen Kämpfen gegen den west/deutschen Imperialismus in den letzten Jahrzehnten aufzuarbeiten, ihre Schwachstellen, aber auch Stärken erkennen zu lernen und für den eigenen Kampf heute auszuwerten.

Antimilitaristische Proteste richteten sich gegen öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr wie zum Beispiel die militanten Kämpfe gegen die öffentliche Vereidigung von Bundeswehrrekruten in Bremen 1980.

In den letzten Jahren gab es antimilitaristische Aktionen gegen Werbekampagnen der Bundeswehr an Schulen, Universitäten und vor Arbeitsämtern.

Herausragendes Ereignis der vergangenen Jahre war der Kampf gegen die alljährliche Propagandashow der Bundeswehr in Hannover (dem sogenannten „Sommerbiwak“). Im August 2008 ist es 500 Antimilitaristinnen und Antimilitaristen gelungen, den reibungslosen Ablauf zu stören. Solche Aktionen unterstreichen die große Bedeutung und Notwendigkeit, gegen die schleichende Gewöhnung an den deutschen Militarismus anzukämpfen und gegen die Ausdehnung der Kriegseinsatzgebiete der Bundeswehr auf die ganze Welt organisierten Widerstand zu leisten.

Aktuell sind weitergehende Aktionen notwendig – bei militaristischer Propaganda, bei Waffenlieferungen, bei Stationierungen oder Kriegseinsätzen der Bundeswehr oder bei der Niederschlagung von demokratischen und revolutionären Bewegungen durch den deutschen Imperialismus oder mit seiner Hilfe –, um diesem oder jenem Verbrechen der deutschen Imperialisten entgegenzutreten, es nach Möglichkeit zu verhindern. Wichtig ist dabei, nicht in die Falle der bürgerlichen Legalität zu tappen. Notwendig ist die rechtzeitige und sorgfältige Vorbereitung auf den illegalen Kampf, ohne dabei die maximale Ausnutzung aller legalen Kampfmöglichkeiten zu vernachlässigen.

Angesichts einer nahezu perfekt funktionierenden Nachrichtensperre ist es für den Kampf zur Entlarvung der Verbrechen der Bundeswehr in anderen Ländern unerlässlich, Kontakte in diesen Länder zu antimilitaristischen Kräften herzustellen, aber auch Kontakte innerhalb der Bundeswehr gilt es zu knüpfen.

Gerade vor dem Ausbruch eines imperialistischen Krieges ist es ganz besonders wichtig, dass möglichst viele und feste internationalistische Verbindungen im Kampf hergestellt, gepflegt, verstärkt und propagiert werden, um einen gemeinsamen internationalistischen Kampf, eine gemeinsame internationalistische Front gegen drohende imperialistische Kriege weltweit aufzubauen und zu verstärken.

Eine besondere Bedeutung kommt auch dem Kampf gegen die ideologische und politische Rechtfertigung von imperialistischen Kriegen zu. Um ein „ruhiges Hinterland“ herzustellen, müssen die imperialistischen Großmächte durch Lüge und Hetze bei den werktätigen Massen des eigenen Landes eine Stimmung der Kriegsbegeisterung erzeugen, so dass bei ihnen

der Eindruck vorherrscht, ihre Soldatinnen und Soldaten würden ihr Leben für „eine gerechte Sache“ einsetzen.

Lenin stellte klar, dass es eine zentrale Aufgabe des demokratischen Kampfes gegen imperialistische Kriege ist, alle Lügen und Verdrehungen, mit denen versucht wird, den imperialistischen Krieg zu rechtfertigen, in allen Details zu entlarven.

Diese Aufgabe umfasst sowohl die Entlarvung der regierungsoffiziellen Kriegslügen und Kriegshetze als auch die mehr oder minder „links“ verbrämten Demagogien der diversen opportunistisch-reformistischen Kräfte. Dabei gilt es aufzuzeigen, dass die „linken“ Varianten der Unterstützung der „eigenen“ Imperialisten im Krieg nur ein Abklatsch der offiziellen Kriegsrechtfertigungen darstellen. Typische, auch heute noch hochaktuelle demagogische Muster sind die Folgenden:

– Die Lüge vom „zentralen Übel“, seien es nun das zaristische Russland zur Zeit des Ersten Weltkriegs oder heute die USA, das weltweit angeblich hauptsächlich bekämpft werden müsse, bedeutete und bedeutet Ablenkung vom Kampf gegen den „eigenen“ Imperialismus.

– Die „Entlarvung“ der Verbrechen der imperialistischen Konkurrenten, zum Beispiel während des Ersten Weltkriegs der „zaristischen Gräueltaten“ oder heute der US-Verbrechen im Irak durch die bürgerlichen Medien in Deutschland, diene und diene der Verschleierung und Ablenkung von den Verbrechen des „eigenen“ Imperialismus.

– Die damit zusammenhängende Lüge vom Kampf für „Menschenrechte“, für „humanitäre Hilfe“, den angeblich der „eigene“ Imperialismus führt, war und ist Mittel zur Verschleierung der Ziele der eigenen imperialistischen Raubkriege und zur Aufhetzung der Massen in den Einflussphären der imperialistischen Konkurrenten.

Es geht darum, alle Kriegsvorbereitungen und Kriegstreiberien, alle Rechtfertigungslügen und Demagogien des deutschen Imperialismus nach Kräften zu entlarven und zu bekämpfen, insbesondere auch den deutschen Nationalismus und Revanchismus in all ihren Formen.

Die Konzentration auf den antimilitaristischen Kampf im eigenen Land bedeutet nicht, antimilitaristische Kämpfe in anderen Ländern gering zu schätzen oder gar zu ignorieren. Ganz im Gegenteil: Die antimilitaristischen Kämpfe in den Ländern, die imperialistische Konkurrenten des deutschen Imperialismus sind, müssen als Vorbild für den Kampf in Deutschland propagiert werden. Dies dient der Vorbereitung für die Solidarisierung

selbst in Zeiten des Krieges, um auf der Linie einer solchen Solidarisierung die Bedingungen während der Krieges zu nutzen, um die Linie „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“, die Linie des Sturzes der herrschenden Klasse im eigenen Land, die Linie der Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den bewaffneten Kampf gegen diesen Hauptfeind konsequent zu verfolgen.

Die Situation bei Ausbruch eines imperialistischen Kriegs gehört zu den vielleicht schwierigsten Situationen im Kampf für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution. Große Massen der Bevölkerung, auch Teile der proletarischen Klasse, Personen, von denen man das sonst niemals gedacht hätte, werden durch den Druck des Propagandaapparats, durch die gesamte Atmosphäre eines angeblichen Gemeinschaftsgefühls, das im Kampf gegen den Feind erzeugt wird, als Unterstützer des deutschen Imperialismus mobilisiert.

Umso schwieriger wird es sein, innerhalb der Bundeswehr antimilitaristische Propaganda und Agitation erfolgreich durchzuführen. Die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs zeigen, dass – wenn auch spät, so doch mit großem Erfolg – eine antimilitaristische Aufklärung in der Reichswehr geleistet wurde, die zur Rebellion gegen die eigenen Offiziere und zu Aufständen in der Armee führte. Dadurch konnte schließlich die direkte Unterstützung der Novemberrevolution durch bewaffnete rote Soldateneinheiten erreicht werden. Die Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg zeigen jedoch auch, dass der deutsche Imperialismus gelernt hatte, wirkungsvolle antimilitaristische Aufklärung innerhalb der Wehrmacht weitgehend zu unterbinden. Wenn Ansätze dazu unternommen wurden, gelang es den deutschen Imperialisten, diese unschädlich zu machen, so dass sich auch in den letzten Monaten der sich klar abzeichnenden Niederlage Nazideutschlands 1945 nichts Ähnliches wie 1918 entwickelte.

Was bedeutet das für den Kampf heute? Es bestehen heute große Schwierigkeiten, einen antimilitaristischen Kampf innerhalb der Bundeswehr mit eigenen Kadern durchzuführen. Es muss sehr genau überlegt werden – und dabei die jeweils eigene Stärke abwägend –, wie der Kampf außerhalb und innerhalb der Bundeswehr vorsichtig und gut organisiert verbunden werden kann – ohne Illusionen, aber auch ohne von vorneherein vor den Schwierigkeiten zu kapitulieren.

Dabei wird es vor allem auch darauf ankommen, aus den verschiedensten Gründen desillusionierte Mitglieder der Bundeswehr (zum Beispiel aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Kriegsführung der deutschen Imperia-

listen) auf allen Ebenen wenigstens für die Weitergabe von Informationen, möglichst auch für Proteste und Kämpfe zu gewinnen und Bundeswehr-deserteure zu unterstützen.

Die Bundeswehr ist eine Berufsarmee, die auch Reservisten umfasst, die sich freiwillig gemeldet hatten. Das erschwert antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr wesentlich und zeigt noch deutlicher, wie gefährlich die Illusion ist, lediglich durch Zersetzungsarbeit die Bundeswehr von innen her unbrauchbar machen zu wollen.

Ohne auf den Kampf im Innern der Bundeswehr zu verzichten, ist es entscheidend, den Kern der Bundeswehr, seine Elitetruppen, von außen anzugreifen und zu bekämpfen, imperialistische Aggressionskriege zu erschweren oder zu verhindern, bis schließlich in der sozialistischen Revolution diese mörderische Armee des deutschen Imperialismus nach allen Regeln der Kriegskunst im bewaffneten Aufstand zerschlagen werden wird.

III. Ökonomische Kämpfe, der Kampf gegen Faschisierung und gegen die Gefahr einer offenen Diktatur der Bourgeoisie

6. Tageskämpfe gegen verschärfte Ausbeutung und zunehmende Verelendung

Im Kampf um die Bewusstheit und Organisiertheit der Mehrheit der proletarischen Klasse haben die ökonomischen Tageskämpfe eine große, zunächst sogar fundamentale Bedeutung. Bei der Zuspitzung dieser Kämpfe werden die Arbeiterinnen und Arbeiter rasch mit dem Staatsapparat konfrontiert, wodurch die ökonomischen Tageskämpfe auch eine politische Seite erhalten.

In diesen Tageskämpfen werden von der herrschenden Klasse selbst Fragen des Kampfs für demokratische Gleichberechtigung auf die Tagesordnung gesetzt. Denn das Geheimnis der Herrschaft des Kapitals ist die Spaltung, das „Teile und Herrsche“. Gerade auch in den ökonomischen Tageskämpfen muss bewusst sein, dass es eine sog. Arbeiteraristokratie gibt und daher eine falsche Einheit mit den bestochenen Gewerkschaftsbürokraten, die ein Teil der sog. Arbeiteraristokratie sind, bekämpft werden muss, damit die Einheit von unten in den Betrieben, aber auch auf der Straße und in den Stadtteilen hergestellt werden kann.

Grundlegender Ausgangspunkt ist der Gedanke von Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“, dass unabhängig von einzelnen Erfolgen oder auch Niederlagen die wichtigsten Ergebnisse solcher Kämpfe die folgenden sein können: die Erfahrung der Solidarität, praktisch erworbene Erkenntnisse über die Realität des Klassenwiderspruchs, das Erleben der Spaltungsmanöver der herrschenden Klasse, Erfolge bei der Organisation des proletarischen Kampfs. Das wären entscheidende Ergebnisse auch der ökonomischen Tageskämpfe auf dem Weg der Vorbereitung wirklicher Klassenkämpfe, die das ganze Land erfassen. Die Realisierung solcher Möglichkeiten ist für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution unerlässlich. Jede verächtliche Haltung zu den Tageskämpfen, seien sie ökonomischer oder demokratischer Art, verunmöglicht das Anpacken der entscheidenden Aufgabe des Hineintragens von kommunistischem Bewusstsein in die proletarische Klasse.

Es geht darum, über die Betriebe hinausgehende Kämpfe zu führen, in denen auch außerhalb der Betriebe die Ungerechtigkeit der Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich aufgezeigt wird. Dabei haben die bewussten Kräfte die Aufgabe, aktiv gegen Spaltungsmanöver anzukämpfen, keinerlei Diskriminierung einzelner Gruppierungen der Unterdrückten zu-

zulassen, den Bruch mit der Ideologie des „Sozialstaats“ herbeizuführen und bei der Aufklärung und im Kampf voranzugehen.

Tageskämpfe sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer aktiven Bündnispolitik der proletarischen Klasse. In den Tageskämpfen wird das notwendige gegenseitige Vertrauen entwickelt, das erforderlich ist, damit die proletarische Klasse weitergehende Kämpfe für den Sturz des Kapitalismus führen kann.

Es ist eine Aufgabe, die gesamte Demagogie und verräterische Politik der Gewerkschaftsführung und ihres Apparats Punkt für Punkt kontinuierlich als entscheidendes Hindernis für die Entfaltung der Kämpfe zu erkennen und zu bekämpfen. Die ökonomischen Tageskämpfe richten sich nicht nur gegen die Ausbeutung in den Betrieben, sondern sind auf allen Gebieten notwendig, wo sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der proletarischen Klasse und ihrer möglichen Verbündeten verschlechtern. Es müssen alle Kämpfe für eine Verbesserung der Lage der proletarischen Klasse und der Mehrheit der ausgebeuteten Werktätigen in Stadt und Land unterstützt und organisiert werden. Diese Kämpfe dienen dann der Vorbereitung der sozialistischen Revolution, wenn die Kampfkraft, der Kampfeswille und die Solidarität der proletarischen Klasse selbst gestärkt werden, und wenn in diesen Kämpfen auch die unerlässliche Voraussetzung für den gemeinsamen Kampf mit Verbündeten der proletarischen Klasse aus anderen Schichten, gerade auch der kleinbäuerlichen Bevölkerung, geschaffen, gegenseitiges Vertrauen aufgebaut und gefestigt wird, und die entscheidende Rolle der proletarischen Klasse als leitende Kraft im gemeinsamen Kampf Stück für Stück erkämpft werden kann.

Bei all dem ist grundlegend der Linie zu folgen, sich vor allem auf die untersten, die am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Teile der proletarischen Klasse zu stützen.

a) Besonderheiten der Ideologie vom „Sozialstaat“ und des Aberglaubens an den Staat in Deutschland

In den letzten Jahren propagieren die staatstragenden DGB-Fürsten sowie pseudolinke Opportunisten in allen Varianten zunehmend, dass das Eingreifen des Staats erforderlich sei, um eine angebliche „sozialverträgliche Umorientierung“ des Kapitalismus durchsetzen zu können. Da „der entfesselte Markt“ versagt habe, müsse der Staat nun endlich und „richtig“ regulierend eingreifen, Betriebe verstaatlichen, um mit „zukunftsorientierter Politik“ Arbeitsplätze zu erhalten usw. Warum setzen Arbeiterinnen und

Arbeiter, die gegen die verschärfte Ausbeutung wirklich kämpfen wollen, auf Ideologen vom „starken Staat“, auf die Hilfe dieses Staats? Das liegt vor allem auch daran, dass der Glaube an die Ideologie vom „Sozialstaat“ noch bei großen Teilen der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland fest verankert ist. Dieser Glaube an den „Sozialstaat“ ist in Deutschland Teil eines noch tiefersitzenden regelrechten Aberglaubens an den Staat.

Die Tatsache, dass die Ideologie, ja die Lüge vom „Sozialstaat“ einen so großen Einfluss auch auf die Masse der Ausgebeuteten in Deutschland hat, hat vielfältige aktuelle und vor allem auch historische Gründe.

Durch die millionenfach verbreitete Propaganda dieses Staates und seiner Medien wird diese Lüge Tag für Tag unters Volk gebracht.

Von ganz besonderem Gewicht ist, dass über viele Jahre und Jahrzehnte die Kämpfe der Arbeiterklasse keine wirklichen Erfolge erzielt haben, so dass die eigene Erfahrung fehlt, dass diese oder jene positiven staatlichen Regelungen das Ergebnis des eigenen Kampfes sind und nicht der Vernunft, den besseren Argumenten oder der Barmherzigkeit der Mächtigen des Staates zu verdanken sind.

Hinzu kommt, dass verschiedene Organisationen und Gruppen, die vorgeben, die Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu unterstützen, selbst aktiv die Ideologie des „Sozialstaat“ verbreiten und sich an der Lüge von der Notwendigkeit eines „starken Staates“ beteiligen.

Die Ideologie vom „Sozialstaat“ ist aber keine Erfindung der heutigen pseudolinken Ideologen, sondern hat eine lange Geschichte und Tradition, insbesondere auch in Deutschland. Diese wurde jahrzehntelang immer und immer wieder durch die reformistischen Kräfte in die Bewegung der proletarischen Klasse getragen, anhand jedes erfolgreichen Kampfs der Bewegung der proletarischen Klasse neu aufgewärmt und verbreitet. Die heutigen staatstragenden Propagandisten arbeiten gerade auch mit geschichtlichen Lügen, um plausibel zu machen, wie gut es doch für die Werktätigen war, als es noch den „starken Sozialstaat“ gab, den man deshalb jetzt so vehement zurückfordern müsse. Ein Blick in die Geschichte ist also von Nutzen, um sich Klarheit über das Sozialstaatsmärchen zu verschaffen.

Es war der Kampf der proletarischen Klasse, der, ohne zunächst das kapitalistische System als Ganzes in Frage zu stellen, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Staat der Kapitalisten zwang, gesetzlich einige besonders extreme Formen der Ausbeutung einzuschränken (wie zum Beispiel die Einführung eines gesetzlich begrenzten Arbeitstags, das Verbot

der Prügelstrafe in den Betrieben, das Verbot der Kinderarbeit). Nehmen wir beispielsweise den Kampf für die Begrenzung des Arbeitstags. Marx hat im „Kapital“ eindrucksvoll geschildert, dass und wie den Kapitalisten die gesetzliche Schranke für die Länge des Arbeitstags durch einen „halb-hundertjährigen Bürgerkrieg Schritt für Schritt abgetrotzt“ wurde. Der Staat der Kapitalisten musste in diesem in vielen Ländern und auch in Deutschland geführten Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter teilweise zurückweichen. Seine Ideologen erwiesen sich in dieser geschichtlichen Situation als Meister des Betrugs: Dem guten Herzen der Kapitalisten, ihrer Liebe zur Menschheit sei es zu verdanken, dass diese oder jene Verbesserung nun vom Staat offiziell eingeführt wurde. Das war eine gigantische Lüge und quasi die Geburtsstunde der Ideologie vom „Sozialstaat“.

Nicht anders war es bei der sogenannten „Bismarck’schen Sozialgesetzgebung“. Sie wird bis heute in der bürgerlichen Geschichtsschreibung und in den Schulbüchern als angebliche „Wiege des modernen Sozialstaats“ in Deutschland verklärt. In Wirklichkeit waren es jedoch die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter und die zunehmenden Erfolge der damals revolutionären deutschen Sozialdemokratie, die vom preußischen Staat mit Bismarck an der Spitze bekämpft, unterdrückt und zur Zeit der sogenannten „Sozialistengesetze“ von 1878 bis 1890 verboten wurde, welche die herrschenden Klassen zu Beginn der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts dazu zwangen, bestimmte Sozialgesetzgebungen staatlich festzuschreiben (Einführung von Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung).

Dass in Deutschland 1918 der Achtstundentag durchgesetzt und gesetzlich festgeschrieben wurde, war das Ergebnis des jahrzehntelangen Kampfs der Arbeiterinnen und Arbeiter und insbesondere ein Ergebnis der bewaffneten Kämpfe der revolutionären Teile der proletarischen Klasse in der Novemberrevolution 1918. Verkündet wurde dieser Erfolg jedoch von der konterrevolutionären SPD-Ebert-Regierung, die sich damit schmückte und dies als ihren Erfolg ausgab. In Wirklichkeit ließ sie die Novemberrevolution blutig niederschlagen und kämpfte mit allen Mitteln gegen die Errichtung einer sozialistischen Räterepublik.

Nach 1945 ist der gegen den Willen der IG-Metall-Führung vier Monate lang geführte Streik von über 34.000 Metallarbeiterinnen und -arbeitern in Schleswig-Holstein 1956/1957 zu nennen, mit dem die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durchgesetzt wurde. Der Erfolg dieses Kampfes war, dass der kapitalistische Staat sich gezwungen sah, diese Forderung gesetzlich zu verankern. Und wiederum wurde dieser Erfolg als Errungenschaft des „So-

zialstaats“ in Deutschland verkauft. Was in Wirklichkeit Ergebnis eines vier Monate langen Kampfs war, erscheint unter dem Einfluss der „Sozialstaats“-Propaganda bis heute ein Merkmal dieses Staates selbst zu sein.

In Deutschland ist eine besondere Form des Aberglaubens entstanden: der Aberglaube an den Staat. Die historischen Ursachen dieser deutschen Staatsgläubigkeit liegen in der nichtrevolutionären Geschichte Deutschlands. Schon Marx hat richtig festgestellt, dass die Masse der ausgebeuteten und werktätigen Bevölkerung in Deutschland zwar die Restaurationen und die Konterrevolutionen in anderen Ländern geteilt hat, ohne aber ihre siegreichen Revolutionen zu teilen. „Restaurationen geteilt, ohne die siegreichen Revolutionen zu teilen“ – dies zieht sich durch die Geschichte Deutschlands.

Wirklich überwinden können die breiten Massen sklavische Unterwürfigkeit und den Glauben an die Allmacht des Staates nur durch gewaltsame Revolutionen gegen die Reaktion, das hat die Geschichte gezeigt. In Deutschland hatten jedoch fortschrittliche Klassenkämpfe noch nie den Sieg über die jeweiligen reaktionären Machthaber errungen, weder gelang dies der revolutionären Bauernbewegung im Mittelalter (1524–1525), noch gelang dies in den Aufständen von 1848, noch in der Novemberrevolution 1918. Nach einem vorübergehenden revolutionären Aufschwung ist es den herrschenden Klassen in Deutschland immer wieder gelungen, diese Bewegungen unter den Einfluss der Reaktion zu bringen. Anhand der langen Kette von Niederlagen, Restaurationen statt siegreicher Revolutionen, der Beteiligung der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung an den Verbrechen der herrschenden Klassen, die im Nazifaschismus ihren Höhepunkt erreichten, wird erst das ganze Ausmaß und die Tiefe der von Engels so bezeichneten „deutschen Misere“ deutlich.

In Deutschland dominierte vielmehr – im Vergleich etwa zu England und Frankreich – über Jahrhunderte die Tyrannei kleinstaatlicher absolutistischer despotischer Regenten, die sich auf einen bürokratisch aufgeblähten Beamtenapparat stützten und mit einer kleinlichen und gehässigen Gängelung die Bevormundung der Bevölkerung betrieben. Es entwickelte sich ein typisch deutscher bürokratischer Beamtengeist und das sich Beugen vor dem „Buchstaben des Gesetzes“ wurde zur tief eingewurzelten Gewohnheit. Die Polizeiwillkür und die Allmacht der bürokratischen Maschine wurde dabei ergänzt durch den Untertanengeist und die Bedientenhaftigkeit des deutschen Spießers, der kuscht, strebt und auf seine Karriere bedacht ist, statt sich mit „den Oberen“ anzulegen.

b) Probleme und Aufgaben im Kampf gegen das Hartz-IV-System

Ein Prüfstein für die notwendigen Kämpfe in den Betrieben gegen Schließungen, aber auch gegen Arbeitshetze und Lohndrückerei ist, ob auch das staatliche System Hartz IV in das Blickfeld genommen wird und ob die Bekämpfung dieses gesamten Systems und die Solidarität mit den Hartz-IV-Betroffenen Teil dieser Kämpfe sind. Der Kampf gegen Hartz IV ist keinesfalls nur Angelegenheit der Hartz-IV-Betroffenen selbst, denn das Hartz-IV-System bedroht die große Mehrheit der Werkstätigen insgesamt. „Gemeinsamer Kampf“ – das ist zunächst einmal ein wichtiges, ein großes Ziel, aber es ist momentan eher Zielvorstellung als konkrete Realität.

Konkrete Realität ist es, dass sich an einzelnen Punkten individuelle, aber auch kollektive Ablehnung und Widerstand gegen Hartz IV entwickelt – übrigens viel häufiger, als es die Berichterstattung der bürgerlichen Medien vermuten lässt. Ein Indiz hierfür ist die wachsende Zahl von Klagen gegen Hartz-IV-Maßnahmen.

In diesen konkreten Auseinandersetzungen und Abwehrkämpfen, die an einzelnen Aspekten von Hartz IV ansetzen – wie etwa dem Umzugszwang oder der Sperrung von Geldern –, sind jedoch auch Fallstricke angelegt, die beachtet werden müssen, um den Kampf gegen Hartz IV erfolgreich zu führen. Vor allem geht es darum, den Kampf gegen das gesamte Hartz-IV-System nicht aus dem Auge zu verlieren. Unstrittig ist, dass der Kampf gegen einzelne Aspekte des Hartz-IV-Systems, vor allen Dingen der Kampf gegen weitergehende Verschärfungen, wie etwa die Generalisierung von Zwangsarbeit, nennen wir sie der Einfachheit halber „Hartz IV+“, unbedingt nötig, ja unerlässlich ist; auch und gerade deshalb, weil Demagogen der Gewerkschaftsführung von DGB über IG Metall bis Ver.di solche Einzelkämpfe in Beschlag nehmen, um das insgesamt unannehmbare Hartz-IV-System „zu entschärfen“, „zu verbessern“ und solche Art von Verbesserungen zum angeblichen Ziel dieser Einzelkämpfe zu deklarieren.

Um den Gedanken noch einmal deutlich zu machen: Hartz IV ist noch nicht das Ende der Fahnenstange. Es wäre illusorisch zu glauben, dass die herrschende Klasse in Deutschland nicht schon Pläne in der Schublade hätte, Lohndrückerei und Ausbeutung weiter zu verschärfen. Die immer wieder hochkommenden Debatten über eine Generalisierung der Zwangsarbeit sind ein Indiz dafür. Und bereits heute enthält Hartz IV Elemente, die

für sich genommen auch wegfallen könnten, ohne das Hartz-IV-System insgesamt in Frage zu stellen.

Auch wenn die Übergänge hier im Einzelnen fließend sind und an dieser Stelle auch gar nicht genauer bestimmt werden können, muss doch deutlich gesehen werden, dass es im kapitalistischen Deutschland ein System von Lohnarbeit und Lohnsklaverei gibt und dass für die Aufrechterhaltung dieses Systems ein großes Heer von Erwerbslosen wichtig ist, um sowohl als Reserve wie auch als Druckmittel zu dienen. Und in diesem Kontext ist Hartz IV für die herrschende Klasse bestens geeignet, um Lohnsklaverei und Ausbeutung direkt und indirekt zu stabilisieren.

Darüber hinaus gibt es eine Fülle weiterer Verschärfungen, eben „Hartz IV+“, die je nach Intensität des von den Werktätigen entgegengesetzten Widerstands ausprobiert, durchgesetzt und teilweise wieder zurückgenommen werden, wobei dadurch mit demagogischen Mitteln dann von Hartz IV als Ganzes und der Lohnsklaverei insgesamt abgelenkt werden kann.

c) Wie richtig gegen die sog. Arbeiteraristokratie, die Gewerkschaftsführung und ihren Apparat kämpfen?

In Deutschland konnte der deutsche Imperialismus gerade auch durch die Ausplünderung anderer Länder eine kleine, aber relativ stabile Schicht innerhalb der proletarischen Klasse, die sog. Arbeiteraristokratie, fest an sich binden. So ist der Gewerkschaftsapparat fest in ihren Händen.

Wenn die Führung des DGB oder der Einzelgewerkschaften unmittelbar auf dem Prüfstand stand, wie zum Beispiel beim Kampf bei Krupp in Rheinhausen 1987 oder bei Opel in Bochum 2004, dann ging es nicht etwa um die Frage, wie diese zu einer revolutionären, auf die Zerschlagung dieses kapitalistischen Systems und seines Staatsapparats gerichteten kommunistischen Bewegung steht. Da gibt es keinen Zweifel: Die Gewerkschaftsführung und ihr Apparat stehen ohne Wenn und Aber, festgeschrieben in unzähligen Beschlüssen und Erklärungen, auf dem Boden dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung und dieses imperialistischen deutschen Staates. Sie treten ein für die Bundeswehr, von der Polizei und der Bundespolizei ganz zu schweigen. Die Gewerkschaftsführung und der Gewerkschaftsapparat des DGB und seiner Einzelgewerkschaften sind mit diesem imperialistischen Staatsapparat durch tausend Fäden verbunden, ja dieser Gewerkschaftsapparat ist in vielerlei Hinsicht faktisch Teil des Staatsapparats des deutschen Imperialismus. Er ist für eine in der Zukunft liegende Entwick-

lung, in noch viel größerem Umfang, als dies bereits durch Gewerkschaftsausschlüsse sogenannter „Linksradikaler“ sichtbar geworden ist, eine Waffe der Konterrevolution. Er ist ein Mittel, revolutionäre Arbeiterinnen und Arbeiter auszuspionieren, sie zu denunzieren, dem Kapital für Entlassungen und dem Staat für Gefängnisstrafen freie Hand zu lassen. Die Gewerkschaftsführung und der Gewerkschaftsapparat sind ein Werkzeug des deutschen Imperialismus, das auch gegen Kämpfe gegen verschärfte Ausbeutung und zunehmende Verelendung zum Einsatz kommt – das hat die Geschichte der Kämpfe seit 1945 immer wieder bewiesen. Abwiegeln, abwürgen und niederhalten von Kämpfen der Ausgebeuteten – das ist eine „Kernkompetenz“ der Gewerkschaftsführung und ihres Apparats, die sie immer wieder unter Beweis gestellt hat.

Dies liegt nicht allein und nicht vor allem an bestimmten Personen an der Spitze, die nur auszuwechseln wären, sondern hat tiefere Ursachen in der Rolle und Funktion der sogenannten Arbeiteraristokratie.¹

In all diesen Kämpfen – gerade wenn aktive Arbeiterinnen und Arbeiter mit militanten Aktionen die bürgerliche Legalität durchbrachen und die Kampfformen verschärften – stellte sich praktisch immer die für die weitere Entwicklung der Kämpfe bedeutsame Frage: Was tut der DGB, was tut „unsere Gewerkschaft“? Was macht die Gewerkschaftsführung im Tageskampf, wie leitet sie den Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit und für Lohnerhöhungen; was macht sie, wenn Fabriken und Werke dichtgemacht werden sollen wie bei Opel in Bochum und anderswo?

Zunächst geht es darum, die Einsicht zu fördern und zu vertiefen, dass bei jedem ernsthaften Arbeitskampf die Arbeiterinnen und Arbeiter sich nur auf die eigene Kraft verlassen und nur dieser vertrauen dürfen. Denn wenn sie sich auf die Gewerkschaftsführer oder überhaupt auf den Gewerkschaftsapparat verlassen – dann sind sie verlassen! Es gibt unzählige Beispiele, wo die DGB-Führer sich als Streikverhinderer, als Streikbrecher, als Heuchler und Lügner erwiesen haben.

Dabei müssen die kommunistischen Kräfte darauf vorbereitet sein, dass aus demagogischen Gründen, um ihren reaktionären Einfluss zu festigen und dem Kampf die Spitze abzubrechen, die Gewerkschaftsführung in bestimmten Situationen auch in der Lage ist, sich selbst an die Spitze der gerechten Kämpfe zu setzen und Teilerfolge zu erzielen.

¹ Siehe dazu genauer den Band „Grundfragen im Kampf für die sozialistische Revolution und den Kommunismus“.

Nur wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig und im Kampf gegen die Gewerkschaftsführung den Kampf im eigenen Betrieb organisieren, Kontakte zu anderen Betrieben herstellen usw., kann ihr Kampf gegenseitige Solidarität und zunehmende Organisiertheit fördern und auch längerfristige Erfolge erzielen.

Der DGB und die Gewerkschaften sind aber nicht nur der Apparat, umfassen nicht nur die Führer und Funktionäre – das sind auch die Millionen von Mitgliedern. Deshalb dürfen auf gar keinen Fall die Mehrzahl der Mitglieder mit den Gewerkschaftsführungen und dem DGB-Apparat gleichgesetzt werden. Es muss klargemacht werden, dass diese Mehrheit im Grunde bei den entscheidenden Fragen nichts zu sagen hat.

Es ist unbedingt nötig, auch innerhalb der Gewerkschaften zu kämpfen. Warum?

Wenn – gestützt auf die Kraft der Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter – um jeden Zentimeter in den Gewerkschaften gekämpft wird, kann, zusätzlich zu den Erfolgen im selbständigen Kampf, auch dieses oder jenes Zugeständnis aus dem Gewerkschaftsapparat herausgeholt werden.

Nicht zuletzt geht es darum, unter der großen Zahl der einfachen Gewerkschaftsmitglieder, die noch Illusionen in „ihre“ Gewerkschaftsführung haben, systematische Überzeugungsarbeit zu leisten und sie für die energische Unterstützung und Beteiligung an den Tageskämpfen zu gewinnen und zu mobilisieren, die Gewerkschaftsfürsten zu demaskieren und ihren Einfluss in der Bewegung der proletarischen Klasse letztendlich zu liquidieren.

Dieser Kampf innerhalb der Gewerkschaften muss geschickt und prinzipienfest, ohne Opportunismus, aber auch ohne Naivität und Illusionen in den Gewerkschaftsapparat geführt werden. Schon leiseste Kritik an den Gewerkschaftsführern kann zu wütenden Reaktionen, Diffamierungen, Denunziationen und Ausschlüssen führen.

All dies zeigt im Grunde die eigene Erfahrung der Arbeiterinnen und Arbeiter, wenn – entgegen ihren Erwartungen – die ganze Macht des Gewerkschaftsapparats nicht im Interesse ihres Kampfs entfaltet wird, sondern sich im Gegenteil als Hindernis erweist.

Die Einheit der proletarischen Klasse im Kampf kann nur ohne und gegen die Gewerkschaftsführung, gegen den Apparat der Gewerkschaften und des DGB, gegen die ganze Schicht der Arbeiteraristokratie geschaffen wer-

den. Es muss eine Einheit der untersten Schichten der proletarischen Klasse Seite an Seite mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder sein.

d) Kampf gegen verschärfte Ausbeutung, gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen

Die Forderungen zur Abwehr der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie der Einschränkung der legalen Möglichkeiten des wirtschaftlichen Kampfs der proletarische Klasse umfassen einen ganzen Katalog: Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, mehr Urlaubsgeld, früheres Rentenalter usw. Es müssen alle Kämpfe für eine Verbesserung der Lage der proletarischen Klasse und für die Mehrheit der ausgebeuteten Werktätigen in Stadt und Land unterstützt, organisiert und schließlich von der Kommunistischen Partei geführt werden.

Angesichts der immensen Intensivierung der Ausbeutung kommt der Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich eine besondere Bedeutung zu. Sie war und ist eine berechtigte Forderung, wenn und solange sie wirklich dazu dient, den Abwehrkampf der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen das Kapital wenigstens für eine zeitweilige Verbesserung ihrer Lage zu führen.

Einen von allen falschen Freunden, von Gewerkschaftsbürokraten, Arbeiteraristokraten – egal welcher bürgerlicher Partei sie angehören – gereinigten militanten und internationalistisch orientierten Kampf initiieren und entwickeln, dessen Führung in den Händen der kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben liegt – das ist der einzig mögliche Weg, um wirkliche, wenigstens zeitweilige Erfolge im gewerkschaftlichen Kampf gegen Massenentlassungen und Lohnraub, gegen die Abwiegelei, Resignation und Demoralisierung durch die Gewerkschaftsfürsten durchsetzen zu können.

Das zeigen auch die wichtigsten Tageskämpfe seit 1945, insbesondere die ohne und gegen die Gewerkschaftsführung geführten Kämpfe wie der Ford-Streik 1973, dem bis heute härtesten Streik in der Geschichte nach 1945. Dieser ohne und gegen die Gewerkschaftsführung durchgeführte Streik wurde insbesondere von den über 10.000 Arbeitern aus anderen Herkunftsländern getragen, vor allem von Arbeitern aus der Türkei, und wurde von der Gewerkschaftsführung Hand in Hand mit der Polizei mit großer Brutalität niedergeschlagen. Oder der Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter der Opelwerke in Bochum 2004 gegen drohende Massenentlassungen. Die-

ser Streik wurde ohne und gegen die Gewerkschaftsführung begonnen und durchgeführt, jedoch gelang es der Gewerkschaftsführung, in einer gemeinsamen Aktion mit den Kapitalisten den Streik zum Abbruch zu bringen.

Die Propagierung gerade der wenigen, aber kämpferischen Streiks sowie die Auswertung ihrer Erfahrungen ist wichtig, um aus Fehlern und Schwächen für zukünftige, auch in Deutschland unvermeidlich wieder auftretende größere Kämpfe in den Betrieben maximal zu lernen.

e) Zum Kampf gegen die zunehmende Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen

Im Kampf gegen die zunehmende Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen und gegen die Ideologen des deutschen Imperialismus stellen sich für die kommunistischen Kräfte verschiedenste Aufgaben.

Die Heuchelei der deutschen Imperialisten, die sich als „internationales Umweltgewissen“ aufspielen, um von den massiven Zerstörungen der allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen weltweit und in Deutschland durch den deutschen Imperialismus abzulenken, muss möglichst konkret entlarvt werden. Die Verlagerung der Probleme in abhängige und unterdrückte Länder, vom Giftmüll nach Albanien bis zur Verlagerung von Giftproduktionen in andere Länder usw., muss anhand von Fakten aufgezeigt werden. Es gilt, internationalistische Solidarität zu propagieren und gemeinsame Aktionen zu unterstützen

Die verschiedensten Varianten und Formen der „deutschen Ideologie“ auf diesem Gebiet gilt es genau zu analysieren, um wirklich offensiv dagegen ankämpfen und die richtigen Antworten geben zu können.

Sowohl gegen die Ideologie, die die angeblich so „harmonische nicht-menschliche Natur“ – in der in Wirklichkeit auch ein grausamer Kampf ums Überleben stattfindet – als Vorbild für die menschliche Gesellschaft propagiert, als auch gegen die Nazi-propaganda, die Gesetze aus der Tier- und Pflanzenwelt auf die menschliche Gesellschaft überträgt, um Nationalismus und Rassismus zu schüren, ja einen Genozid zu rechtfertigen, gilt es, die kommunistische Haltung zur Natur herauszustellen und zu propagieren, welche die bewusste und planmäßige Veränderung der Natur im Interesse der Werktätigen beinhaltet. Das bedeutet auch, dass jegliche Vorstellung von der nichtmenschlichen Natur als Vorbild für die Beziehungen zwischen den Menschen als zutiefst reaktionär bekämpft werden muss.

7. Kampf gegen staatliche Faschisierung, Naziterror und für demokratische Rechte sowie gegen die Gefahr der Errichtung einer offenen Diktatur der Bourgeoisie

a) Zur Funktion von Hartz IV für den deutschen Imperialismus bei der Verschärfung der staatlichen Faschisierung

Hartz IV hat in der Gesamtentwicklung des deutschen Imperialismus eine wichtige, ja eine zentrale Funktion: Hartz IV bedeutet nicht nur den Aufbau eines Unterdrückungs- und Bspitzelungsapparats, der auch gegen zukünftig sich entwickelnde Kämpfe eingesetzt werden kann. Hartz IV bedeutet nicht nur eine Drohung gegen die große Masse der ausgebeuteten Werktätigen, um sie zu disziplinieren. Hartz IV bedeutet nicht nur die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas der Hetze gegen „Arbeitscheue“. Hartz IV bedeutet auch nicht nur einen massiven Abbau von Sozialausgaben und verschärfte Ausbeutung zur Steigerung des Maximalprofits.

Die Wirklichkeit in Deutschland ist wesentlich mitbestimmt durch ein weltweites System von Ausbeutung und Unterdrückung, ein weltweites System der ökonomischen, politischen und militärischen Expansion imperialistischer Großmächte. Dabei geht es nicht zuletzt um verschärfte ökonomische und politische Konkurrenz dieser imperialistischen Großmächte untereinander, die sich gegenseitig ihre Einflusssphären streitig machen.

In dieser weltweiten Auseinandersetzung hat jedes Land seine Geschichte, auch Deutschland und der deutsche Imperialismus. Hartz IV ist insofern ein Teil einer Gesamtkonzeption zur Disziplinierung der Masse der „eigenen“ Bevölkerung, die mit ideologischer Verhetzung und mehr oder minder raffinierter staatlicher Repression auf sehr vielen Gebieten im Griff gehalten werden soll.

Dabei darf gerade hier in Deutschland die Geschichte staatlich angeordneter Zwangsarbeit und der ideologische Umgang mit dieser Frage in der Diskussion über Hartz IV nicht fehlen.

Um die Gefahren und die Wirksamkeit solcher staatlichen Mittel wie Hartz IV zu verstehen, ist es von Bedeutung, über die Geschichte des „Arbeitsdienstes“ und der Zwangsarbeit in Deutschland Bescheid zu wissen.

1931 erließ die Brüning-Regierung eine „Notverordnung“, die unter anderem neben Lohnkürzungen und der Herabsetzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung auch die Förderung eines „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ (FAD) vorsah. Dieser „Arbeitsdienst“ sollte, so der Plan, zu ei-

nem „Pflichtdienst“ erhoben werden, was jedoch von den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern unter Führung der KPD zunächst verhindert werden konnte.

Am 26. Juni 1935 wurde vom Naziregime das Gesetz für den Reichsarbeitsdienst“ (RAD) erlassen, womit alle deutschen Jugendlichen ab 18 Jahren zum Arbeitseinsatz und zum „Lagerleben“ mit militärischer Disziplin verpflichtet wurden. Zunächst wurden junge Männer vor ihrem Wehrdienst für sechs Monate zum Arbeitsdienst eingezogen. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939 wurde der Reichsarbeitsdienst auf die weibliche Jugend ausgedehnt.

Mit dem Überfall auf die europäischen Länder und ihrer Annexion (beginnend mit Österreich und Teilen der Tschechoslowakei 1938) und mit dem Zweiten Weltkrieg kam eine weitere, mörderische Komponente der Zwangsarbeit hinzu: Der deutsche Imperialismus bediente sich des Mittels der Zwangsarbeit und der Sklavenarbeit in einem ungeahnten Ausmaß bis hin zum Programm „Vernichtung durch Arbeit“. Die Millionen aus ganz Europa verschleppten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter – das war eine andere, mörderische Realität im Vergleich zur Zwangsinstitution Reichsarbeitsdienst.

So wie in der Weimarer Republik hohe Erwerbslosigkeit die Gefahr der Destabilisierung des kapitalistischen Systems in sich trug, so wie später das nazifaschistische Regime Teile der „arischen Volksgenossen“ im Reichsarbeitsdienst organisierte, nicht nur um sie auszubeuten, sondern gerade auch, um sie „ideologisch zu formen“, Naziideologie in ihre Köpfe zu hämmern, so gibt es die Idee der Zwangsarbeit in ungebrochener Tradition auch in den Köpfen deutscher Ideologen heute.

Die deutsche Ideologie von der „Volksgemeinschaft“, auch ohne offene jüdenfeindliche Komponente, die Ideologie des „Dienstes an der Volksgemeinschaft“ als angeblich soziales Engagement – das alles sind Bestandteile einer systematischen ideologischen Kampagne, die auf viele Anteile der Naziideologie zugreift und bewusst offen für rassistische Auslegungen aller Art ist.

b) Nazis sind Teil des deutschen Imperialismus: Die Nazis mitten im Staatsapparat!

Angesichts des Ausmaßes an Naziterror, an Unterstützung und Schutz der Nazis durch den deutschen Staatsapparat stellt sich allen antinazistischen Kräften die Frage des Zusammenhangs zwischen den Nazibanden auf

der Straße und den Nazis im Staatsapparat und überhaupt die Frage des Zusammenhangs der Nazibewegung mit dem Staatsapparat des deutschen Imperialismus und dem deutschen Imperialismus selbst.

Jeder Aktivistin, jedem Aktivisten im Kampf gegen die Nazis ist seit Jahren klar, dass der westdeutsche Staatsapparat nach 1945 vor allem von Nazis mitaufgebaut wurde, dass es zahlreiche Verbindungen zwischen den Nazis und dem Staatsapparat des deutschen Imperialismus gab und gibt, dass die Nazis mit sehr viel Geld vom deutschen Staates ausgestattet wurden und werden, ja dass der Staatsapparat des deutschen Imperialismus die Naziparteien und Nazibanden schützt, unterstützt und heranzüchtet.

Doch der Zusammenhang zwischen Nazis, deutschem Staatsapparat und deutschem Imperialismus reicht noch weiter und geht tiefer:

Der stärkste Faktor beim Vormarsch der Nazibewegung in Deutschland ist die inhaltliche Übereinstimmung bei zentralen Fragen und Zielen der Nazis mit den Zielen des deutschen Imperialismus:

Deutscher Nationalismus und Rassismus in Theorie und Praxis, Großmachtpläne und Kriege nach außen, Abschiebungen und Abschreckungsterror im Inneren.

Bewusst muss sein, dass die Nazis auch militärisch eine Reserve der Polizei sind, um unliebsame politische Gegner durch Mord zu beseitigen oder zu terrorisieren, ohne dass der Staat sich offiziell die Hände schmutzig macht.

Eine entscheidende Rolle der Nazis ist, dass sie als Stichwortgeber und Schlagwortträger für staatliche Politik dienen. Zum Beispiel hetzen sie schon seit den 50er Jahren gegen die Bombardierung Dresdens durch die Anti-Hitler-Koalition und faselten anlässlich des 50. Jahrestags der Bombardierung Dresdens vom „Bomben-Holocaust“, während die bürgerlichen Berliner Parteien ebenso wie die Nazis Kränze für die „deutschen Opfer“ niederlegen und bürgerliche Medien im Fahrwasser der Nazis die Bombardierung Dresdens und anderer deutscher Städte als „sinnlose Verbrechen“ verleumdten. So verschärfen die Nazis insgesamt das gesellschaftliche Klima reaktionär und probieren aus, wie weit die Gegenwehr reicht, wo und ob sie erlahm. Dies ermöglicht bzw. erleichtert dann allen Parteien des deutschen Parlaments einschließlich der Grünen und der PDL, mit Zugeständnissen an die von den Nazis repräsentierte „Volksmeinung“ immer schärfer die Politik des deutschen Imperialismus nach innen und außen voranzutreiben.

Die Naziparteien dienen also auch als Vorreiter, als „Versuchsballon“, wie weit sich die deutsche Bevölkerung und die proletarische Klasse schon an offenere nazifaschistische Propaganda und Terror gewöhnt haben.

Im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsverfahren stach nicht zuletzt die merkwürdige „Unverwundbarkeit“ der hochrangigen Funktionäre der Nazis heraus. Was steckt dahinter?

Die Veränderung im internationalen Kräfteverhältnis der imperialistischen Großmächte und der dadurch hervorgerufene verschärfte Kampf zur Neuaufteilung der Welt, die zunehmende Aggressivität und Militarisierung der Außenpolitik des deutschen Imperialismus auf der einen Seite und die Häufung und die Verschärfung der kapitalistischen Krisen sowie die damit verbundene Verschlechterung der Arbeits- und Lebenssituation der werktätigen Bevölkerung auf der anderen Seite machen die Existenz der Naziparteien im Gesamtsystem des deutschen Imperialismus immer mehr auch als Alternative zu den vor der Bevölkerung „abgewirtschafteten“ bürgerlichen Parteien notwendig, um durch nazifaschistische Abteilungen wie NPD oder AfD bestimmte Teile der Bevölkerung an sich zu binden.

Eine besondere Aufgabe der Nazis ist es, die zunehmend drohenden Kämpfe gegen verschärfte Ausbeutung „im Griff zu haben“, indem versucht wird, eine pronazistische Massenbewegung auf der Basis deutsch-nationalistischer Parolen und pseudoantikapitalistischer Propaganda aufzubauen. Das Auftreten der Nazis auf diversen Anti-Hartz-Demonstrationen war ein erster Schritt in diese Richtung, der trotz Gegenwehr von Anti-Nazi-Kräften nicht ohne Erfolg blieb. Diese deutsch-nationalistische Nazi-propaganda richtet sich nicht nur gegen „Ausländer“ im Innern, sondern zunehmend wird von den Nazis auch das „Gesundstoßen Deutschlands“ auf Kosten der Bevölkerung anderer Länder durch imperialistische Kriege propagiert werden.

Die eher zufällig bekannt gewordenen Fälle von Nazis in mittleren und auch hohen Positionen des deutschen Staatsapparats sowie der Aufbau der NSU-Mörderorganisation in Verbindung mit Teilen des deutschen Staatsapparats zeigen nur die Spitze des Eisbergs der nach wie vor bestehenden personellen Verankerung der Nazis im Staatsapparat des deutschen Imperialismus, vor allem in den unteren und mittleren Ebenen des Repressionsapparats von Polizei, Justiz, Geheimdiensten und Bundeswehr. Diese sind in hohem Maße selbst in das Nazi-Netzwerk eingebunden. Das ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass der Generationswechsel vor allem in diesen

Kernbereichen des Staatsapparats unter der Führung der alten Nazis durchgeführt und organisiert wurde.

Der grundlegende Zusammenhang ist, dass diese Zusammenarbeit mitten im Staatsapparat, unabhängig von einzelnen Politikern und von der jeweiligen politischen Konjunktur, von den zentralen Repressionsorganen des deutschen Imperialismus geplant, koordiniert, mal zurückgeschraubt und dann wieder verschärft wird.

Es ist also eine gefährliche Illusion, die vonseiten des deutschen Imperialismus und seinen bürgerlichen Parlamentsparteien, aber auch von den Nazis selbst bewusst geschürt und verbreitet wird, die heutige Nazibewegung sei nur und in erster Linie als Nazibewegung auf der Straße, als sozusagen eigenständige und vom Staatsapparat getrennte nazistische Bewegung zu sehen und einzuschätzen. Die Illusion, dass die Nazibewegung auf der Straße durch diesen Staatsapparat gestoppt werden kann – diese Illusion muss gerade auch durch die Enttarnung der Nazis im Staatsapparat des deutschen Imperialismus entlarvt und bekämpft werden.

Hierbei geht es nicht darum, die Nazibewegung auf der Straße als ungefährlich oder gar unwichtig zu charakterisieren und diese damit zu unterschätzen. Es geht vielmehr darum, realistisch die oft unterschätzte Stärke der gesamten Nazibewegung, die eigenständigen und selbstständigen Organisationen und Strukturen der Nazis im Zusammenhang mit ihrer breiten Verankerung im deutschen Staatsapparat zu analysieren, um die tatsächlich von den Nazis ausgehende Gefahr richtig einschätzen zu können.

Dabei gilt es, sich bewusst zu machen, dass an dieser ganzen, vom deutschen Staatsapparat durchgeführten reaktionär-rassistischen Politik eine beträchtliche Anzahl Nazis direkt beteiligt sind. Es sind nicht wenige kleine und große Verwaltungskräfte, Richter, Staatsanwälte, Bewacher von Flüchtlingsunterkünften etc., die mit Nazis zusammenarbeiten oder diese dulden und decken, von der Rolle der Nazis in den Geheimdiensten, in der Bundeswehr und bei der Polizei sowie bei den privaten Sicherheitsdiensten gar nicht zu sprechen.

Vor diesem Hintergrund gilt es zu verstehen, dass der Kampf gegen die Nazis viel direkter mit dem Kampf gegen den Staatsapparat des deutschen Imperialismus zusammenhängt, als es zunächst den Anschein hat. Der Kampf gegen die Nazis kann nur wirklich effektiv geführt werden, wenn der Kampf gegen die Nazis auf der Straße mit dem Kampf gegen die nazis-

tischen Schreibtischtäter, Richter und Beamten sowie mit dem Kampf gegen den staatlichen Terror insgesamt verbunden wird.

c) Kampf gegen Nazis

Angesichts des zunehmenden alltäglichen Naziterrors und des weiteren Anwachsens der Nazibewegung steht die bestmögliche Notwehr im Vordergrund. Mit Geschwätz und guten Worten, mit „Betroffenheit“ weit ab von den Naziaufmärschen und Naziüberfällen lässt sich gar nichts ändern. Die Abwiegelei mit der reaktionären Phrase „bloß keine Gewalt“ durch bürgerliche Politiker und Medien sowie diverse opportunistische Kräfte und DGB-Bürokraten ist ebenfalls eine große Gefahr. Dieser Art von Druck darf auf keinen Fall nachgegeben werden.

Überall wo die Nazis auftreten, muss die Selbsthilfe gegen die Nazis mit aller Kraft organisiert werden. Die Geschichte belegt unverrückbar die Notwendigkeit, die Nazis mit allen Mitteln zu bekämpfen, wie dies im Zweiten Weltkrieg geschehen ist. Umso dringlicher war und ist es, den Nazis gerade auch mit antinazistischer Militanz entgegenzutreten – angesichts ihres Drohpotentials, angesichts der in den letzten Jahren von den Nazis begangenen Morden und Verbrechen. Es gibt mehr als ein Beispiel, wo es gerade die antinazistische Militanz war, die zu einem wirkungsvollen Zurückdrängen der Nazikräfte geführt hat. So konnte zum Beispiel am 19.2.2011 in Dresden ein Naziaufmarsch, der durch Polizeiterror geschützt werden sollte, verhindert werden. Der militante Kampf und die Entschlossenheit konsequenter Anti-Nazi-Kräfte waren entscheidend dafür, dass der Naziaufmarsch nicht stattfinden konnte.

Die Anti-Nazi-Bewegung zeichnete sich in den letzten Jahren vor allem dadurch aus, dass versucht wurde, Naziaufmärsche zu verhindern. An diesen Kämpfen haben sich Tausende, Zehntausende, vor allem auch Jugendliche beteiligt und diese Kämpfe wurden teilweise mit großer Militanz und Entschlossenheit gegen die deutsche Polizei geführt, die die Nazis schützte.

Ab 2012 ist zu verzeichnen, dass größere militante Demonstrationen gegen Naziaufmärsche nicht mehr stattfanden und es seltener gelingt, Naziaufmärsche wirklich zu verhindern. So konnten zum Beispiel mit Hilfe der Polizei am 1. Mai 2014 alle Naziaufmärsche in verschiedenen Städten stattfinden.

Die vielleicht größte Schwäche der Anti-Nazi-Bewegung der letzten Jahre war ihre Haltung zu den NSU-Morden. Angehörige der Ermordeten haben teils durch Demonstrationen, teils durch Erklärungen sehr massiv da-

rauf hingewiesen, dass es sich aus ihrer Sicht um nazifaschistische Mordtaten handelt. Diese Erklärungen wurden ohne Ausnahme, einschließlich unserer Organisation, nicht wirklich ernst genommen und überprüft. Das ist unverzeihlich und zeigt, wie zwingend es ist, jedem einzelnen Ereignis dieser Art sorgfältig nachzugehen, mit den Betroffenen solidarisch zu diskutieren und gemeinsam die Macht der bürgerlichen Medien durch Aktionen zu durchbrechen.

Eine wichtige Aufgabe im Kampf gegen die Nazis ist also gerade auch aufgrund der Erfahrungen aus der NSU-Nazi-Mordserie, die Methoden der Verschleierung und der Vertuschung von Naziverbrechen durch die bürgerlichen Medien systematisch zu entlarven und das ganze Ausmaß des alltäglichen Naziterrors aufzudecken. Gegen Desinformation, Vertuschung und „Gewöhnung“ gilt es, eine systematische, eigenständige Recherche vor Ort in Zusammenarbeit mit den Opfern des Naziterrors und durch organisierten Informationsaustausch zwischen den antinazistischen Kräften zu schaffen.

In den Reihen der Antifaschistinnen und Antifaschisten besteht oftmals ein zu geringes Wissen über die Nazis, gerade auch über ihre heutige Propaganda, sei es ihre Musik, sei es die „National-Zeitung“, die viele von ihnen – aus begreiflichem Ekel – noch niemals in der Hand hatten. Es besteht also die Aufgabe, sich von den Nazis und ihrer Ideologie ein möglichst genaues Bild zu machen, sich gezielt mit den nazifaschistischen Demagogien auseinanderzusetzen, um sie besser bekämpfen zu können.

Dabei ist entscheidend, dass die Ideologie der heutigen Nazibewegung ihre Wurzeln in dem ganzen System der Naziideologie hat, die zwischen 1933 und 1945 offizielle Staatsdoktrin war und millionenfach verbreitet wurde. Nach 1945 fehlte in Deutschland die systematische Auseinandersetzung mit der Naziideologie, so dass bis heute deutliche Spuren dieser Ideologie in den Köpfen großer Teile der deutschen Bevölkerung zu finden ist.

In den letzten Jahren seit dem gescheiterten Verbot der NPD wird immer wieder in den bürgerlichen Medien „diskutiert“, ob die NPD nicht doch verboten werden sollte. Mit solchen Verboten soll vor allem die Illusion geschürt werden, der deutsche Staat sei von seiner Grundlage her gegen die Nazis gerichtet, dieser Staat, der mit immer schärferen Gesetzen gegen wirklich demokratische Bewegungen vorgeht, demokratische Rechte abbaut und sich zunehmend faschisiert, die Nazis schützt, unterstützt und heranzüchtet. Wir reden aber nicht „gegen“ ein Verbot, sondern gegen Illusionen. Wenn durch den massiven Kampf auf der Straße der deutsche Staat gezwungen wird, teilweise wenigstens, Maßnahmen gegen die Nazis

durchzuführen, eventuell Naziparteien wie die NPD verbietet, wie es im Potsdamer Abkommen festgelegt ist, dann ist das eine nicht zu kritisierende Sache, wenn dabei gleichzeitig jegliche Illusion in diesen Staat aufs Schärfste bekämpft wird! Entscheidend ist unser Kampf, nicht der Appell an diesen Staat, der die Nazis hervorbringt.

d) Kampf gegen staatliche Faschisierung und für demokratische Rechte

Im Kampf gegen die staatliche Faschisierung ist es eine ganz besondere Aufgabe, den Blick auf das System der Gefängnisse des deutschen Imperialismus zu richten. Ein Bereich, der weitgehend der Öffentlichkeit entzogen ist, ein Bereich, in dem Gewaltexzesse, Misshandlungen bis hin zu Folter, ungeheure Diskriminierung von Gefangenen aus anderen Ländern immer drastischere Ausmaße annehmen, wobei insbesondere inhaftierte nazistische Kriminelle als Helferpotential des Gefängnispersonals zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Hier gilt es, insbesondere durch die Schaffung von Öffentlichkeit, der Faschisierung entgegenzutreten und Kämpfe gegen die Zustände in den Gefängnissen des deutschen Imperialismus zu propagieren und zu unterstützen, sowohl propagandistisch als auch praktisch.

Die zahlreichen Aktionen und Demonstrationen in den letzten Jahren richteten sich zu Recht gegen den enorm zugenommenen Naziterror, und sie müssten noch weit mehr verstärkt werden.

Der größere Terror gegen Flüchtlinge, gegen Werktätige aus anderen Herkunftsländern, gegen Menschen mit nichtweißer Hautfarbe, gegen Sinti und Roma, gegen demokratische und revolutionäre Kräfte geht aber vom deutschen Staat aus: mittels „Ausländergesetzen“, durch Kriminalisierung von sogenannten „Illegalen“, durch Misshandlung bis hin zur Ermordung von Flüchtlingen durch Polizei und Bundespolizei, durch Grenzterror der nahezu 10.000 Polizisten an der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechischen Grenze, inzwischen aber vor allem an den EU-Außengrenzen mit Zehntausenden von Toten allein im Mittelmeer, durch Abschiebeterror usw.

Je konsequenter der Kampf gegen die Nazis geführt wird, umso rascher, entschiedener und massiver stoßen Anti-Nazi-Kräfte selbst auf den Staatsapparat des deutschen Imperialismus.

Es ist dieser umfassende und systematische Charakter des staatlichen Terrors, warum die staatliche Faschisierung heute die größte Dimension des reaktionären Terrors ausmacht. Gleichzeitig gilt aber: Wer nicht bereit ist, mit aller Konsequenz und Härte gegen die Nazis zu kämpfen, wird niemals bereit und fähig sein, den viel umfassenderen Kampf gegen den Staat des deutschen Imperialismus selbst zu führen.

Es gehört zu den ständigen Aufgaben des demokratischen Kampfs, der staatlichen Faschisierung durch Enthüllungen und durch Kampffaktionen entgegenzutreten. Dazu gehört der Kampf gegen die Bespitzelung gerade auch im Zusammenhang mit Hartz IV, gegen die Einschränkung der demokratischen Pressefreiheit und des demokratischen Demonstrationsrecht, gegen das Verbot demokratischer Organisationen und die Solidarität mit inhaftierten demokratischen und revolutionären Kräften.

Im Kampf gegen alle diese Einschränkungen der demokratischen Rechte im Einzelnen und im Gesamtzusammenhang geht es letzten Endes darum – ohne Illusionen in das Wesen dieses Staatsapparats, in die parlamentarisch verbrämte Diktatur der Bourgeoisie aufkommen zu lassen – vor allem die Kräfte der proletarischen Revolution zu sammeln und zu organisieren.

e) Kampf gegen die Gefahr von Ausnahmezustand, Militärdiktatur und faschistische Diktatur

Es wäre fatal, wenn nicht die Gefahr gesehen würde, dass der deutsche Imperialismus sehr wohl in der Lage ist, auch in sehr kurzer Zeit eine offene Diktatur zu errichten und die bürgerlich-demokratischen Hüllen beiseite zu schieben. Sei es die Erklärung des Ausnahmezustands (Notstandsgesetze), sei es eine Militärdiktatur, sei es eine faschistische Diktatur. Es ist die Aufgabe der KP sich selbst und alle demokratischen und revolutionären Kräften auf eine solche Möglichkeit politisch und organisatorisch sehr gut vorzubereiten, um nicht überrumpelt und zerschlagen zu werden.

IV. Kampf gegen „Teile und Herrsche“ als Voraussetzung einer siegreichen sozialistischen Revolution

8. Kampf gegen Sexismus²

a) Zum Kampf gegen Unterdrückung, Diskriminierung und Ausbeutung der Frauen

Bei der Unterdrückung der Frauen handelt es sich um eine Unterdrückungsform, die in allen Ausbeutergesellschaften bis heute existiert und sich weltweit und in jedem Land in diesen oder jenen Formen gegen mindestens die Hälfte der Bevölkerung richtet.

Grundfragen

Aufklärung über den geschichtlichen Ursprung der Frauenunterdrückung

Die Geschichte der Entstehung der Klassengesellschaft ist ab einem bestimmten Stand der Produktivkräfte auch die Geschichte der Entstehung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Geschichte der Entstehung der Unterdrückung der Frau und der patriarchalen Familie.

Die Entwicklung der Produktivkräfte führte an einem bestimmten Punkt zur Produktion von einem Überschuss an Nahrung, vor allem durch eine verbesserte Viehzucht und durch Entwicklung des Ackerbaus. Es lohnte sich nun, gefangene Mitglieder anderer Stämme in der Regel nicht mehr zu töten, sondern sie zu zwingen, für ihre Besitzer zu arbeiten, die Felder für sie zu bestellen und das Vieh zu hüten. Das waren die Anfänge der Sklavenhaltergesellschaft. Es war inzwischen auch schon Privateigentum an Produktionsmitteln entstanden, zum Beispiel der individuelle Besitz von Vieh, das aufgrund der damaligen Teilung der Arbeit den Männern gehörte. Anstelle des gemeinschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, wie dies in der Urgesellschaft der Fall war, entstand nun Privateigentum an Produktionsmitteln, das geschützt und ab einem bestimmten Zeitpunkt vererbt wurde.

Die Verwandtschaft wurde bis zu diesem Zeitpunkt jedoch nach der mütterlichen Linie bestimmt, da die Nachkommenschaft nur den Müttern eindeutig zugerechnet werden konnte. Dieses sogenannte Matriarchat wurde beseitigt und durch das Patriarchat abgelöst. Die Verwandtschaft wurde von nun an nach der väterlichen Linie bestimmt. Die Kinder konnten nun

² Der Begriff Sexismus wird hier im weiten Sinn verstanden als jegliche Diskriminierung und Unterdrückung, die mit dem Geschlecht zusammenhängt.

den Besitz ihrer Väter erben. Es entstand dann sehr bald auch die monogame Ehe, die Frau wurde Eigentum des Mannes. Die Entstehung des Privateigentums führte auch zu Entstehung der Unterdrückung der Frau, zur Entstehung der Haussklaverei für die Frauen. Es wurden nicht nur die Sklavinnen und Sklaven ausgebeutet. Die Sklavenhalter beuteten auch ihre Frauen aus und hatten das Recht, ihre Frauen zu töten wie ihre Sklavinnen und Sklaven.

Mit der Entstehung der Klasse der Sklaven entstand auch aus der Sicht der Klasse der Sklavenhalter die Notwendigkeit, bewaffnete Formationen, eben einen Staat zu schaffen, der die Sklaverei aufrechterhält.

Der Beginn der Ausbeutung und Unterdrückung der Frau ist also verbunden mit dem Beginn der Entstehung der Klassengesellschaft überhaupt. Die Zeitspanne, in der nachweislich in der Urgesellschaft ein Matriarchat existierte, in dem also die Frauen eine entscheidende Rolle spielten und eine hochgeachtete Stellung in der Gesellschaft einnahmen, ist ein Beweis dafür, dass die Herrschaft der Männer keinesfalls immer existiert hat und keinesfalls immer existieren muss. Diese Zeit des Matriarchats wurde aber abgelöst von der Zeitspanne der Klassengesellschaft, die über die Sklaverei und die Leibeigenschaft zur Ausbeutung der proletarischen Klasse im Kapitalismus geführt hat.

Aufklärung über Familien- und Haussklaverei

Es entstand eine Situation, in der der Mann die beherrschende Stellung in der Kleinfamilie erhielt, in der die Frau zur monogamen Ehe gezwungen war – gebunden an Herd, Küche, Haushalt und Kinder –, während die Männer, je nach Stand der Produktivkräfte, auf der Basis der Sklaverei und durch die Ausbeutung der Frauen, teils nur von der Ausbeutung anderer lebten, teils an der Produktion teilnahmen oder an Raubkriegen beteiligt waren. Es entstand die jahrtausendealte Tradition der Unterdrückung der Frauen, die mit der Ideologie über die angeblich „natürliche Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter“ gerechtfertigt wurde – eine Tradition, die auch unter gänzlich veränderten, kapitalistischen Produktionsverhältnissen bis heute nicht überwunden ist.

Der bürgerlich-demokratische Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen im Kapitalismus und seine Grenzen

Erst in der geschichtlichen Etappe des aufsteigenden Kapitalismus entwickelte sich die Notwendigkeit, in breitem Ausmaß Arbeitskräfte einzukaufen und sie in der kapitalistischen Produktion einzusetzen. Damit war

auch die Entstehung der Vorstellung von der Gleichheit und den gleichen Rechten aller Menschen verbunden, was die Abschaffung der Sklaverei sowie der Leibeigenschaft und die Schaffung einer bürgerlichen Gesellschaft beförderte. In dieser Zeitspanne der bürgerlich-demokratischen Revolutionen gegen die Leibeigenschaft und für die Überwindung des Mittelalters entstand auch die Forderung nach der Gleichberechtigung der Frau in allen Bereichen der Gesellschaft und die Forderung nach der Einführung der Scheidungsmöglichkeit in der monogamen Ehe. Das bürgerliche Recht sollte für alle gleich sein und gleich gelten, unabhängig vom sozialen Stand oder vom Geschlecht der Menschen. Der Kampf für das Wahlrecht der Frauen sollte in Deutschland bis 1918 dauern.

In der Tat wurden nach langen Kämpfen sowohl der demokratischen Kräfte überhaupt als auch einer entstehenden bürgerlichen Frauenbewegung manche dieser Forderungen in einer zähen Auseinandersetzung realisiert. Einige Forderungen, einschließlich die des Verbots der Vergewaltigung innerhalb der Ehe, sind erst Ende des 20. Jahrhunderts in einem Land wie Deutschland realisiert worden.

Der Kampf für bürgerlich-demokratische Rechte für die Frauen umfasst zunächst eine Fülle von Forderungen, deren Realisierung den Kapitalismus noch nicht stürzt, nicht den Kern der kapitalistischen Ausbeutung in der Produktion betrifft. Und dennoch ist es ein nicht zu Ende geführter, ein notwendiger Kampf. Die Ursache für die nach wie vor nicht gleichberechtigte und in der Realität nicht gleichgestellte Frau besteht nicht nur in der Hartnäckigkeit einer jahrtausendealten Tradition. Die Kapitalistenklasse betreibt auch mit Hilfe der Spaltung der proletarischen Klasse in Frauen und Männer ihr „Teile und Herrsche“.

Die Kapitalistenklasse ist daran interessiert, im Kampf gegen die proletarische Klasse eine industrielle Reservearmee bereit zu haben, die auf den Lohn drückt. Entlassungen, so die Realität im kapitalistischen Deutschland bis heute, können faktisch bedeutend leichter bei den diskriminierten proletarischen Frauen durchgeführt werden, indem sie gegen die Männer ausgespielt werden.

Es gibt also eine Fülle unmittelbarer Gründe für die Ausbeuterklasse, die traditionelle Spaltung zwischen Frauen und Männern aufrechtzuerhalten und zu forcieren, vor allem auch, um die proletarische Klasse als Kraft zu schwächen.

Die Perspektive im Kommunismus

Dort, wo die Frauen schon eine gewisse Gleichberechtigung auf juristischer Ebene erreicht haben, wo sie in den Industriebetrieben arbeiten und hie und da, wenn auch eher als Ausnahme, auch bestimmte Bereiche der Hausarbeit und der Kinderbetreuung nicht noch zusätzlich leisten müssen, ist ja auch deutlich, dass die eigentliche Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen nicht beseitigt ist, wenn eine juristische Gleichberechtigung erreicht wird. Es ist klar, dass die proletarische Frau wie der proletarische Mann den Hauptkampf für den Sturz des Kapitalismus, für die Beseitigung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung führen müssen, dass also der Kampf der ganzen proletarische Klasse für den Kommunismus das Entscheidende sein wird.

Realität als Ausgangspunkt

Die ideologische Arroganz der deutschen Imperialisten

Es gehört zu den Besonderheiten der Lage in einem Land wie Deutschland, dass die herrschende Klasse als deutsch-nationalistische Erfolgsmeldung auf die von den Frauen und von der demokratischen Bewegung erkämpften Elemente der Gleichberechtigung der Frau in diesem Land verweist, um in überheblicher Weise auf Länder zu verweisen, in denen sich die juristische Gleichstellung der Frauen noch auf einem niedrigeren Niveau befindet als in Deutschland. Hier spielt sich der deutsche Imperialismus als besonders fortschrittlich auf. Ein Mittel, dieses reaktionäre Spiel der deutschen Bourgeoisie zu entlarven, besteht darin, sehr genau die gesamte Realität der Unterdrückung und Diskriminierung, die ungeheuren Ausmaße der Gewaltanwendung gegen Frauen in Deutschland aufzudecken.

Realität: Sexualmorde, Vergewaltigungen, Misshandlungen, Prostitution und Zuhälterei in Deutschland

Die reaktionäre Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist alltäglich. Die Tatsache, dass im Kontext von Frauenverachtung in Deutschland jährlich über 300 Frauen und Mädchen ermordet werden und es weitere Hunderte von Mordversuchen gibt, die Tatsache, dass jährlich Tausende Fälle von Vergewaltigung und sexueller Nötigung angezeigt werden und Zehntausende von Strafanzeigen wegen sexuellen Missbrauchs von Mädchen, die Tatsache, dass jährlich über 40.000 Frauen von ihren schlagenden und vergewaltigenden Ehemännern und Partnern in Frauenhäusern Zuflucht suchen

– all dies zeigt, worum es wirklich geht. Dabei muss bewusst sein, dass diese offiziellen Zahlen nur die Spitze des Eisbergs der Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Deutschland sichtbar werden lassen. Denn die Zahlen erfassen nur die Fälle, in denen es die Frauen und Mädchen gewagt haben, zur Polizei zu gehen und Anzeige zu erstatten. Die Dunkelziffern werden auf das 10- bis 20-Fache der offiziellen Zahlen geschätzt.

Hinzu kommt, dass in einer Art Sklavenhandel auch Zuhälterei im großen Maßstab betrieben wird, dass Frauen, vor allem aus anderen Herkunftsländern, mit brutaler Gewalt und oft genug aus ökonomischem Elend in die Prostitution getrieben und auf das Schändlichste unterdrückt und ausgebeutet werden.

Für die kommunistischen Kräfte ist hier ein zusätzliches Problem, dass diese massenweise vorkommenden Verbrechen gegen Frauen nicht direkt vom Staat ausgehen und ihnen hier ein nicht genau zu definierender Feind gegenübersteht. Es ist eben nicht in erster Linie der Staat, es sind nicht in erster Linie Nazis, es sind Männer aus den verschiedensten Bereichen dieser Gesellschaft, oft genug die eigenen Ehemänner, die mit brutaler Gewalt gegen Frauen vorgehen, gegen die sich die Frauen nach allen Möglichkeiten wehren und ihren Schutz organisieren müssen.

Tagtägliche sexistische Massenpropaganda und Diskriminierung in Medien und im Alltag

Die Atmosphäre, in der massenhaft Gewalt gegen Frauen ausgeübt wird, ist nicht unabhängig von der tagtäglichen sexistischen Massenpropaganda, die bei der Werbung beginnt und bis zur Pornoindustrie reicht. Das Lächerlichmachen von Frauen, ihre Geringschätzung, ihre Diskriminierung als minderwertig, als schlechte Kopie der Herren der Schöpfung im Alltag, auch in der eigenen Familie und dem eigenen Kreis von Freundinnen und Freunden, Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen – all dies gehört zu einer Gesamtatmosphäre, die oft genug der Vorbote von Gewaltanwendung ist.

Die soziale Realität und die Klassenfrage

Zur sozialen Realität gehört bei der großen Masse der proletarischen Frauen und werktätigen Frauen, die vielfach im Niedriglohnsektor beschäftigt sind, dass sie zusätzlich zu der Ausbeutung in Fabriken, Handels- und Dienstleistungsbetrieben unentgeltlich Hausarbeit verrichten müssen. Die Frauen sind in der übergroßen Mehrheit keinesfalls dieser Doppelbelastung, dieser Haussklaverei entronnen. Hinzu kommt, dass für die gleiche Arbeit

nach wie vor in Fabriken und Firmen nicht derselbe Lohn gezahlt wird, so dass auch an dieser Frage notwendigerweise ökonomische Tageskämpfe entstehen.

Unter Verweis auf das „Risiko“ einer Schwangerschaft und aufgrund der notwendigen Versorgung von Kindern, was zu Ausfallzeiten führt, werden werktätige Frauen zusätzlich diskriminiert und benachteiligt. Sie sind oft gezwungen, schlecht bezahlte Teilzeitarbeit oder sogar Arbeiten fast ohne soziale Absicherung anzunehmen. Besonderer Diskriminierung sind die werktätigen Frauen aus anderen Ländern ausgesetzt, die meist die am schlechtesten bezahlten Jobs erhalten, oft sogar ohne Arbeitsvertrag und ohne soziale Absicherung. Sie sind zusätzlichen entwürdigenden juristischen Formen der Unterdrückung ausgesetzt. Sie erhalten oft nur eine an ihre Ehe gebundene Aufenthaltserlaubnis, die sie im Falle einer Scheidung sofort verlieren.

Der Kampf für eine Vergesellschaftung der Hausarbeit, insbesondere für eine gute Versorgung, Betreuung und Bildung der Kinder, ist sicherlich nicht nur ein Kampf der proletarischen Frauen, aber sehr wohl nach wie vor eine berechtigte Forderung, für die gekämpft werden muss.

Unterschiedliche Kampffronten

Lehren aus der Geschichte

Die Geschichte hat gezeigt, in welchem Ausmaß die Konterrevolution die Frauen umwirbt. Es geht hier nicht nur um die bürgerliche Frauenbewegung und um den Reformismus, die die werktätigen und ausgebeuteten Frauen damit belügen, dass eigentlich im Rahmen des Kapitalismus doch alle Probleme gelöst werden können, um sie vom Kampf für die sozialistische Revolution und den Kommunismus abzuhalten und gegen die kommunistische Kräfte aufzuhetzen. Es geht gerade, wie die deutsche Geschichte zeigt, auch darum, dass es die allerreaktionärsten Ideologen bis hin zu nazifaschistischen Ideologen geschafft haben, mit Lobtiraden auf die angeblich „natürliche Rolle der Frau als Mutter“ das unterdrückte Selbstbewusstsein der Frauen auszunutzen, um mit Demagogie diese Frauen an den deutschen Imperialismus zu binden und direkt an verbrecherischen Aktionen zu beteiligen.

Die fehlende Anerkennung der Frauen in der Gesellschaft wird demagogisch ausgenutzt, um auf dem Papier die Arbeit der Frauen anzuerkennen, sie gleichzeitig in der Praxis zu Haussklaven zu degradieren, sie im Kriegsfall, wenn nötig, auch in die Produktion zu stecken, kurz alle Mechanismen

der Unterdrückung und Ausbeutung zu nutzen, die jeweils opportun erscheinen.

Eine erste Front im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung der Frau besteht auch darin, gegen diese Anbindungsversuche der Frauen und der Frauenbewegung an den deutschen Imperialismus vorzugehen.

Der Kampf der proletarischen Frauen als Teil des Kampfes für den Kommunismus

Aber entscheidend ist die positive Zielsetzung, die Orientierung der Bewegung der proletarischen Frauen auf das Ziel des Kommunismus. Hier gelten alle Programmpunkte der sozialistischen Revolution und des Kampfes für den Kommunismus, wobei ein deutlicher Akzent auf die doppelte Ausbeutung und Unterdrückung der proletarischen Frauen gelegt werden muss: Diese wird im Kommunismus abgeschafft werden durch die Vergesellschaftung der Produktion einschließlich der im Kampf für den Kommunismus durchgeführten Vergesellschaftung der versklavenden Hausarbeit, jener belastenden, eintönigen Hausarbeit, die fester Bestandteil der Unterdrückung der Frauen über Jahrhunderte und Jahrtausende war.

Im Kampf für den Kommunismus gilt für die proletarische Frau dasselbe wie für den proletarischen Mann: Es kann die Befreiung der Arbeiterinnen nur das Werk der Arbeiterinnen sein!

Der Kampf der proletarischen Frauen um die Hegemonie in den demokratischen Kämpfen gegen alle Formen der Unterdrückung und Diskriminierung der Frauen

In allen demokratischen Kämpfen ist es erforderlich – sei es gegen den deutschen Nationalismus, der mit Frauenfeindlichkeit verknüpft wird, sei es für die Rechte der Flüchtlinge und gegen die besondere Diskriminierung von Flüchtlingsfrauen –, die besondere Unterdrückung der Frauen und den Kampf gegen den Sexismus zum Thema zu machen, Klarheit zu schaffen und führend einzugreifen.

Es gilt, bei den demokratischen Fragen, die Frauen betreffen, durch Aufklärung und Kampfaktionen voranzugehen und in diesen Bereichen den bürgerlich-reformistischen oder direkt aktiv konterrevolutionären faschistischen Kräften konsequent entgegenzutreten.

Der Kampf in den eigenen Reihen

Die grundlegende Propaganda der kommunistischen Kräfte muss ergänzt werden durch eine Propaganda bei denjenigen Fragen und Kämpfen, die

sich besonders gegen den Herrenstandpunkt auch in den Reihen des Proletariats sowie in der eigenen Organisation richten und muss dabei in jeder Hinsicht zur Stärkung der proletarischen Frauen beitragen. In den eigenen Reihen muss die Größe der Aufgabe gesehen, muss realistisch festgestellt werden, wie in der eigenen Organisation, in den einzelnen Kämpfen und im ganzen Land die Beteiligung und der Anteil der Frauen bei den jeweiligen Aufgaben ist. Dies ist im Kampf für die Gewinnung der Mehrheit der proletarischen Klasse eine sehr wesentliche Herausforderung.

b) Kampf gegen Hetze, Diskriminierung und Verfolgung von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen

Hetze gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen und ihre Diskriminierung hat eine lange reaktionäre Tradition in Deutschland, über die aufgeklärt werden muss.

Schon im Kaiserreich und dann in der Weimarer Republik war männliche Homosexualität ein Straftatbestand. Die KPD führte in der Weimarer Republik einen Kampf zur Abschaffung des reaktionären § 175. Aber die Nazis siegten 1933. Die Nazis sagten insbesondere homosexuellen Männern oder als solche Eingestufte oder Denunzierte in einem bis dahin ungeahnten Ausmaß mittels juristischer Verfolgung (§ 175), Gefängnis, Zuchthaus und KZ den Kampf an. Die Nazis verschärften systematisch die Diskriminierung bis zum massenhaften Mord an gleichgeschlechtlich orientierten Männern. Kommunistisch orientierte Genossinnen und Genossen können und dürfen über diese Tatsachen nicht hinweggehen. Die Aufklärung über diese Verbrechen ist eine wesentliche Aufgabe des heutigen Kampfs.

Nach 1945 hörte in Westdeutschland die Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Männer aufgrund des berüchtigten § 175 nicht auf. Vielmehr wurde über Jahrzehnte hinweg der § 175 in der Nazifassung beibehalten. Rund 50.000 Männer wurden allein von 1953 bis 1965 aufgrund des § 175 verurteilt. Im vergleichbaren Zeitraum von 1919 bis 1932 waren in der Weimarer Republik rund 9.000 Männer aufgrund dieses Paragraphen verurteilt worden.

Erst 1969 wurde in Westdeutschland der § 175 in der Fassung von 1935 abgeschafft. Ab diesem Zeitpunkt wurden gleichgeschlechtliche Beziehungen zwischen erwachsenen Männern ab dem 21. Lebensjahr nicht mehr kriminalisiert. Erst 1994 wurde der § 175 endgültig abgeschafft.

Und es soll an dieser Stelle keinesfalls in Vergessenheit geraten, wie deutsche Behörden die gleichgeschlechtlich orientierten Naziopfer behan-

delten: Sie wurden von Entschädigungen ausgeschlossen und wurden auf das „Allgemeine Kriegsfolgengesetz“ verwiesen. Laut diesem Gesetz konnten aber lediglich ehemalige KZ-Häftlinge Ansprüche geltend machen, alle anderen homosexuellen Naziopfer blieben weiterhin ausgeschlossen.

Deutsche Regierungsbehörden behaupteten jahrzehntelang, die Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Männer aufgrund des § 175 sei kein Naziverbrechen gewesen. Das Bundesfinanzministerium bezeichnete im Oktober 1996 die „Bestrafung von Homosexuellen nach § 175“ während der Nazizeit als kein „typisches NS-Unrecht“.

Zwar wurden im Mai 2002 die Urteile nach § 175 aus der Nazizeit als „NS-Unrecht“ aufgehoben, jedoch keineswegs die in die Zehntausende gehenden Urteile nach 1945 in Westdeutschland. Nach wie vor sind Menschen, die wegen ihrer Homosexualität während der Nazizeit verfolgt wurden, nicht als Naziopfer nach dem „Bundesentschädigungsgesetz“ anerkannt, sondern wurden lediglich mit dem ein oder anderen meist lächerlich geringen Betrag aus einem „Sonderfonds“ abgespeist.

Auch heute werden immer noch dieselben Demagogien und Verfälschungen zum Thema gleichgeschlechtlicher Orientierung vorgebracht, um gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen zu hetzen und sie zu diskriminieren.

Ein grundlegendes Manöver besteht in der Vermischung und Gleichsetzung von sexuellem Missbrauch von Kindern mit gleichgeschlechtlicher Sexualität überhaupt. Der sexuelle Missbrauch von Frauen und Kindern durch Männer als Merkmal diktatorischer Verhältnisse im Großen wie im Kleinen wurde aus gutem Grund in der Geschichte der Bewegung der proletarischen Klasse angeprangert und bekämpft. Der entscheidende Punkt, insbesondere in Deutschland, bei der staatlich organisierten Verfolgung der Homosexuellen bestand darin, die sogenannte „Unzucht“ mit Tieren, Kindern und Männern in einem Atemzug zu nennen und in die Kategorie „unnatürlich“, „widernatürlich“ etc. zu zwängen. Der Schutz der Kinder (lassen wir den Tierschutz mal beiseite) wird hier offenkundig demagogisch ausgenutzt, um jegliche sexuelle Beziehung unter Männern zu diffamieren. Sagen wir es ganz deutlich: Eine Sache ist der Schutz der Kinder vor Übergriffen und vor Missbrauch durch Erwachsene. Eine komplett andere Sache sind gleichgeschlechtliche Beziehungen zwischen Erwachsenen.

Daran anknüpfend besteht ein zweites Manöver darin, dass gleichgeschlechtliche Sexualität als Phänomen und Möglichkeit aus dem Alltag der

Masse der Werktätigen ausgeklammert wird bzw. dass der Hauptakzent bei der Darstellung der gleichgeschlechtlichen Sexualität entweder auf durch Geld erkaufte „Ausschweifungen“ innerhalb der herrschenden Klassen (sozusagen als Ausdruck ihrer Dekadenz) oder auf die staatlichen und institutionellen Repressionsorgane (Militär und Kirche) gelegt wird, in der traditionell Frauen nichts zu suchen hatten und Männer in Klöstern und Kasernen isoliert wurden.

Gehen wir die Punkte einzeln durch: Seit Platon rund 350 Jahre vor unserer Zeitrechnung seine Schrift „Symposion“ verfasst hatte, eine Beschreibung damaliger Fress- und Sauforgien, bei denen die von Arbeit befreiten Mitglieder der herrschenden Klassen die Vorzüge der „Knabenliebe“ propagierten, wird diese schriftlich überlieferte Form der gleichgeschlechtlichen männlichen Sexualität als Ausdruck von Dekadenz mit der Frage der gleichgeschlechtlichen Sexualität überhaupt gleichgesetzt oder sogar als Rechtfertigung für sexuelle Beziehungen mit Kindern herangezogen. Der springende Punkt bei diesem Manöver ist nicht nur, dass die Anprangerung dieser Formen der Prostitution oder Abhängigkeit, sei es von Kindern, sei es von Jugendlichen, die Prostitution der Frauen ausklammert, sondern vor allem, dass hier die Herrschaftsverhältnisse, die Abhängigkeitsverhältnisse nicht als der entscheidende Punkt angesehen werden, sondern die Frage, ob es sich um gleichgeschlechtliche Sexualität handelt oder nicht.

In ähnlicher Weise sind auch die in den Repressionsorganen der kasernierten Soldaten und Polizisten auftretenden gleichgeschlechtlichen Beziehungen zwischen Männern einzuschätzen. Das Hohelied auf die sogenannte „soldatische Kameradschaft“ und auf die sogenannte wahre „Männerfreundschaft“ mit dem ideologischen Ballast eines Männlichkeitswahns und einer tiefen Frauenverachtung dient zudem oft genug nur der Verschleierung homosexueller Repression. Nicht um freiwillige Beziehungen oder gar Liebe, sondern um brutale Abhängigkeiten oder Hierarchien geht es in vielen Fällen in den Armeen der herrschenden Klassen, ähnlich wie in den zigtausend dokumentierten Fällen gleichgeschlechtlicher repressiver Beziehungen von Kirchenfürsten, Bischöfen und Priestern.

Auch emanzipatorische Bewegungen durchschauten in vielen Fällen nicht, dass die gleichgeschlechtliche Beziehung als Ausdruck von Abhängigkeit und Repression bis hin zur Vergewaltigung eine Sache ist, die aber ganz und gar nichts mit der Frage zu tun hat, die sich aus Zuneigung, aus einer freiwilligen sexuellen Beziehung zwischen Männern ergibt. Diese Vermengung der eigentlichen Frage mit dem demagogischen Argument des

„Schutzes“ Minderjähriger oder Abhängiger gilt von einer emanzipatorisch-demokratischen und kommunistischen Position aus klar zurückzuweisen,

Insofern es um freiwillige Sexualität und freiwillige Beziehungen zwischen Erwachsenen geht, handelt es sich um die Privatsache eines jeden Menschen. Insofern es sich um unfreiwillige und durch Repression, Not und Geld erzwungene sexuelle Beziehungen handelt, müssen sie bekämpft werden. Dies ist die entscheidende Fragestellung. Und sie hat ganz und gar nichts mit Homosexualität oder Heterosexualität zu tun.

Dabei gilt es auch zu durchschauen, dass die Begriffe „natürlich“ oder „normal“, die immer wieder angeführt werden, um gleichgeschlechtliche Beziehungen als „krank“ und „unnormale“ zu bezeichnen, ihre ganz eigenen demagogischen Wurzeln haben. Die Natur als Vorbild schließt nun einmal Vergewaltigung, Hierarchien und Verhältnisse zwischen Tieren, die jeder Vorstellung von Freiwilligkeit und Gleichberechtigung spotten, keinesfalls aus. Im Gegenteil. Die Natur als Vorbild menschlicher Sexualität ist offensichtlich eines der absurdesten Argumente überhaupt.

Vorstellungen von „natürlich“ und „normal“ rufen auch die Mobilisierung der Mediziner und Psychologen auf den Plan. Wenn angeblich männliche gleichgeschlechtliche Sexualität eine „Krankheit“ ist, dann wird geforscht, um diese „Kranken“ unter der Flagge der „Humanität und Hilfe“ wieder „gesund“ zu machen. Die Liste der Maßnahmen reicht von sich an der sogenannten Familienidylle orientierenden psychologischen Therapien über Hormonbehandlungen bis zur Kastration.

Aus all dem ergibt sich ein schwer zu durchschauendes und schwierig auseinanderzunehmendes Gemisch, das sogenannte „gesunde Volksempfinden“, ein von klein auf anerzogenes Ekelgefühl gemischt mit Ablehnung und Hass ohne jegliche Differenzierung gegen alles, was mit gleichgeschlechtlicher Sexualität zu tun hat.

Die schon umfassend diskutierte, aber nicht endgültig geklärte Frage, worin die Ursachen für Homosexualität (und übrigens auch für Heterosexualität) liegen, welchen Anteil Ererbtes, Angeborenes, familiäre Umstände, gesellschaftlich Erworbenes oder individuelle Erfahrungen haben, all das ist für das, was unsere Aufgabe ist, weitgehend irrelevant.

Denn völlig unabhängig von der Frage, welche Ursachen die von der Mehrheit praktizierte Heterosexualität und die von einer Minderheit praktizierte Homosexualität – insbesondere die männliche Homosexualität – im

Einzelnen hat, kann es uns als Kommunistinnen und Kommunisten nur darum gehen, die während der Zeit des Nazifaschismus auf die Spitze getriebene Verfolgung und Bedrohung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung zutiefst abzulehnen und jegliche Diskriminierung theoretisch und praktisch zu bekämpfen.

Es wird immer wieder behauptet, es habe sich doch so viel getan in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Deutschland, es seien doch so große Fortschritte bei der Gleichstellung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen gemacht worden, was zum Beispiel auch durch die Einführung der sogenannten „eingetragenen Partnerschaften“ gleichgeschlechtlich orientierter Menschen zum Ausdruck komme, eine Form der bürgerlichen Ehe, die in mancherlei Hinsicht eine rechtliche Annäherung an die heterosexuelle bürgerlichen Ehe darstellt.

Ohne Frage wären viele dieser Veränderungen im Deutschland der 50er und 60er Jahre nicht möglich gewesen. Doch was bedeutet das? Sicherlich kann festgehalten werden, dass keine dieser Veränderungen ein Zeichen für verschärfte Verfolgung und Diskriminierung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen ist. Im Gegenteil, sie sind durchaus der Ausdruck eines gewissen gesellschaftlichen Wandels, eines gewissen antireligiösen und anti-reaktionären Drucks von unten gegen eine zunehmend unhaltbar gewordene Legitimation der Diskriminierung und Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen. Auch wenn wir mit sehr guten Gründen die Halbheiten und Unzulänglichkeiten dieser als positiv dargestellten Punkte auf- und ausführen könnten, geht es uns im Kern doch um eine ganz andere Frage.

Zuerst muss festgehalten werden, dass auch diese Veränderungen und teilweisen Fortschritte von einem reaktionären Roll-back seitens der herrschenden Kapitalistenklasse und ihres Staats bedroht sind, die durchaus eine Doppelstrategie fahren. Einerseits spielt sich dieser Staat als „fortschrittliche Kraft“ auf, die diese Veränderungen erst ermöglicht habe. Andererseits wird dieser Staat auch nicht davor zurückschrecken, wenn es darum geht, insgesamt das „Klima“ in Deutschland reaktionär zu verschärfen, diese Fortschritte wieder zurückzudrehen.

Aktuell wichtiger ist, dass diese teilweisen Fortschritte im Vergleich mit dem Deutschland der 50er Jahre begleitet werden von einer gleichzeitig vor sich gehenden zunehmenden Verschärfung des Klimas, was mehr als nur eine „Gegenreaktion“ darstellt. Es geht hier nicht (oder fast nicht) um gesetzliche Bestimmungen oder staatliche Verordnungen. Es geht um das Alltagsgeschehen, um die Berichterstattung in den bürgerlichen Medien,

um Institutionen wie die christlichen Kirchen. Es geht um die Ausgrenzung, Verhöhnung und Beschimpfung von gleichgeschlechtlich orientierten Männern und Frauen an den Stammtischen, beim Karneval, in Vereinen, auf dem Fußballplatz und um die Mobilisierung des sogenannten „gesunden Volksempfindens“. Diese reaktionäre Grundstimmung wird keinesfalls zufällig, sondern systematisch ergänzt durch die Propaganda der Nazibewegung, durch organisierte Naziüberfälle oder Überfälle nazistisch orientierter Jugendlicher auf gleichgeschlechtlich orientierte Männer und Frauen bis hin zu Nazimorden.

So ist insgesamt gesehen die Lage für gleichgeschlechtlich orientierte Menschen in Deutschland in vielerlei Hinsicht gefährlicher und bedrohlicher geworden.

Besonders infam ist dabei die bei der großen Mehrheit der Medien zu beobachtende und schwer zu beschreibende „unverkrampte“ Diskriminierung und Lächerlichmachung aller Aspekte der gleichgeschlechtlichen Sexualität unter Verwendung aller möglichen Klischees und Vorurteile. Es ist ein geschicktes Spiel unter der Maske des Humors und der „Volksbelustigung“, wenn TV-Moderatoren, Schauspieler oder Comedians in der Pose „Ich habe nichts gegen Homosexuelle“ oder „Ich habe nichts gegen Homosexuelle, ich bin schließlich selbst einer“ immer abrufbare Klischees produzieren und über „weibische“ Männerhomosexualität herziehen oder wenn in der Musikszene jugendliche Hip-Hopper und Rapper sich besonders männlich aufspielen möchten mit Ausfällen gegen „unmännliche Schwuchteln“ oder „unweibliche Lesben“.

So werden in einem bisher ungekannten Umfang tagtäglich Millionen von Menschen daran gewöhnt, wie Homosexuelle der Lächerlichkeit preisgegeben werden und gleichzeitig alle Verhaltensweisen zu vermeiden, die als „schwul“ denunziert werden könnten. Und vorgeführt wird ebenfalls die „naheliegende Abwehrreaktion“, nämlich lieber andere (ohne dass dies als moralisch verwerflich verurteilt würde) ins Lächerliche zu ziehen, sie zu diskriminieren und zu entwürdigen, um so die eigene „Männlichkeit“ ins Rampenlicht zu rücken. Auf dem Boden dieser massenhaft geschürten und häufig unterschätzten Homosexuellenfeindlichkeit wirkt dann das „gesunde Volksempfinden“. Das alles zeigt Wirkung: unter Jugendlichen ist eines der meistbenutzten diskriminierenden Schimpfworte „du Schwuli“.

Die kommunistischen Kräfte kämpfen für maximale Entschädigung der Naziopfer und bekämpfen jegliche Hetze und den Naziterror gegen gleich-

geschlechtlich orientierte Menschen. Sie kämpfen gegen jegliche Diskriminierung und gegen die reaktionäre Ideologie des „Männlichkeitswahns“.

c) Kampf gegen weitere Formen sexistischer Hetze, Diskriminierung und Verfolgung

In den letzten Jahren wurde die Diskriminierung und Unterdrückung von zwei weiteren Gruppen von Menschen massiv verstärkt:

Menschen, die sich mit der Geschlechterrolle, die ihnen bei der Geburt aufgrund der äußeren Geschlechtsmerkmale zugewiesen wurde, nicht vollständig oder gar nicht identifizieren. Manche von ihnen empfinden sich so stark als Angehörige des jeweils anderen Geschlechts, dass sie danach streben, sich auch körperlich diesem anderen Geschlecht möglichst anzunähern.

Menschen, die anatomisch (aufgrund ihrer Geschlechtsorgane) und/oder hormonell (aufgrund des Mengenverhältnisses der Geschlechtshormone) nicht eindeutig dem weiblichen oder dem männlichen Geschlecht zugeordnet werden können.

Auf dem Boden vor allem des massenhaft geschürten „Männlichkeitswahns“ wird auch gegenüber diesen beiden Gruppen „gesundes deutsches Volksempfinden“ in der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung verankert. Offiziell gelten sie als „krank“ und werden damit in eine ähnliche Schublade wie gleichgeschlechtlich orientierte Menschen gesteckt.

Von dieser Form der Diskriminierung und Unterdrückung sind nach Schätzungen heute Zehntausende von Menschen in Deutschland betroffen.

Die Menschen aus der ersten Gruppe werden oftmals mit Hormonbehandlungen oder psychologischen „Behandlungen“ traktiert bis hin zur Zwangseinweisung in die Psychiatrie. Während man denjenigen unter ihnen, die eine geschlechtliche Umwandlung wünschen, wiederum die dafür nötige medizinische Behandlung oftmals verweigert.

Gegen die Menschen der zweiten Gruppe wird häufig schon von Geburt an vorgegangen. Es werden medizinische Eingriffe wie Operationen und Hormonbehandlungen schon bei Babys und bei Kindern vorgenommen, um sie gewaltsam auf das eine oder andere Geschlecht biologisch festzulegen.

Beschimpfungen, Drohungen bis zu körperlicher Gewalt im Alltag, diskriminierende Schikanen durch staatliche Behörden wie Sozialämter oder Schulen, durch Ärzte und Sozialarbeiter sind für die Menschen dieser beiden Gruppen an der Tagesordnung.

Die kommunistischen Kräfte bekämpfen jegliche Formen der sexistischen Hetze, Diskriminierung und Verfolgung von Menschen.

9. Kampf gegen die Diskriminierung von Minderheiten

a) Kampf für die Gleichberechtigung und die Rechte der nationalen Minderheiten in Deutschland

Die Position, dass es auch in Deutschland nationale Minderheiten geben kann und gibt, war in der Geschichte der revolutionären Sozialdemokratie und der KPD durchaus keine Selbstverständlichkeit. Traditionell wurden Länder wie Frankreich und Deutschland im Unterschied zu dem österreichischen Kaiserreich und dem Zarenreich als sogenannte „Nationalstaaten“ eingeschätzt, in denen es keine ins Gewicht fallende zusätzliche nationale Frage mehr gibt.

Während es in einem Land wie Russland nach der sozialistischen Revolution 1917 klar war, dass es eigenständige Nationen gibt, die wie Finnland, Polen oder die Ukraine das Recht auf staatliche Lostrennung haben (besonders deutlich wurde das bei der Lostrennung Finnlands nach 1917), gab es dort auch in sehr großem Umfang nationale Minderheiten mit unterschiedlichen politischen Ambitionen. Je nach Größe und Kompaktheit des geografischen Gebiets sowie anderen Faktoren galt es, abgestuft und übereinstimmend mit den Interessen dieser nationalen Minderheiten zu demokratischen Lösungen zu kommen, die über die vollständige Gleichberechtigung hinaus auch spezielle Rechte hinsichtlich der Sprache und der Kultur maximal berücksichtigen.

Dänen, Friesen, Sorben

Bei der Entstehung der deutschen Nation, die im Allgemeinen nach dem Krieg mit Dänemark 1864, nach dem Krieg mit Österreich 1866 und dem Sieg über Frankreich 1871 und der Herstellung des „Deutschen Reiches“ unter Bismarck anzusetzen ist, gab es so gut wie kein Problembewusstsein in dieser Frage. Es existierte zwar eine dänische Minderheit im Norden Deutschlands, das spielte aber bis zu den Verträgen von Versailles und den dort beschlossenen Abstimmungen 1919 keine gewichtige politische Rolle. Bis heute hat die dänische Minderheit im Bundesland Schleswig-Holstein

klar definierte politische und kulturelle Rechte, ohne dass aktuell von gewichtigen politischen Konflikten ausgegangen werden kann.³

Auch die Friesen haben bestimmte Besonderheiten sprachlicher und kultureller Art, die durchaus so eingeschätzt werden können, dass sie im Bereich der Bedingungen für eine nationale Minderheit liegen. Auch hier gibt es aktuell keine uns bekannten Konfliktbereiche.⁴

Nach der Einverleibung der DDR 1990 wurde der Status der Sorben, der in der Zeit der DDR der einer nationalen Minderheit war, weitgehend vom deutschen Staat übernommen.⁵

Nach offiziellen Schätzungen bilden heute etwa 60.000 Menschen die **sorbische Bevölkerung** in Deutschland, die im Gebiet Lausitz leben. Zwei Drittel davon, die Obersorben, in der Oberlausitz (Sachsen) und ein Drittel, die Niedersorben, in der Niederlausitz (Brandenburg). Heute sprechen weniger als die Hälfte dieser Menschen noch die sorbische Sprache.

Auch hier gibt es eine Reihe politischer und kultureller Rechte, während gleichzeitig eine deutsch-nationalistische Stimmung gegen die Sorben vor-

³ In der Zeit des Nazifaschismus wurde die dänische Minderheit zwar nicht systematisch oder direkt verfolgt, aber diskriminiert und schikaniert. In der Bonn-Kopenhagener Erklärung von 1955 verpflichteten sich die deutsche und die dänische Regierung, die nationalen Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze zu schützen. Die heute rund 65.000 Däninnen und Dänen unter rund 2,8 Millionen Schleswig-Holsteinern, die finanziell nicht nur vom deutschen Staat, sondern auch von Dänemark unterstützt werden, haben unter anderem eine eigene dänischsprachige Tageszeitung, ein eigenes Schulsystem sowie eine eigene dänische Kirche und viele kulturelle Vereine. In Regionen mit vielen Angehörigen der dänischen Minderheit hat die dänische Sprache den Rang einer Amtssprache. Als einzige nationale Minderheit in Deutschland haben die Dänen in Schleswig-Holstein eine eigene politische Vertretung, die auch Mandate im Landtag besitzt. Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), der 1948 als gemeinsame Partei von Dänen und Friesen gegründet wurde, ist bei Landtagswahlen von der Fünfprozenthürde befreit.

⁴ Zur besonderen Lage der nationalen Minderheit der Friesen steht noch eine genauere Analyse aus.

⁵ Im Nazifaschismus gab es die schlimmste Verfolgung der sorbischen Bevölkerung. Ihre politischen und kulturellen Vertreter wurden mundtot gemacht, verfolgt, verbannt und manche auch ermordet. Das sorbische Vereinswesen und die sorbische Presse wurden verboten. Die Nazifaschisten zielten auf eine systematische Eliminierung der sorbischen Identität ab.

herrscht und die Nazibewegung nicht nur diese Rechte angreift, sondern insbesondere Angehörige der sorbischen Minderheit diffamiert, angreift, überfällt und verletzt!⁶

In den letzten Jahren ist die Situation für die sorbische Bevölkerung bedrohlicher geworden. Vertreter der sorbischen Bevölkerung sprechen von einer neuen Dimension der Sorbenfeindschaft. In Sachsen gab es eine monatelange Serie gezielter Naziangriffe auf die sorbische Bevölkerung. Sorbische Jugendliche wurden auf der Straße von Gruppen maskierter Nazis als „Sorbenschweine“ beleidigt, bedroht und einige wurden auch körperlich angegriffen. Die Nazis marschierten gezielt in sorbischen Dörfern auf, um dort sorbisch sprechende Menschen zu attackieren und sorbische Orts- und Straßenschilder zu beschmieren und unkenntlich zu machen. Viele Sorben haben seitdem Angst, sich in der Öffentlichkeit als Sorben zu erkennen zu geben.

Der Kampf gegen die Diskriminierung der sorbischen Bevölkerung umfasst aktuell vor allem den Kampf gegen die alltägliche Sorbenfeindschaft und insbesondere gegen den Naziterror sowie den Kampf für die umfassende Verwirklichung der Rechte der sorbischen Bevölkerung als nationale Minderheit im täglichen Leben.

Jüdische Bevölkerung in Deutschland

In Hinblick auf die **jüdische Bevölkerung** als Minderheit in Deutschland ergab sich schon im 19. Jahrhundert, insbesondere aber nach 1918 ein zweifaches Erscheinungsbild. Einerseits gab es eine jüdische Minderheit, die seit Jahrhunderten auf dem späteren Gebiet des „Deutschen Reiches“ lebte und arbeitete und sich eindeutig als „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens“ verstanden und diesen Status völlig zu Recht einforderten.

⁶ Es gibt in Sachsen und Brandenburg mehrere sorbische Kindergärten und zweisprachige sorbisch-deutsche Schulen sowie Schulen, die Sorbisch als Fremdsprache lehren. Im Siedlungsgebiet der sorbischen Bevölkerung gilt die sorbische Sprache teilweise als zweite Amtssprache. Der 1958 gegründete Domowina-Verlag publiziert sorbische Bücher und Zeitungen; außerdem betreibt er eine eigene Buchhandlung. Es erscheinen eine obersorbische Tageszeitung, eine niedersorbische Wochenzeitung, eine sorbische Kulturmonatszeitung sowie eine wissenschaftliche Halbjahreszeitung, die vom 1951 gegründeten Sorbischen Institut herausgegeben wird. Außerdem werden über MDR und RBB täglich Radiosendungen und regelmäßig Fernsehsendungen in sorbischer Sprache ausgestrahlt. Eine Vertretung in politischen Institutionen hat die sorbische Bevölkerung nicht.

Gleichzeitig aber gab es auch einen nicht unerheblichen Anteil an der jüdischen Bevölkerung, der aus Osteuropa, insbesondere aus Polen eingewandert war, meist auf der Flucht vor Pogromen im damaligen Zarenreich. Die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung forderte zwar Gleichberechtigung, besonders auf politischem Gebiet und in der Anerkennung der jüdischen Religion, sprach aber in der Regel im eigenen Alltag nicht mehr jiddisch. Deshalb wurden bewusst keine über die politische und religiöse Gleichberechtigung hinausgehenden Forderungen aufgestellt wurden. Immerhin gab es aber auch eine nicht unerhebliche Minderheit innerhalb der jüdischen Bevölkerung, die sehr wohl selbst jiddisch sprach, publizierte und entsprechende kulturelle Aktivitäten organisierte. Auch im Deutschland der Weimarer Republik kann davon ausgegangen werden, dass zwischen 100.000 und 200.000 jüdische Menschen sich nicht vorbehaltlos als Deutsche verstanden. Sie hatten durch ihren Alltag und durch kulturelle Bindungen an die jüdische nationale Minderheit in Polen und in anderen osteuropäischen Ländern alle Merkmale einer nationalen Minderheit in Deutschland, ohne dass diese Frage wirklich ernst genommen oder politisch diskutiert wurde.

Auch nach dem staatlich organisierten und industriell durchgeführten Genozid an der jüdischen Bevölkerung Europas durch den Nazifaschismus gab es zunächst eine kleine, bis in die 1980er Jahre 30.000 Personen umfassende jüdische Bevölkerungsgruppe. Diese definierte sich vorwiegend oder ausschließlich als Deutsche mit jüdischer Religion. Über die Rechte einer religiösen Minderheit und die notwendige Gleichberechtigung hinaus wurden kaum oder gar nicht besondere sprachliche oder kulturelle Aspekte im Kontext der Definition einer nationalen Minderheit betont – wenn auch bei dieser Gruppe durch geschichtliche Umstände bedingt ein durchaus umfangreicher Teil aus Osteuropa kam und insbesondere im familiären Umkreis noch jiddisch gesprochen wurde.

Nach 1990 erhöhte sich die Zahl der aus Osteuropa, insbesondere der zerfallenen Sowjetunion, nach Deutschland eingewanderten jüdischen Bevölkerung. Die jüdischen Gemeinden in Deutschland erfuhren nun durch Zuwanderung eine Verdreifachung, ja Vervierfachung ihrer Mitgliederzahlen. Das ergab sich auch aus einer besonderen Zuzugsregelung. Bei dieser Zuwanderung spielte und spielt die traditionelle jüdische Sprache und jüdische Kultur, soweit dies aktuell zum Thema gemacht wird, eher eine untergeordnete Rolle. Es handelt sich hier eher um eine kompakte jüdisch-russische Minderheit in Deutschland, die viele Gemeinsamkeiten, aber auch

historische Unterschiede zu anderen zugewanderten Bevölkerungsgruppen aufweist.

Sinti und Roma

Die politische Forderung als Anerkennung einer nationalen Minderheit in Deutschland wird aktuell vor allem – im Kontext auch mit gesetzlichen Regelungen des Europaparlaments – vollkommen berechtigt von Organisationen der **Sinti und Roma** in Deutschland erhoben.⁷ Die Förderung der Sprache Romanes und der Kultur der Sinti und Roma über die Forderung der Gleichberechtigung an den deutschen Staat hinaus sind klar, eindeutig und in jeder Hinsicht berechtigt und in Deutschland nach wie vor nicht annähernd entsprechend den Forderungen der Sinti und Roma verwirklicht. Auch hier ergeben sich zwei Gruppierungen innerhalb der Sinti und Roma: die seit vielen Jahrhunderten in Deutschland lebenden Sinti und Roma, die den Genozid an den europäischen Sinti und Roma überlebt haben und heute in der dritten und vierten Generation in Deutschland leben, sowie die zugewanderten Roma aus Ländern Osteuropas, in denen die Nazis systematisch Sinti und Roma ermordet haben. Diese Gruppe gehört einerseits in Sprache und Kultur in großem Umfang zur Gruppe der Sinti und vor allem der Roma, andererseits hat sie aber auch Gemeinsamkeiten – trotz mancher Konflikte – mit der Gruppe der anderen Zuwanderer aus den gleichen Herkunftsländern.

Die Unterstützung der berechtigten Forderungen nach Ankerkennung als nationale Minderheit und der kulturellen Förderung der Sinti und Roma in Deutschland ergibt sich nicht nur aus der verbrecherischen Geschichte der

⁷ Erst nach längerem Kampf der sich in einer Bürgerrechtsbewegung organisierenden Sinti und Roma und mit Unterstützung der Verbände der anderen drei anerkannten nationalen Minderheiten in Deutschland (Dänen, Friesen, Sorben) gab die deutsche Regierung 1998 ihren Widerstand gegen die formale Anerkennung der Sinti und Roma als nationale Minderheit zumindest verbal auf.

Doch nicht alle Bundesländer setzen diese formale Anerkennung in ihrem Länderrecht um. In Nordrhein-Westfalen, wo etwa die Hälfte aller deutschen Sinti und Roma lebt (ca. 35.000), und in Bayern (ca. 12.000) wurde bis heute keine verbindliche rechtliche Grundlage zum konkreten Schutz und zur konkreten Förderung dieser nationalen Minderheit geschaffen. Schleswig-Holstein ist seit 2012 das einzige Bundesland, das die deutschen Sinti und Roma als anerkannte Minderheit auch in ihre Landesverfassung ausdrücklich mitaufgenommen hat, neben den Dänen und Friesen. Das ist ein weiterer Beleg für die Fortdauer der Diskriminierung von Sinti und Roma in Deutschland.

deutschen Imperialisten dieser Minderheit gegenüber, sondern auch aus grundlegenden und prinzipiellen Überlegungen, wobei bei nicht wenigen der in den in letzten Jahren eingewanderten Roma vor allem zunächst die Anerkennung als Flüchtlinge oder Zuwanderer erkämpft werden muss.

Seit den 1960er Jahren gibt es in der Bundesrepublik eine systematische **Zuwanderung** von Menschen aus sogenannten „Anwerberländern“ und darüber hinaus von Menschen, die als billige Arbeitskräfte nach Deutschland gelockt, hier ausgebeutet, diskriminiert und fundamentaler Rechte beraubt werden.

Die größte Gruppe dieser Zuwanderer waren Migrantinnen und Migranten aus der Türkei, die nun auch schon in der dritten Generation in Deutschland leben. Insbesondere Jugendliche haben häufig die deutsche Staatsangehörigkeit, sind aber gleichzeitig in unterschiedlichem Umfang noch mit der Kultur ihres Landes (sei es die türkische, die kurdische oder die armenische Kultur) über Familie, Bekanntschaften und Freundschaften verbunden. Es ist Sache der Menschen dieses Teils der Bevölkerung selbst, ob und wieweit sie sich noch dieser nationalen Minderheit zugehörig fühlen oder ob sie sich, meist nach dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit, trotz aller Diskriminierungen und Diffamierungen, Hetze und Verfolgungen, selbst als Teil der deutschen Bevölkerung verstehen und definieren.

Hier wird besonders deutlich, wie wichtig es ist, dass die berechtigten Forderungen dieser nationalen Minderheiten eindeutig unterstützt werden.

Hier existiert offensichtlich eine Schwierigkeit, die auf demokratischer Grundlage mit viel Fingerspitzengefühl und eindeutig an den subjektiven Interessen der einzelnen Personen orientiert angepackt werden muss. Es geht darum, glasklar und ohne Schwankung beide Möglichkeiten in die politische Auseinandersetzung so einzubringen, dass die Forderung nach Anerkennung zugewanderter Bevölkerungsgruppen als nationale Minderheiten nicht als Mittel missbraucht wird gegen die vollständigen, klar definierten Rechte des Teils dieser Bevölkerungsgruppe, der sich nicht zu dieser nationalen Minderheit mehr zugehörig fühlt, sondern sich gleichzeitig, zusätzlich oder auch nur bedingt als Teil der deutschen Bevölkerung definiert.

Das Recht auf eigenen Schulunterricht etwa, wie es vor allem von der griechischen Minderheit in Deutschland jahre- und jahrzehntelang durchgesetzt wurde, ist völlig berechtigt. Es bedeutet aber nicht, dass Kinder griechischer Migrantinnen und Migranten zwangsweise auf solche Schulen

gehen müssen. Es ist vielmehr ein zusätzliches Angebot, das neben dem selbstverständlichen Recht des Zugangs zum allgemeinen deutschen Schulsystem genutzt oder nicht genutzt werden kann.⁸ Diese Fragen sind viel zu wenig diskutiert und seit vielen Jahrzehnten nicht offensiv von den demokratischen und kommunistischen Kräften auf die Tagesordnung gesetzt worden. Entscheidend ist hier aus kommunistischer Sicht, dass insbesondere die Forderungen aller Teile der zugewanderten Bevölkerungsgruppen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern im Einzelnen unterstützt werden.

Es geht also darum, den Kampf um vollständige Gleichberechtigung dieser Bevölkerungsteile in Deutschland zu führen. Darüber hinaus geht überall dort, wo es eine eigenständige nationale Kultur, nationale Sprache und nationale Bestrebungen gibt, darum, ein Bewusstsein dafür zu schaffen und politisch dafür zu kämpfen, dass es in einem Land wie Deutschland in der Tat nationale Minderheiten mit ihren berechtigten Forderungen gab und gibt.

b) Die Judenfeindschaft bekämpfen

Die Judenfeindschaft in Deutschland hat eine viele Jahrhunderte alte Tradition, ist tief als negatives Erbe in der Geschichte verwurzelt und reicht bis in die Reihen der Bewegung der proletarischen Klasse.

Fünf Stränge judenfeindlicher Argumentation, die bis heute mehr oder weniger immer noch Teil der Judenfeindschaft in Deutschland sind, zeigen dies überdeutlich:

Im Kern waren es zunächst vor allem religiös formulierte Vorwände: die Juden seien „schuld“ am Tod von Jesus Christus und „Werkzeuge des Teufels“. Sie wollten die Christenheit vernichten usw.

Hinzu kam die sozial argumentierende Begründung der Judenfeindschaft unter der Flagge, dass die Juden Wucher betreiben und die arme Bevölkerung ausbeuten würden.

Ein dritter Strang, um die Feindschaft gegen Juden zu schüren, bestand und besteht in ihrer Diffamierung: Juden seien Fremde, gehörten nicht zur Bevölkerung, würden im Kriegsfall ohne Skrupel spionieren usw. Schon Martin Luther, einer der größten Judenfeinde seiner Zeit, hat gerade auch

⁸ Auch für die jüdische Minderheit wurde durchgesetzt, dass es die Möglichkeit gibt, jüdische Schulen zu besuchen.

diesen Strang in seinen judenfeindlichen Schriften und Reden immer und immer wieder propagiert.

Ein vierter Strang betreibt Judenfeindschaft mit einer biologistisch-rassistischen Argumentation von der vermeintlichen Andersartigkeit der Juden, die nicht zu ändern sei. Ob getauft oder nicht, ob reich oder arm, ob als Soldat gedient oder nicht – das alles sei einerlei. „In der Rasse liegt die Schweinerei“, so brachten es dann die Nazis in Deutschland auf den rassistischen Punkt.

Ein fünfter Strang besteht in der Konstruktion einer angeblich vorhandenen oder angestrebten Weltherrschaft der Juden. Dieses Konstrukt wurde und wird von den Judenfeinden in den letzten 100 Jahren sehr oft favorisiert.

Die Judenfeindschaft war die Ideologie, die in der Praxis der Nazidiktatur zum industriell und staatlich durchorganisierten Genozid an 6 Millionen Juden und Jüdinnen, vom Säugling bis zum Greis, beigetragen hat.

Dieser Genozid wurde von den Nazis systematisch durch eine schrittweise Verschärfung und Ausdehnung der judenfeindlichen Hetze und des judenfeindlichen Mordterrors vorbereitet. Kenntnis der Geschichte der Judenfeindschaft während des Nazifaschismus und die Aufklärung darüber sind eine ständige Aufgabe im heutigen Kampf gegen Judenfeindschaft.

Judenfeindschaft existierte auch in Westdeutschland von Anbeginn an und existiert heute in Deutschland in vielerlei Formen und Abstufungen: von judenfeindlicher Propaganda und judenfeindlichen Hetzkampagnen über Brandanschläge gegen jüdische Einrichtungen wie Synagogen, die Schändung von jüdischen Friedhöfen bis zu öffentlichen Mordaufrufen gegen jüdische Menschen, direkten Angriffen auf jüdische Menschen sowie Nazimorden an jüdischen Menschen.

Nach 1945 kamen in Westdeutschland zwei weitere Stränge der Judenfeindschaft hinzu. Der erste Strang war die Judenfeindschaft „wegen Auschwitz“ und der zweite, damit eng zusammenhängende Strang, die Judenfeindschaft „wegen Israel“. „Der Jude stört“, das war das Credo der Judenfeindschaft nach Auschwitz wegen Auschwitz. Die Erinnerung an diese massenmörderische Tat Nazideutschlands, die bereits mit der bloßen Existenz überlebender Juden gegeben ist, stört eben die Reinwaschung des deutschen Imperialismus von seinen Naziverbrechen, von seiner „geschichtlichen Hypothek“. Die Judenfeindschaft „wegen Israel“ verweist auf die „Macht der Juden“, die die Judenfeinde insbesondere in der Existenz

des Staats Israel verkörpert sehen, der angeblich weltweit „sein Unwesen treibe“ und das angebliche „Weltherrschaftsstreben der Juden“ beweise.

Die Judenfeindschaft bedroht unmittelbar die jüdische Bevölkerung in Deutschland und birgt die Gefahr von Pogromen in sich.

Daher müssen kommunistische Kräfte den verschärften Kampf gegen die Judenfeindschaft in all seinen Formen führen und die jüdische Bevölkerung in Deutschland in ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Verfolgung solidarisch unterstützen und die Geschichte ihres Kampfes propagieren.

Denn wie Stalin bereits 1931 zu Recht feststellte, müssen „die Kommunisten als konsequente Internationalisten unversöhnliche und geschworene Feinde des Antisemitismus“ sein, wobei er darauf verwies, dass in der UdSSR für aktive Judenfeinde die Todesstrafe gilt.⁹

Dabei gilt es gerade auch innerhalb der Bewegung der proletarischen Klasse, keinerlei Zugeständnisse an pseudolinke, in Wirklichkeit judenfeindliche Auffassungen zu machen, wie etwa die Lüge, dass die Judenfeindschaft angeblich „antikapitalistische Elemente“ habe. Schon Engels hat diese zutiefst reaktionäre Vorstellung bekämpft:

„Der Antisemitismus (...) dient daher nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel.“

(Engels, „Über den Antisemitismus“, 1890, Marx/Engels Werke, Band 22, S. 50)

In der Tradition von Marx und Engels muss der Judenfeindschaft als einer durch und durch reaktionären Erscheinung der Ausbeuterordnung unbarmherzig und vollständig der Krieg erklärt werden.

Dabei müssen in der Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus, des Kampfs von Marx und Engels, aber gerade auch des wichtigen Kampfs von Lenin, Stalin und der Kommunistischen Internationale, die Geschichte der Bewegung der proletarischen Klasse, ihr Kampf zur Verteidigung der jüdischen Bevölkerung gegen die Angriffe der Judenfeinde zur Zeit von Marx und Engels sowie die oft in der Hölle der KZs gemachten Anstrengungen der Genossinnen und Genossen der KPD zum Schutz und zur Verteidigung der von Judenfeindschaft direkt Betroffenen propagiert werden. Aber es müssen auch die Unterlassungen und Fehler der kommunistischen Kräfte, insbesondere auch der KPD, ihrer Führung und ihrer Kader auf theoretischem, propagandistischem und direkt praktischem Gebiet selbstkritisch erkannt, aufgedeckt und analysiert werden, um bewusst aus diesen Kämpfen wirklich für heute lernen zu können.

⁹ Siehe Stalin, „Über den Antisemitismus“, 1931, Werke Band 13, S. 26.

c) Die Feindschaft gegen Sinti und Roma bekämpfen

Kaum eine Minderheit wird von den reaktionären bürgerlichen Medien und Politikern so verhetzend dargestellt und diskriminiert, von staatlichen Behörden so unterdrückt oder verfolgt und auch von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung so verachtet wie die Sinti und Roma.

Es ist eine Aufgabe unseres demokratischen Selbstverständnisses und des proletarischen Internationalismus, ganz praktisch mit den Sinti und Roma im Kampf solidarisch zu sein, aber auch tiefer den Zusammenhang zwischen Rassismus, Judenfeindschaft und Antiziganismus mit der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie zu verstehen und aufzudecken.

Es ist ebenso eine Aufgabe, die geschichtlichen Besonderheiten, die bisherige Einmaligkeit des Genozids der Nazis an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma in den richtigen Zusammenhang zu stellen sowie aktuell den Kampf für die berechtigten demokratischen Forderungen der deutschen Sinti und Roma und vor allem den Kampf gegen die Abschiebungen von Roma aus Osteuropa zu unterstützen. Die tiefere Bedeutung der aktuellen Dringlichkeit dieser praktischen Solidarität wird im Grunde nur deutlich, wenn wir die Naziverbrechen gegen die Sinti und Roma in den Mittelpunkt stellen.

Ähnlich wie die Feindschaft gegen die Juden hat die Feindschaft gegen die als Zigeuner bezeichneten Sinti und Roma eine lange Vorgeschichte, die sich darin wie ein Brennpunkt konzentriert, dass Martin Luther in seiner wichtigsten jüdenfeindlichen Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ (1543) ausdrücklich forderte, man solle die Juden behandeln „wie die Zigeuner.“ Die Verfolgung in den Gebieten des späteren Deutschland war umfassend und endete auch nicht mit der Gründung des „Deutschen Reichs“ 1871 und der Weimarer Republik 1918. Seit dieser Zeitspanne gab es eigene Behörden zur Registrierung, Verfolgung und Abschiebung von Sinti und Roma. Auch die soziale Diskriminierung war alltäglich. Der Nazistaat konnte all diese Institutionen übernehmen, um seinen Terror gegen die Sinti und Roma bis zum Genozid an 500.000 Sinti und Roma in Europa zu steigern.

Obwohl auch schon in den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46 eindeutige Dokumente vorgelegt wurden, die belegten, dass die Erschießungskommandos der Nazis sowie ihre Mordmaschinerie überhaupt keinen Unterschied zwischen Juden und Sinti und Roma machte, war die Bedeutung des Genozid an den Sinti und Roma viele

Jahrzehnte nicht im Bewusstsein der Öffentlichkeit und auch nicht wirklich im Bewusstsein der kommunistischen Kräfte. Entsprechend wurden auch Fragen der Entschädigung anders behandelt: Es gab sie nicht einmal in Ansätzen. Die sogenannten Zigeunerspezialisten der Nazizeit arbeiteten nach 1945 weiter und nutzten die alten Karteien, als wäre nichts gewesen.

Die für die Erfassung, Verschleppung und Ermordung der Sinti und Roma verantwortlichen Nazis wurden bis auf wenige Ausnahmen überhaupt nicht gerichtlich belangt, befanden sich auf freiem Fuß. Erst der Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma ist Anfang der 1980er Jahre in zäher Arbeit mit Hungerstreiks, Demonstrationen und Kampagnen ein erster Einbruch in die Front des Verschweigens gelungen, zum Beispiel durch Kämpfe der Sinti- und Roma-Gruppen gegen Abschiebung und Diskriminierung und die Besetzung der Gedenkstätten Neuengamme und Dachau in dieser Zeit. Unsere Solidarität umfasst sowohl die Sinti und Roma, die deutsche Staatsbürger sind, als auch jene Roma, die als Migrantinnen und Migranten seit Jahrzehnten in Deutschland leben, und jene Roma, die in den letzten Jahren aus berechtigter Angst vor Pogromen und tagtäglichem Diskriminierung aus den verschiedenen osteuropäischen und anderen Ländern als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind und gegen ihre drohende Abschiebung kämpfen.

Der staatliche Antiziganismus heute richtet sich insbesondere gegen diese Roma-Flüchtlinge. Sie werden von der deutschen Polizei terrorisiert, sind ständig der Gefahr der Abschiebung durch den deutschen Staat ausgesetzt und erhalten in über 95 Prozent der Fälle kein politisches Asyl.

Die Hetze der Politiker und Massenmedien, die oftmals der Hetze im Nazifaschismus in nichts nachsteht, hat sich schon tiefgehend innerhalb der proletarischen Klasse und der anderen ausgebeuteten und werktätigen Bevölkerung festgesetzt, führt zu nationalistischen, rassistischen Überfällen und Misshandlungen. Die reaktionären Maßnahmen des Staates der deutschen Imperialisten breiten sich aus.

Nach Angaben des Zentralrats der deutschen Sinti und Roma leben heute schätzungsweise 90.000 Sinti und Roma in Deutschland – etwa 30.000 deutsche Sinti und Roma sowie 60.000 aus Osteuropa geflohene Roma. Sie leiden immer noch unter einer allgegenwärtigen Diskriminierung, unter Anfeindungen, Hetze, Verfolgung und Ausgrenzung, ungeachtet des Genozids der Nazis an den Sinti und Roma in Europa.

Ob in den Medien oder in den Universitäten, ob bei der Polizei oder beim Ordnungsamt, ob in deutschen Gerichtsstuben oder beim Bademeister im Schwimmbad: Der Antiziganismus ist virulent. So ist es ein bezeichnendes Detail, dass sich bis in die 1980er Jahre nahezu keiner der bürgerlichen Professoren an den deutschen Universitäten mit dem Genozid an den Sinti und Roma auseinandersetzte. Immer wieder stößt man in bürgerlichen Medien, Zeitungen und Fernsehen auf unerträgliche Hetze gegen „die Zigeuner“.

Der Antiziganismus wurde über Jahrhunderte in Romanen und Märchen immer wieder belebt. Er fand und findet bis heute in Schulbüchern und Nachschlagewerken seinen Niederschlag. Daran hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert, auch wenn der Form halber seit einigen Jahren manchmal nicht mehr von „Zigeunern“, sondern von Sinti und Roma die Rede ist.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter verwunderlich, dass trotz des Genozids der Nazis an den Sinti und Roma der Antiziganismus in der Bevölkerung auch heute noch sehr lebendig ist.

Gerade heute ist das Verhältnis zu der gehetzten und verfolgten Minderheit der Sinti und Roma ein Prüfstein für die Ehrlichkeit im Kampf für die demokratische Gleichberechtigung. Die kommunistischen Kräfte kämpfen Seite an Seite mit den Sinti und Roma gegen den staatlichen Abschiebeteror gegen Roma aus Osteuropa, gegen jegliche Diskriminierung und jeglichen Naziterror, gegen die Ideologie des Antiziganismus in all ihren Formen, für die maximale Entschädigung der Naziverbrechen und für alle gerechten Forderungen der Sinti und Roma. Dieser Kampf muss anknüpfen an den gemeinsamen Kampf der Genossinnen und Genossen der KPD mit den Sinti und Roma in den KZs der Nazis, wobei es auch das Verhalten der KPD gegenüber den Sinti und Roma kritisch und selbstkritisch auszuwerten gilt.

d) Die mörderische Ideologie und Praxis vom „lebensunwerten Leben“

Die Diskriminierung von Menschen, die als „lebensunwert“ eingestuft werden, hat in Deutschland eine mörderische, eine massenmörderische Geschichte, über die aufgeklärt werden muss.

Die Nazis haben die verbrecherische Praxis der Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens in die Tat und im Massenumfang umgesetzt.

Ideologische Grundlage der Naziideologie war eine Kombination aus Nazirassismus und der reaktionären Ideologie vom „lebensunwerten Leben“ auf der Basis der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie.

Anknüpfungspunkte und ideologische Vorläufer fanden die Nazis in der europäischen Geschichte (etwa Platon, der empfahl, behinderte Babys „an einem unbekanntem Ort zu verbergen“, oder Aristoteles, der forderte, man solle „verkrüppelte“ Neugeborene gar nicht erst aufziehen). Sie fanden sie aber vor allem auch in der deutschen Geschichte. Im 16. Jahrhundert war es Martin Luther, der behauptete, dass der „Satan“ Kinder mit Behinderungen in die Wiege legen würde. Im 19. Jahrhundert war es der reaktionäre Philosoph Friedrich Nietzsche, der Kranke als „Parasiten“ bezeichnete und den Begriff „entartetes Leben“ prägte.

In der Weimarer Zeit wurde in diversen Instituten der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ „Rassenforschung“ und „Eugenik“ betrieben. Es erschienen schon 1921/22 rassistische Standardwerke wie die von Hans Friedrich Karl Günther oder von Eugen Fischer und Fritz Lenz, auf deren Ideen Hitler in seinem Machwerk „Mein Kampf“ zurückgriff. Die Nazis zitierten auch nach 1933 bei den Kommentierungen ihrer rassistischen Gesetze aus diesen „Werken“.

Während der Weimarer Republik lebten Hunderttausende als „Behinderte“ eingestufte Menschen zumeist in staatlichen Anstalten und wurden in einer „Kartei der Minderwertigen“ erfasst. 1932 legte der deutsche Staat einen Gesetzentwurf zur freiwilligen Sterilisierung der rassistisch als sogenannte „Erbkranke“ eingestuft Menschen vor, der 1933 unter den Nazis leicht verändert als Gesetz zur „Zwangssterilisation erbkranker Menschen“ verabschiedet wurde.

Die Nazis trieben diese rassistische Politik auf die Spitze mit ihrem Programm der Aufzucht eines „nordisch-arischen deutschen Volkes“. Bereits in „Mein Kampf“ entwickelte Hitler ein umfassendes Programm zur „Rassenzüchtung“. Dieses „arische Idealbild“ erforderte auf der anderen Seite die systematische massenhafte Zwangssterilisierung und Ermordung von allen als „undeutsch“, nicht „erbggesund“ und damit als „nicht lebenswert“, nicht brauchbar, als „asozial“ Diffamierten. Dabei ging es nicht allein um „negative“ Ausschlusskriterien. Vielmehr ging es um eine Konzeption, wie „der deutsche Mensch“, „der deutsche Mann“ und „die deutsche Frau“ auf „rassistischer“ Grundlage eigentlich zu sein habe. Die Nazis schmeichelten den „arischen Deutschen“ und privilegierten und korrumpierten sie gegenüber allen „Lebensunwerten“ und „Fremdrassigen“. Es gelang ihnen so,

Millionen deutsche Werktätige an sich und ihre Verbrechen zu binden. Die Konstruktion einer „arischen Rasse“, die Theorie vom „deutschen Blut“ sollte den rückständig gehaltenen Massen vorgaukeln, dass sie etwas Besseres und zu Höherem berufen seien.

Für all jene, die von den Nazis als „lebensunwert“ eingestuft wurden, begann nach 1933 das Morden. Insgesamt haben die Nazis in Deutschland und den besetzten Ländern zwischen 200.000 und 270.000 Opfer ermordet. Die Aufklärung über diese Naziverbrechen ist eine zentrale Aufgabe im heutigen Kampf gegen die Ideologie und Praxis vom „lebensunwerten Leben“.

Es gehört zur ungebrochenen Tradition des deutschen Imperialismus, dass nach 1945 in Westdeutschland kein einziger der Nazimörder, die an den „Euthanasie“-Verbrechen direkt oder indirekt beteiligt waren, zur Rechenschaft gezogen wurde. Im Gegenteil, viele von ihnen nutzten die „Berufserfahrung im Dritten Reich“ und machten Karriere an den Universitäten oder in staatlichen und privaten Forschungsanstalten. So wurde die Humangenetik in den 1950er und 1960er Jahren maßgeblich von dem „Euthanasie“-Mörder Otmar von Verschuer entwickelt und institutionalisiert.

Die überlebenden Opfer wurden erneut diskriminiert und jegliche wirkliche, auch nur annähernd angemessene Entschädigung vom Staat des westdeutschen bzw. deutschen Imperialismus wurde und wird bis heute verweigert.

All jene, die für die Kapitalisten nicht „verwertbar“ oder „rentabel“ sind – seien es alte oder schwer kranke Menschen – wurden auch nach 1945 und werden im heutigen Deutschland einer vielfältigen Diskriminierung und Abwertung ausgesetzt.

Bekannt sind die Zahlen von schlecht und sogar unterernährten Alten und Kranken, die in Pflegeheimen von völlig überforderten, unterbezahlten und schlecht ausgebildeten Pflegekräften versorgt werden. Alltägliche Diskriminierung bis hin zum Mord an Säuglingen mit Behinderungen, an Kranken oder Alten, die von Ärzten oder dem Pflegepersonal „liegengelassen“ werden, sind auch heute im Alltag nicht ausgeschlossen. „Behinderten“ werden staatliche Leistungen gekürzt oder verweigert. Mehrere Millionen kranke Menschen und Menschen mit Behinderungen sind in Deutschland auf Sozialhilfe angewiesen.

Mit zunehmender Verrohung wird öffentlich darüber diskutiert, ob sich diese oder jene Therapie für diese oder jene Patientengruppe überhaupt

noch lohnt. Reaktionäre Humangenetiker diskutieren, was lebenswertes und lebensunwertes Leben sei, reaktionäre Philosophen wie etwa Peter Sloterdijk schwadronieren von „pränataler Selektion“.

Heutige Diskussionen geben auch vor, dass es um ein „humanes Sterben“ gehe. Sinn und Zweck ist es jedoch, eine juristische Handhabe zu schaffen, die hilft, durch „sozialverträgliches Frühableben“ den „Kranken- und Altenberg“ „abzubauen“! Getarnt wird das alles durch die Formel vom „selbstbestimmten Sterben“, lediglich einer anderen Variante der pseudo-humanen Naziideologie vom „Gnadentod“.

Insbesondere seit den 1990er Jahren sind Menschen mit Behinderungen immer wieder Ziel von Naziterror auf der Straße. Bekannt sind nazistische Pöbeleien, Verprügeln bis zu Brandanschlägen und Morden.

Die „deutschen Zustände“ für Menschen, die oftmals diskriminierend als „Behinderte“ eingestuft werden oder die schwer krank sind, sind geprägt von gesellschaftlicher und staatlicher Diskriminierung und nazistischem Terror, von teilweise unmenschlichen Lebens- und Behandlungsbedingungen bis hin zum Mord an schwer Kranken und an Säuglingen mit Behinderungen in Krankenhäusern.

In diesem Klima ist zunehmend festzustellen, dass diese Verrohung sich mehr und mehr in den Köpfen der Bevölkerung festsetzt. In Umfragen bejahen jedes Jahr mehr Befragte Aussagen wie etwa „Solidarität und Mitgefühl mit Schwachen bedroht meinen Lebensstandard“ oder „Menschen, die nicht nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten“. Es werden „Witze“ gemacht, die „Behinderte“ abwerten und verächtlich machen. Jugendliche beschimpfen sich gegenseitig als „Behinderte“ oder als „Spastis“.

Die kommunistischen Kräfte kämpfen Seite an Seite mit den von der Ideologie des „lebensunwerten Lebens“ bedrohten Menschen, gegen jegliche Diskriminierung, gegen Naziterror, gegen die Ideologie vom „lebensunwerten Lebens“ in all ihren Formen, für die maximale Entschädigung der Naziverbrechen und für alle gerechten Forderungen der Naziopfer.

e) Kampf gegen den Kolonialrassismus und die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“

Auch in Deutschland entwickelte sich ein kolonialistisch begründeter Rassismus – in Verbindung mit dem allgemeinen kolonialistisch-europäischen Rassismus. Es ging konkret um die Rechtfertigung der kolonialistischen Verbrechen gegen China einerseits (1900) und in den vom deutschen

Imperialismus kolonialisierten Gebieten in Afrika andererseits. Es entstand die Parole von der „gelben Gefahr“ und das tausendfach propagierte Bild von der Gefahr des „schwarzen Manns“.

Die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“ ist der eigentliche Kontrast zu allen anderen Menschen auf der Welt. Hinzukommt eine pseudowissenschaftliche biologistische Rassentheorie als Rechtfertigung einer Hierarchie angeblicher menschlicher Rassen mit der sogenannten „weißen Rasse“ an der Spitze. Dass die Hautfarbe, die Schädelform und ähnliche körperliche Merkmale irgendeine Rolle spielen, ist von einer Absurdität, die die Rassisten durch ein Geflecht von Verdächtigungen, Vermutungen und Behauptungen plausibel zu machen versuchen. Entscheidend aber ist, dass es sich um ein vom Kindergarten an adressiertes Bild vom „weißen Herrenmenschen“ handelt, das in Kinderbüchern, in Comics und in der Literatur millionenfache Verbreitung gefunden hat und so fest verankert wurde. In der Werbung, in „Witzen“ und mit Alltagssprüchen werden tagtäglich Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe beleidigt und gedemütigt.

Die „nichtweiße“ Hautfarbe bietet dabei ein besonderes deutlich sichtbares äußeres Merkmal für brutalisierte, an den eigenen Ausbeutern und Unterdrückern klebende rassistisch verhetzte Massen.

Anders formuliert: Wäre da nicht der geschichtliche Hintergrund des europäisch-chauvinistischen Kolonialismus und seiner spezifisch deutschen Ausformung, wäre da nicht die aktuell sichtbare, jederzeitige Abrufbarkeit tiefsitzender rassistischer Stereotype, man könnte den „weißen“ Rassismus eigentlich als den allerprimitivsten Aberglauben abtun und ignorieren.

Im Kampf gegen diesen Rassismus muss über die geschichtlichen Etappen aufgeklärt werden.

Eine Welle des „weißen Herrenmenschen“-Rassismus ging einher mit einem brutalen Ausbeutungs- und Unterdrückungsregime Anfang des 20. Jahrhunderts in Teilen von Afrika. Es wurde ein Regime errichtet und öffentlich legitimiert, in dem die afrikanischen Einwohner als Untermenschen dargestellt, die Prügelstrafe systematisch eingesetzt und brutalste Ausbeutungsmethoden der Sklaverei angewandt wurden. Dies setzte sich fort in Strafexpeditionen bis hin zum Genozid an den Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ (das heutige Namibia) sowie in der Ermordung von weit über Hunderttausend Menschen bei der Niederschlagung von Aufständen in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-

Ostafrika“ (das heutige Gebiet mit den Staaten Tansania, Burundi und Ruanda sowie einem kleinen Teil von Mosambik).

Parallel dazu wurde eine Propaganda der kolonialen Eroberung betrieben, wodurch der angebliche Anspruch Deutschlands auf einen „Platz an der Sonne“ proklamiert wurde, niedergeschrieben in zahllosen „Safari“- und Kolonialromanen, in der Literatur von Wilhelm Busch bis Karl May, pseudowissenschaftlich begründet in Traktaten der „Rassentheoretiker“. Die deutsche „Herrenmenschen“-Ideologie präsentierte Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe als minderwertig, primitiv, bestenfalls zivilisationsbedürftig. So wurden Menschen aus Afrika sogar in Tierparks zur Schau gestellt – so zum Beispiel im Zoo Hagenbeck in Hamburg.

Während des Ersten Weltkriegs kämpften rund 170.000 Afrikaner aus den französischen Kolonien aufseiten Frankreichs sowie rund 50.000 Afroamerikaner in der US-Armee gegen Deutschland. Die deutschen Imperialisten mobilisierten im Kampf gegen das „verniggerte Frankreich“ als Kolonialmacht die deutsche „Herrenmenschen“-Ideologie und erklärten es quasi zum „Tabubruch“, dass der sozusagen „häusliche Streit unter Weißen“ mit Hilfe von Soldaten mit „nichtweißer“ Hautfarbe ausgetragen wird. Denn diese würden so ja nur sehen und begreifen, wie zerstritten und verwundbar ihre „weißen Herren“ seien.

Hinzu kam das Schlagwort von der „schwarzen Schmach“, womit die für deutsche „Herrenmenschen“ ungeheuerliche Tatsache verbunden war, dass auch Soldaten mit „nichtweißer“ Hautfarbe aus der belgischen und vor allem französischen Armee (häufig aus den Kolonien rekrutiert) in den 1920er Jahren zunächst das Rheinland und später auch das Ruhrgebiet entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrags besetzten.

Nach Errichtung der nazifaschistischen Diktatur 1933 waren Menschen, die von den Nazis als „nichtweiß“ definiert wurden, sehr bedrückenden Lebensbedingungen ausgesetzt. Dies reichte von der Diskriminierung bis zum Mord. Auch über diese Verbrechen der Nazis gilt es aufzuklären.

Nach 1945 mobilisierte der deutsche Imperialismus die deutsche „Herrenmenschen“-Mentalität erneut und benutzte im Kampf gegen das Potsdamer Abkommen und die alliierten Besatzungsmächte geschickt vor allem das Bild vom „schwarzen GI“, der „deutsche Frauen“ verführt, wobei die „Besatzungskinder“ gesellschaftlich geächtet und diskriminiert wurden. Das „Problem der Negermischlinge“ – das war der offizielle Sprachgebrauch selbst in der offiziellen Politik.

Seit der Einverleibung der DDR 1990 verschärfte sich dieser Rassismus vor allem durch Nazigruppen, die Pogrome organisierten und Morde vor allem an Menschen aus Angola und Mozambique begingen. Seitdem reißen Überfälle, Mordversuche und Morde durch Nazis nicht mehr ab.

Seitens des deutschen Staatsapparats manifestiert sich die deutsche „Herrenmenschen“-Mentalität vor allem in der alltäglichen Gängelei, Diskriminierung und Beschimpfung von Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe durch rassistische Beamte auf Ämtern und Behörden, durch Polizisten, Richter und Staatsanwälte. Dies ging bis zur Tötung in „Polizeigewahrsam“. Es gibt immer wieder Polizeikontrollen nach rassistischem Muster aufgrund von Haut- oder Haarfarbe, die sich, zum Beispiel geschehen in Hamburg im Juli 2013, gegen Flüchtlinge aus Afrika richten. Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe sind häufig Opfer von rassistischen Verdächtigungen, Beschimpfungen, Misshandlungen und Übergriffen durch die Polizei.

Die kommunistischen Kräfte kämpfen Seite an Seite mit allen von Rassismus bedrohten und diskriminierten Menschen, gegen jegliche Diskriminierung und gegen den Naziterror, gegen die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“, gegen den deutschen Rassismus in all seinen Formen.

f) Kampf gegen Diskriminierung und Unterdrückung von Migrantinnen und Migranten

Der deutsche Imperialismus kann bei der Diskriminierung und Unterdrückung von Migrantinnen und Migranten auf eine lange Tradition der Ausbeutung und Unterdrückung von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern, von „Fremdarbeitern“, „Ostarbeitern“ usw. zurückgreifen. Er hat sein Handwerk unter dem Motto „Teile und herrsche“ gründlich gelernt. Diese Tradition fand in der Nazizeit ihren mörderischen Höhepunkt.

Das nazifaschistische Regime des deutschen Imperialismus war nicht nur ein Mordregime, sondern es war auch durch Raubmord und räuberische Ausbeutung gekennzeichnet. Neben den in die Billionen gehenden Schäden, die der deutsche Imperialismus anderen Ländern durch Zerstörungen materiell zugefügt hat, trat die direkte Plünderung, der Raub und die millionenfache, mit Sklavenarbeit teils noch verharmlosend gekennzeichnete Auspressung der Arbeitskraft Dutzender Millionen von Menschen aus den von den Nazis besetzten Ländern, sowohl für den Krieg des Nazifaschismus als auch zur Anhäufung von Reichtümern.

Der westdeutsche bzw. deutsche Imperialismus warb ab den 1960er Jahren mal offen Arbeitskräfte aus anderen Ländern an, spielte Arbeitsuchende

aus der einen Region gegen jene aus einer anderen aus und propagierte auf der anderen Seite, dass „das Boot voll“ sei, um Pogromstimmungen zu erzeugen, um dann wieder lauthals die Notwendigkeit eines erneuten Zustroms von neuen „billigen Arbeitskräften“ zu verkünden.

In den 1960er Jahren kamen Arbeiter aus den sogenannten Anwerbeländern, vor allem aus Jugoslawien, Griechenland, der Türkei, Italien, Portugal und Spanien, in großer Zahl nach Westdeutschland (in die DDR besonders aus Vietnam und Mozambique). Im Jahr 1965 gab es bereits über 1,2 Millionen Werkstätige aus anderen Ländern (davon fast 400.000 aus Italien). 1969 waren es 1,5 Millionen. 1973 gab es 2,6 Millionen Werkstätige aus anderen Herkunftsländern, die mit Familien rund 4 Millionen der Wohnbevölkerung ausmachten, davon rund 1 Million aus der Türkei. Danach gab es eine leichte Abnahme wegen Zuzugsbeschränkungen.

Schon damals wurde zwischen den verschiedenen Ländern eine Art Hierarchie geschaffen, wobei die Menschen aus der Türkei und Marokko am meisten unter alltäglichem Nationalismus und Rassismus leiden mussten. Heute, nach über 50 Jahren, nachdem viele dieser Migrantinnen und Migranten auch die deutsche Staatsbürgerschaft haben, ihre Kinder und Enkel hier geboren wurden, werden sie immer noch in einer gesonderten Kategorie geführt: „Menschen mit Migrationshintergrund“.

In den letzten Jahren ist jedoch vor allem eine verstärkte Zuwanderung aus Osteuropa, aber auch aus Asien und Afrika zu beobachten, ohne dass diese Arbeitskräfte – mit Ausnahme vielleicht von Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeitern – „angeworben“ worden sind. Angesichts zunehmender Erwerbslosigkeit und Verelendung in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sowie angesichts des ungeheuren Elends in den meisten industriell weniger entwickelten Ländern der Welt ist somit eine verstärkte „moderne Völkerwanderung“ im Gange.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern wurden vom deutschen Imperialismus schon immer besonders brutal ausgebeutet und unterdrückt, als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt. Sie sind gezwungen, in den Fabriken die schwersten und gefährlichsten Arbeiten zu verrichten und zumeist in den schlechtesten Wohnungen zu leben.

Die reaktionären „Ausländergesetze“ sind Sondergesetze für Menschen ohne deutschen Pass, sie machen die Werkstätigen aus anderen Ländern ohne deutschen Pass politisch praktisch völlig rechtlos. Von den Wahlen der bürgerlichen Demokratie sind die Werkstätigen und andere hier lebende

Menschen ohne deutschen Pass ohnehin ausgeschlossen. Mehrere Millionen Menschen ohne deutschen Pass, ob sie jahrzehntelang oder erst seit einem Monat hier arbeiten, sind im Gegensatz zu Menschen mit deutschem Pass von Abschiebung oder Ausweisung bedroht, zum Beispiel wenn sie von den Staatsorganen als „Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ eingeschätzt werden, das heißt, wenn sie sich zum Beispiel im Kampf gegen den deutschen Imperialismus engagieren.

Werktätige Frauen aus anderen Herkunftsländern sind in dreifacher Hinsicht diskriminiert: als „Ausländerinnen“, als Arbeiterinnen und als Frauen. Sie erhalten oft nur eine an ihre Ehe gebundene Aufenthaltsgenehmigung, die sie im Falle einer Scheidung verlieren. In den Betrieben erhalten sie meist die am schlechtesten bezahlten Jobs, oft sogar ohne festen Arbeitsvertrag und ohne soziale Absicherung.

Besonders krass werden die Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter, die in den letzten Jahren vor allem aus Polen, Rumänien, Bulgarien usw. kommen, vor allem in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, im Gastgewerbe und – zumeist Frauen – als Pflegekräfte und als Haushaltshilfen ausgebeutet. Unerträglich ist die Lage der Tausenden von illegal Beschäftigten, die keine Arbeitserlaubnis, keinerlei soziale Absicherung und keinerlei gewerkschaftliche Rechte haben. Auf dem künstlich geschaffenen illegalen Arbeitsmarkt machen sie die schwersten und dreckigsten Arbeiten zu den niedrigsten Löhnen, für die sie zudem überhaupt keine Garantien erhalten und deshalb oft genug um das ihnen zustehende Geld betrogen werden.

Deshalb ist es richtig, dass es eine besondere Aufgabe ist, dass die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter sich mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern, die in Deutschland arbeiten, solidarisch zusammenschließen und mit ihnen zusammen kämpfen müssen. Aber es muss zunehmend klar werden, dass (und das ist keinesfalls eine schlechte Sache) die „deutschen“ Arbeiterinnen und Arbeiter als Kategorie im Grund schon lange nicht mehr existieren, dass insofern lediglich die schon seit Jahrzehnten in Deutschland Lebenden und Arbeitenden von den erst kurz hier Lebenden und Arbeitenden unterschieden werden können. Dabei müssen selbstverständlich alle Spaltungs- und Verhetzungsmanöver bekämpft werden, mit denen die „eigentlichen Deutschen“ oder auch die schon seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden und arbeitenden Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die erst kurz hier lebenden und arbeitenden Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern ausgespielt werden sollen.

Dabei muss bewusst sein, dass die deutschen Imperialisten sehr wohl nach wie vor bei ihrer Spaltungspolitik auf diese oder jene wirklich oder vermeintlich existierenden Unterschiede zurückgreifen, um mit dem Begriff „Migrationshintergrund“ diejenigen zu diskriminieren und als „minderwertiger“ einzustufen, die keinen „reinen deutschen Stammbaum“ vorweisen können, sondern Eltern oder Großeltern aus anderen Herkunftsländern haben.

Jegliche „Sondergesetze“ wie das „Ausländergesetz“ sowie „Zuzugsregelungen“, „Einwanderungsgesetze“ usw. dienen dem deutschen Imperialismus dazu, die „eigene“ Bevölkerung mit dem Geist der Überheblichkeit und des deutschen Nationalismus anzustecken. Jede fortschrittliche Bewegung der proletarischen Klasse muss unbedingt für die gleichen Rechte aller in Deutschland lebenden und unterdrückten Menschen, das heißt für die Abschaffung des „Ausländergesetzes“ und gegen jede Einwanderungsbeschränkung kämpfen, gegen jegliche Sondergesetze und gegen jede Beschränkung für Arbeiterinnen und Arbeiter ohne deutschen Pass.

Die kommunistischen Kräfte kämpfen gleichzeitig vor allem auch für die maximale internationalistische Unterstützung des Kampfs besonders der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Werktätigen aus anderen Ländern, die in Deutschland leben und arbeiten und vor allem als Revolutionäre für die Vorbereitung und Durchführung der Revolution in ihren Herkunftsländern kämpfen sowie für die maximale internationalistische Unterstützung des Kampfs der proletarischen Klasse und der anderen werktätigen und ausgebeuteten Massen in „ihren“ Ländern für „ihre“ Revolution, vor allem der Revolutionen in den vom deutschen Imperialismus abhängigen Ländern.

g) Kampf gegen das mörderische Programm des deutschen Staats gegen Geflüchtete

Schon bei der Einführung des Asylrechts durch die bürgerliche Französische Revolution vor 200 Jahren wurde ausdrücklich erklärt, dass das Asylrecht für die von den Tyrannen Verfolgten gilt, nicht aber für die Tyrannen und ihre Henkersknechte:

„Das französische Volk gewährt allen aus ihrem Vaterland wegen ihres Freiheitskampfes verbannten Fremden Asyl. Den Tyrannen dagegen wird es verweigert.“

Dieser Gesichtspunkt wurde auch aus gutem Grund nach 1945 gegen die flüchtigen Nazis und ihre Verbündeten in die UN-Charta aufgenommen. Dort heißt es in der UNO-Menschenrechtserklärung vom Dezember 1948,

noch unter dem Eindruck der Anti-Hitler-Koalition, dass das Recht auf Asyl bei Verfolgung

„wegen Handlungen, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen, nicht in Anspruch genommen werden kann“.

Im Gegensatz dazu ist das Asylrecht in der Bundesrepublik seit seiner Einführung 1945 eng verknüpft mit dem Schutz der deutschen Naziverbrecher und ihrer Gefolgsleute. Der entsprechende Artikel im Grundgesetz lautet:

„Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

Die BRD war seit ihrer Gründung durch den westdeutschen Imperialismus 1949 zum staatlichen Unterschlupf für Naziverbrecher auch aus anderen Ländern geworden, die dort zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Folteroffiziere aus Chile, Faschisten aus den Philippinen, Diktatoren, die von der Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung gestürzt wurden, versuchten und versuchen auch in Deutschland unter Berufung auf das „Asylrecht“ Unterschlupf zu finden und sich ihrer Bestrafung zu entziehen.

Die vor Imperialismus und Reaktion Geflüchteten hingegen werden mit einem in den letzten Jahren immer weiter perfektionierten mörderischen Programm konfrontiert.

Nach dem Militärputsch in Chile 1973 und dem Machtantritt der Militärs in der Türkei 1981, angesichts der Verfolgung der Kurdinnen und Kurden in der Türkei und den Verfolgungen im Iran, beantragten zahlreiche politische Aktivistinnen und Aktivisten aus diesen, aber auch aus anderen Ländern in Westdeutschland politisches Asyl. Die wenigsten haben es erhalten. Das Asylrecht wurde radikal eingeschränkt und es wurde zudem sorgfältig gesiebt und der deutsche Staat ging gegen linke, revolutionäre und kommunistische Kräfte mit Abschiebung und Terror vor.

Menschen, die heute ihre Herkunftsländer verlassen und nach Deutschland flüchten, um Asyl zu beantragen, tun dies aus unterschiedlichen Gründen.

Erstens gehören dazu diejenigen, die aufgrund demokratischer oder revolutionärer Tätigkeit in ihren Herkunftsländern verfolgt und bedroht werden.

Zweitens gehören diejenigen Flüchtlinge dazu, die wegen Diskriminierung und Verfolgung in ihren Herkunftsländern aufgrund ihrer Religion,

ihrer Nationalität, ihrer Sexualität oder ihres Geschlechts sowie aufgrund rassistischer Verfolgung Asyl beantragen.

Drittens flüchten Menschen aus ihren Herkunftsländern, weil das imperialistische Weltsystem für die übergroße Mehrheit der Weltbevölkerung eine mörderische tagtägliche Realität erzeugt, die nicht nur von extremer Unterdrückung und immer brutalerer Ausbeutung gekennzeichnet ist, sondern vor allem auch von äußerstem Elend (weltweit leben nach offiziellen Schätzungen rund zwei Milliarden Menschen in extremem Elend), Dutzenden von Millionen Hungertoten pro Jahr und einer Milliarde unterernährte Menschen weltweit, imperialistischen Kriegen und Massakern in gigantischen Ausmaßen.

Gegen diese Geflüchteten setzt der deutsche Imperialismus heute ein mörderisches Programm ein, dessen Entwicklung schon direkt nach 1945 in Angriff genommen wurde.

Das verbrecherische Programm des deutschen Staates mit seinen oft mörderischen Konsequenzen für Abertausende von Geflüchteten besteht in der Kombination von drei miteinander zusammenhängenden und aufeinander abgestimmten Maßnahmen des staatlichen Terrors und wird begleitet durch den tagtäglichen Naziterror gegen Flüchtlinge.

Diese Maßnahmen sind: mörderischer Terror an den Grenzen zur Abschottung Deutschlands, staatlicher Abschiebeterror, Polizeiterror und unerträgliche Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland. Der deutsche Imperialismus und sein Staat spielen in Europa eine Vorreiterrolle in Sachen „Flüchtlingsbekämpfung“.

Seit Jahren hat sich gegen dieses mörderische Programm eine landesweite Refugee-Bewegung entwickelt, die mit Hungerstreiks und Widerstandskampagnen einen Kampf gegen Abschiebungen führt, der von antirassistischen Gruppen und Initiativen unterstützt wird. Die kämpfenden Refugees haben durch ihr Beispiel andere Geflüchtete, die noch in Angst und Furcht in den Lagern leben, zum Widerstand ermutigt und aufgefordert, sich ihnen anzuschließen.

Innerhalb der Bewegung gegen den Polizei- und Abschiebeterror spielen jedoch die Führung und Funktionärsriege diverser reformistischer Organisationen eine Art Sozialarbeiterrolle. Der Einfluss solcher abwieglerischen Kräfte innerhalb der Bewegung ist groß und darf nicht unterschätzt werden. Ihre Funktion lässt sich am besten erkennen, wenn die Kämpfe der Geflüchteten sich radikalisieren, wie dies etwa 2012/2013 der Fall war.

Noch schwerer ist die Lage für jene Menschen, die gezwungen sind, illegal in Deutschland zu leben, denn sie sind permanent der Gefahr von polizeilichen Kontrollen, von Denunziation, Internierung und umgehender Abschiebung ausgesetzt. In einer solchen menschenunwürdigen Situation ist es nicht verwunderlich, wenn Flüchtlinge in den Tod getrieben werden.

Die kommunistischen Kräfte kämpfen gegen jegliche Einwanderungsbeschränkungen, gegen die mörderische staatliche Abschottungspolitik und den Polizeiterror an den Grenzen, sie kämpfen gegen den staatlichen Abschiebeterror und für das uneingeschränkte Recht auf politisches Asyl für alle von Imperialismus und Reaktion Verfolgten und Unterdrückten, für das uneingeschränkte Recht auf Freizügigkeit, für den internationalistischen Zusammenschluss der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter mit den ausgebeuteten und unterdrückten Massen aus anderen Ländern, die in Deutschland leben und arbeiten, mit den von Imperialismus und Reaktion Verfolgten zum gemeinsamen Kampf gegen den deutschen Imperialismus.

Die „moderne Völkerwanderung“ ist die unvermeidliche Folge der imperialistischen Ausplünderung und Unterdrückung der Masse der Bevölkerung in den abhängigen Ländern, der imperialistischen Kriege und Massenmorde.

An der Haltung zur Flucht von Millionen Menschen nach Europa und nach Deutschland werden sich die Geister scheiden. Die „moderne Völkerwanderung“ mit all ihren fürchterlichen Begleiterscheinungen für die Fliehenden ermöglicht und erleichtert, wenn diese Frage richtig angepackt wird, den Zusammenschluss der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder, knüpft Beziehungen in alle Länder und kann den Klassenkampf in jedem Land stärken und befruchten.

h) Die Feindschaft gegen Muslime bekämpfen

Die Feindschaft gegen muslimische Menschen beziehungsweise gegen die islamische Kultur und gegen die islamische Religion hat in Deutschland eine lange reaktionäre Tradition, über die aufgeklärt werden muss.

Neben der jüdischen Religion und der jüdischen Bevölkerung wurden schon zu Beginn des Mittelalters der Islam und seine Anhänger zum Feind des Christentums erklärt. Während der sieben zwischen 1096 und 1291 durchgeführten Plünderungs- und Mordzüge, den sogenannten Kreuzzügen, wurden Hunderttausende der muslimischen Bevölkerung, Männer, Frauen und Kinder im damaligen Palästina (und große Teile der jüdischen Bevölkerung Europas und Palästinas) ermordet.

Auch Martin Luther führte die christliche Tradition der Muslimfeindschaft fort. Er forderte, anknüpfend an die „Kreuzzüge“, einen „heiligen christlichen Krieg“ gegen die Muslime.

Am Ende des 19. Jahrhunderts entstanden christlich kolonialistische Hetzbilder gegen den Islam und die Muslime auch in Deutschland.

In dieser Situation war es August Bebel, der gut verstanden hatte, dass die ganze christlich-abendländische Hetze gegen den Islam nur reaktionären Zwecken dient. Bebel stellte ohne Zugeständnisse an das Phänomen Religion im Allgemeinen sehr nachdrücklich auch die Bewahrung und Weiterentwicklung von kulturellen Errungenschaften und weltweiter Wissenschaft durch die islamische Kultur heraus – im Unterschied zur Wissenschaftsfeindlichkeit in der christlichen Kirchengeschichte.

Die Tatsache, dass die kommunistischen Kräfte bei aller sorgfältig überlegten Kritik an der Religion gleichzeitig für die Religionsfreiheit, für die vollständige Trennung von Staat und Kirche in allen Aspekten und Lebensbereichen, für die Religion als Privatsache gegenüber dem Staat eintreten und kämpfen, erfordert genaue Analysen und die unerschütterliche vorrangige Solidarität mit den wegen ihrer Religion bedrohten, verfolgten und unterdrückten Menschen. Im Kampf für die Religionsfreiheit und auch für das Recht auf das Kopftuchtragen geht es ähnlich wie beim Recht auf Beschneidung nicht darum, wie mit Penetranz unterstellt wird, dass kommunistische Kräfte für das Kopftuch oder für die Beschneidung sind: Sie kämpfen für das Recht auf Kopftuch und Beschneidung gegen christlich-deutsche Arroganz!

In den letzten Jahren hat eine fürchterliche Hetze gegen die islamische Kultur und die islamische Religion vom christlich-abendländischen Standpunkt aus, oftmals verkleidet als Religionskritik, nicht nur zur Beschimpfung und Diskriminierung von Muslimen, sondern auch zu Anschlägen auf Moscheen und zu antiislamischen Überfällen geführt.

Auf der Grundlage dieser massenhaften Feindlichkeit gegenüber Muslimen entfaltet die muslimfeindliche Ideologie in den Köpfen der breiten Massen der deutschen Bevölkerung ihre Wirkung.¹⁰

Die kommunistischen Kräfte kämpfen Seite an Seite mit den von Muslimfeindschaft bedrohten und diskriminierten Menschen gegen alle Varianten der Muslimfeindschaft.

¹⁰ Laut bürgerlichen Umfragen halten über 50 Prozent der deutschen Bevölkerung den Islam für eine „archaische Religion, unfähig, sich an die Gegenwart anzupassen“. Jeder dritte Deutsche ist demnach dafür, dass muslimischen Menschen die Zuwanderung nach Deutschland verboten werden sollte.

V. Kampf gegen alle Varianten des Antikommunismus

10. Kampf gegen alle Varianten des offenen Antikommunismus

a) Der offene Antikommunismus ist so alt wie der wissenschaftliche Kommunismus selbst

Bereits im „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848 bezeichnen Marx und Engels den damaligen Antikommunismus als „heilige Hetzjagd“, bei der sich alle reaktionären Mächte verbündet haben – vom Zar über den Papst bis zum reaktionären Preußentum.

Am 18. März 1871 hatten sich die Arbeiterinnen und Arbeiter in Paris bewaffnet zur Revolution gegen die Bourgeoisie erhoben, deren Staatsmacht gewaltsam zerschlagen und – erstmals in der Geschichte – ihre eigene revolutionäre Staatsmacht errichtet, die Pariser Kommune. Das war eine Kriegserklärung an die gesamte alte Welt der Ausbeutung. Die Herren der Welt starteten eine großangelegte antikommunistische Hetzkampagne und die französische Konterrevolution ermordete 30.000 Kommunardinnen und Kommunarden unter führender Beteiligung des preußischen Staats. Marx ist in seiner Schrift „Bürgerkrieg in Frankreich“ dieser antikommunistischen Hetze entgegengetreten und hat die Erfahrungen des Kampfs der Pariser Kommune solidarisch ausgewertet.

Die Hauptzielscheibe des offenen Antikommunismus war nicht nur in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg der Marxismus, der aufs engste verknüpft war mit dem Namen Karl Marx.

b) Gegen die Oktoberrevolution und die sozialistische Sowjetunion

Mit dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 änderten sich Form und Charakter des offenen Antikommunismus. Denn jetzt hatte die erste proletarische Revolution in einem der größten Länder der Erde gesiegt; es war in der Praxis bewiesen, dass der wissenschaftliche Kommunismus wirklich eine Anleitung für die Revolution gegen die Bourgeoisie war. Die Zielscheibe des offenen Antikommunismus war nun vor allem auch die Praxis des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, um den Eindruck zu verbreiten, dass der Kapitalismus für die proletarische Klasse doch „die beste aller Welten“ sei. Jede noch so absurde Lüge und Verleumdung wurde aus dem Hut gezaubert. Vor allem in Deutschland hat sich der offene Antikommunismus mit der Judenfeindschaft verbunden und die Hetze gegen die

„jüdischen Bolschewiken“ war gang und gäbe. Gleichzeitig wurde versucht, die junge Sowjetmacht militärisch zu vernichten, was aber scheiterte.

Nach dem Tod Lenins 1923 und dem Ende des ersten Versuchs der Imperialisten, die UdSSR militärisch zu besiegen, wurde Stalin 1924 Generalsekretär der KPdSU(B). Stalin verstand es am besten, den Kampf für die proletarische Weltrevolution und die Fortsetzung der Revolution in der UdSSR weiterzuführen und weiterzuentwickeln. Er stand ab Mitte der 20er Jahre an der Spitze der kommunistischen Bewegung, die sich inzwischen über die ganze Welt ausgebreitet hatte.

c) Der Antikommunismus der Nazis

Spätestens ab 1933, als die Nazis die politischen Schalthebel der Macht in Deutschland übernahmen, konzentrierte sich der offene Antikommunismus zunehmend auf die UdSSR und die Person Stalins. Denn in der UdSSR wurde bewiesen, dass es möglich ist, eine Welt ohne Ausbeutung aufzubauen. Der Antikommunismus der Nazis verschmolz fast vollständig mit der nazistischen Judenfeindschaft. Der „jüdische Bolschewismus“ mit Stalin an der Spitze wurde als „Todfeind“ ausgemacht, den es mit allen Mitteln zu vernichten gelte. Für die Nazis war dies ein Bestandteil, wenn nicht die Speerspitze in ihrer Propaganda. Stalin und die Bolschewiki wurden als Marionetten der Juden dargestellt, mit deren Hilfe die Juden angeblich beabsichtigten, ihre „Weltherrschaft“ zu errichten und in einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ die „Arier“, also das „deutsche Volk“, zu unterwerfen, ja zu vernichten.

d) Offener Antikommunismus in Deutschland nach 1945

Nach 1945 lebte der Antikommunismus der Nazis in Deutschland im Kern ungebrochen weiter und wurde von der herrschenden Klasse weiterverwendet. Die militärisch besiegten, aber keineswegs verschwundenen Nazikräfte in Deutschland, aber auch die in den USA, in anderen europäischen Ländern sowie im Nahen Osten, behielten den alten Antikommunismus der Nazis mit seinem jüdenfeindlichen Charakter vom Inhalt her bei, veränderten lediglich hier und da die Form und aktualisierten das eine oder andere Detail. Es wurden lediglich einige Aspekte in den Hintergrund gestellt (etwa die Propaganda gegen den „jüdischen Bolschewismus“), einiges wurde neu aufpoliert und weiterentwickelt.

Bis heute ist in Deutschland ein wesentlicher Kernpunkt des offenen Antikommunismus der sogenannte „Antistalinismus“, der in der Tradition des

Antikommunismus der Nazis steht und sich direkt nach 1945 nicht nur gegen die damals noch sozialistische Sowjetunion richtete, sondern auch gegen die SBZ bzw. die DDR, die als Staat von „Stalins Marionetten“ verleumdet wurde.

Nach dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956, mit dem Beginn der revisionistischen Zersetzung der ehemals sozialistischen Sowjetunion und der Länder Osteuropas, die sich vom System des Weltimperialismus weitgehend lösten und Schritte hin zum Sozialismus unternahmen, begann eine neue Phase des Antikommunismus. Jetzt waren die antikommunistischen Kräfte eben nicht mehr vor allem auf Lügen und Verleumdungen über die sozialistische UdSSR zu Lebzeiten von Lenin und Stalin angewiesen, sondern konnten nun auch zunehmend Verbrechen der in den ehemals sozialistischen Ländern an die Macht gelangten revisionistischen Kräfte als „kommunistische Untaten“ verkaufen. So wurde auch die polizeistaatlich-revisionistische DDR jahrzehntelang zu einem abschreckenden Beispiel, zu einem der Faktoren, die bis heute den Antikommunismus in Deutschland erleichtern.

Die scheinbar einleuchtenden „Argumente“, die Praxis habe doch bewiesen, dass der Sozialismus nicht funktioniere, dass eine Kommunistische Partei bürokratisch erstarre, dass Revolutionen zwangsläufig scheiterten usw. bekamen neue Nahrung, insbesondere auch nach dem Zusammenbruch des revisionistischen Staatensystems der Sowjetunion ab 1989, das von den antikommunistischen Kräften als „Zusammenbruch des Sozialismus“ dargestellt wurde.¹¹

e) Offener Antikommunismus in Deutschland heute

Der offene Antikommunismus in Deutschland heute hat viele Facetten und Formen. Auch wenn alle diese Varianten auch selbstständig existieren, sind sie zumeist verknüpft mit der Hetze gegen Stalin.

Wer Stalin heute in Deutschland öffentlich verteidigt, wer sich über Stalin in irgendeiner Weise positiv äußert, sieht sich einer riesigen Koalition aller reaktionären und konterrevolutionären Kräfte gegenüber, von den Nazis und den bürgerlichen Parteien über Trotzlisten und Revisionisten bis

¹¹ Siehe zu diesem Punkt genauer im Band „Grundfragen im Kampf für die sozialistische Revolution und den Kommunismus“ den Teil „Der Antikommunismus und die Errichtung des Kapitalismus in der UdSSR und den anderen ehemals sozialistischen Ländern“

zu den Anarchisten. Alle diese Kräfte sind sich einig gegen Stalin, schreien sich die Kehle heiser und verbreiten Verdrehungen, Verleumdungen und Lügen, um Stalin als grausamen Tyrannen und Diktator zu befeuern und ihn – von den Nazis hier mal abgesehen – gar mit Hitler gleichzusetzen usw. Und es ist so, dass sich viele fortschrittliche Menschen davon anstecken lassen. Der sogenannte Antistalinismus wirkt heute in Deutschland bis hinein in sich als links verstehende und sogar revolutionäre Kräfte.

Warum ist diese Variante des offenen Antikommunismus gerade in Deutschland so stark und weit verbreitet?

Das hat vor allem auch damit zu tun, dass die sozialistische Sowjetunion unter der Anleitung Stalins den Hauptteil dazu beitrug, dass das nazifaschistische Deutschland militärisch besiegt wurde. Allein aus diesem Grund müssten alle demokratischen Kräfte, die den Nazifaschismus hassen, sich im Gefühl der Dankbarkeit und Solidarität ernsthaft damit beschäftigen, warum Stalin so verleumdet wird. Es ist dies einer der Gründe, warum Stalin weltweit von vielen positiv eingeschätzt wird, aber besonders in Deutschland auch von vielen gehasst wird.

11. Kampf gegen alle Varianten des Opportunismus und Revisionismus

Der tiefgehende Kampf gegen alle Varianten des offenen Antikommunismus erfordert gleichzeitig sowohl gegen alle Varianten der opportunistischen Politik der Klassenversöhnung, des Legalismus und der Kapitulation vor dem Imperialismus anzukämpfen als auch gegen die Varianten der Revision der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus.

Dabei ist es die Aufgabe, die sich ständig verändernden opportunistischen, reformistischen und revisionistischen Gruppen und ihre konkrete Gefährlichkeit in verschiedenen Situationen sowohl im praktischen politischen Kampf, als auch auf theoretischem Gebiet zu analysieren und zu bekämpfen, um den kommunistischen Kräften, der Kommunistischen Partei die notwendige Durchschlagskraft zu ermöglichen.

Dabei wird sich praktisch zeigen, dass je größer der Einfluss der wirklich am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte auf eine sich entwickelnde revolutionäre Bewegung sein wird, umso gefährlicher auch Varianten des alten und sich in neuen Formen entwickelnden Revisionismus werden, dass sich Opportunisten und Renegaten ganz bewusst zur

Täuschung auf den wissenschaftlichen Kommunismus berufen werden, um den Einfluss der kommunistischen Kräfte besser bekämpfen zu können.

Entscheidend für den wirklich tiefgehenden, offensiven Kampf gegen alle Varianten des Antikommunismus ist, die Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus zu studieren und sich tiefgehend anzueignen, sie zu propagieren, zu erklären und in lebendiger Form zu erläutern. Dies muss erfolgen im Zusammenhang mit der Verteidigung des Kampfes der kommunistischen Weltbewegung und des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins, im Kampf gegen den modernen Revisionismus, gegen die revisionistischen Zerrbilder wie der SED und der DDR oder der Sowjetunion der 60er, 70er oder 80er Jahre. Diese wurden jahrzehntelang zu einem abschreckenden Beispiel, zu einem der Faktoren, die bis heute den Antikommunismus in Deutschland erleichtern.

Nur in diesen Kämpfen können sowohl eine zielklare Kommunistische Partei aufgebaut als auch die verschiedenen ökonomischen und demokratischen Tageskämpfe angeleitet werden. Nur so kann ein erfolgreicher Kampf für die Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution, ein wirklicher Kampf für den Kommunismus geführt werden. Und das ist und bleibt die Hauptsache.

**Eine notwendige Schlussbemerkung:
Der Kampf für die sozialistische
Revolution und für den Kommunismus
ist die Hauptsache!**

Ein grundlegendes Problem bei den bisher dargelegten Aufgaben des Kampfs gegen den deutschen Imperialismus ist, dass der Kampf gegen die Besonderheiten des deutschen Imperialismus, dass der demokratische Kampf gegen den deutschen Imperialismus zwingend nötig ist, aber noch nicht das grundlegende Kampfprogramm der sozialistischen Revolution in sich enthält.

Und es ist keinesfalls klar, in welchem Umfang welche demokratischen Kämpfe in der Lage sein werden, schon kleinere oder größere Erfolge zu erringen und welche eigentlichen demokratischen Aufgaben noch während der sozialistischen Revolution und auch nach dem Sieg der sozialistischen Revolution in der nachfolgenden Zeitspanne erledigt werden müssen. Insofern sind all diese Kämpfe auch unverzichtbarer Teil der sozialistischen Revolution, auch wenn sie nicht den Kern der sozialistischen Revolution betreffen: die Errichtung der Diktatur des Proletariats und die Schaffung der sozialistischen Demokratie, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel in größtmöglichem Umfang – unter Berücksichtigung des jeweiligen Stands der Klassenkämpfe und der jeweiligen ökonomischen und politischen Lage international sowie in Deutschland.

Die notwendige Bewusstheit, das revolutionäre politische Klassenbewusstsein, und die notwendige Organisiertheit der Mehrheit der proletarischen Klasse, um die sozialistische Revolution siegreich durchführen zu können, entwickeln sich im konkreten Kampf gegen den deutschen Imperialismus mit all seinen Besonderheiten. Wenn dann der Generalangriff auf den deutschen Imperialismus, auf seinen Staat, auf das kapitalistisch-imperialistische System begonnen und die sozialistische Revolution siegreich durchgeführt wird, so gilt auch hier mitten und direkt nach der sozialistischen Revolution, dass die Aufgabe bestehen bleibt, die Besonderheiten der Lage, die Besonderheiten des Landes und der jeweiligen Zeitspanne genau zu analysieren und zu erfassen.

Auch wenn sich viele Einzelheiten und Besonderheiten zur Sicherung einer siegreichen sozialistischen Revolution in den ersten Wochen, Monaten und Jahren nur präzise durch die konkrete Analyse der konkreten Situation wirklich festlegen lassen, so sind jedoch auf jeden Fall die Bereiche klar, in denen die Entscheidungen gefällt werden müssen:

Schon während der Vorbereitung der sozialistischen Revolution ist klar, dass nach dem Sieg der sozialistischen Revolution, den Besonderheiten der Lage entsprechend, nicht nur die Konterrevolution unterdrückt werden muss, sondern es eben auch die Aufgabe der proletarischen Klasse ist – mit

all ihren Fähigkeiten und ihren Beziehungen auch zu anderen verbündeten Schichten –, die Ernährung, das Gesundheitswesen, das Bildungswesen, die Kommunikation und das Verkehrswesen sicherzustellen und zu organisieren, um nur die grundlegende Aufgaben zu nennen. Die Besetzung nicht nur der militärischen und ökonomischen Kommandohöhen, sondern eben auch die Besetzung der Kommandohöhen des Transports, der Kommunikation und der Medien – also der Kernbereiche der Infrastruktur – muss auf der Basis schon vorher analysierter grundlegender Faktoren dann aus der Situation heraus geplant und durchgeführt werden.

Die Besonderheiten der sozialistischen Revolution in Deutschland können erst wirklich erfasst werden, wenn durch eine Analyse der ökonomischen und politischen Verhältnisse eine Klassenanalyse konkretisiert wird und das Verhalten der Klassen und Schichten in den konkreten Kämpfen im Zusammenhang mit der Klassenanalyse ebenfalls analysiert und eingeschätzt wird.

Es soll also hervorgehoben werden, dass die Besonderheiten des deutschen Imperialismus analysiert und bekämpft werden müssen. Und dass es vor allem darum geht, bei der unmittelbaren Vorbereitung der sozialistischen Revolution und des bewaffneten Aufstands, bei der unmittelbaren Durchführung der Revolution und direkt danach auch die Fülle der durch die Situation entstandenen konkreten Bedingungen aktuell und so genau wie möglich zu analysieren und zu bestimmen. Das ist zentral, um in dieser entscheidenden Phase nicht in allgemeinen Fragen stecken zu bleiben, sondern grundlegende Richtlinien der sozialistischen Revolution mit der konkreten Situation in Deutschland in Theorie und Praxis zu verbinden.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
I. Der proletarische Internationalismus als Voraussetzung für die sozialistische Revolution in Deutschland	13
1. Proletarischer Internationalismus und der Kampf für den weltweiten Kommunismus	15
2. Proletarischer Internationalismus und der Kampf gegen den europäischen Chauvinismus	16
3. Proletarischer Internationalismus und der Kampf gegen den deutschen Nationalismus	17
II. Der Kampf gegen den deutschen Imperialismus als imperialistische Großmacht	21
4. Internationale Solidarität im Kampf gegen den deutschen Imperialismus	23
5. Antimilitaristischer und antirevanchistischer Kampf, der Kampf gegen den imperialistischen Krieg	26
a) Was bedeutet deutscher Revanchismus?	26
Die revanchistische Propaganda und Politik der Einverleibung aller angeblich „urdeutschen Gebiete“	28
Annexionistische Bestrebungen gegenüber Österreich	28
Revanchistische Pläne gegen die Länder Osteuropas	29
Polen und die Oder-Neiße-Grenze	30
Russland und die sozialistische Sowjetunion	31
Tschechien	33
Der Revanchismus richtet sich nicht nur „gegen Osten“	34
Revanche für den verlorenen Zweiten Weltkrieg gegen die USA, England und Frankreich	35
Revanchistischer Charakter der „Europa-Pläne“	36
Der deutsche Revanchismus als Instrument zur Mobilisierung breiter Massen für die Weltherrschaftsziele des deutschen Imperialismus	37
b) Was bedeutet deutscher Militarismus?	38
c) Antimilitaristischer und antirevanchistischer Kampf	40

III. Ökonomische Kämpfe, der Kampf gegen Faschisierung und gegen die Gefahr einer offenen Diktatur der Bourgeoisie	45
6. Tageskämpfe gegen verschärfte Ausbeutung und zunehmende Verelendung	47
a) Besonderheiten der Ideologie vom „Sozialstaat“ und des Aberglaubens an den Staat in Deutschland	48
b) Probleme und Aufgaben im Kampf gegen das Hartz-IV-System	52
c) Wie richtig gegen die sog. Arbeiteraristokratie, die Gewerkschaftsführung und ihren Apparat kämpfen?	53
d) Kampf gegen verschärfte Ausbeutung, gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen	56
e) Zum Kampf gegen die zunehmende Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen	57
7. Kampf gegen staatliche Faschisierung, Naziterror und für demokratische Rechte sowie gegen die Gefahr der Errichtung einer offenen Diktatur der Bourgeoisie	58
a) Zur Funktion von Hartz IV für den deutschen Imperialismus bei der Verschärfung der staatlichen Faschisierung	58
b) Nazis sind Teil des deutschen Imperialismus: Die Nazis mitten im Staatsapparat!	59
c) Kampf gegen Nazis	63
d) Kampf gegen staatliche Faschisierung und für demokratische Rechte	65
e) Kampf gegen die Gefahr von Ausnahmezustand, Militärdiktatur und faschistische Diktatur	66
IV. Kampf gegen „Teile und Herrsche“ als Voraussetzung einer siegreichen sozialistischen Revolution	67
8. Kampf gegen Sexismus	69
a) Zum Kampf gegen Unterdrückung, Diskriminierung und Ausbeutung der Frauen	69
b) Kampf gegen Hetze, Diskriminierung und Verfolgung von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen	76
c) Kampf gegen weitere Formen sexistischer Hetze, Diskriminierung und Verfolgung	82

9. Kampf gegen die Diskriminierung von Minderheiten	83
a) Kampf für die Gleichberechtigung und die Rechte der nationalen Minderheiten in Deutschland	83
b) Die Judenfeindschaft bekämpfen	89
c) Die Feindschaft gegen Sinti und Roma bekämpfen	92
d) Die mörderische Ideologie und Praxis vom „lebensunwerten Leben“	94
e) Kampf gegen den Kolonialrassismus und die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“	97
f) Kampf gegen Diskriminierung und Unterdrückung von Migrantinnen und Migranten	100
g) Kampf gegen das mörderische Programm des deutschen Staats gegen Geflüchtete	103
h) Die Feindschaft gegen Muslime bekämpfen	106

V. Kampf gegen alle Varianten des Antikommunismus

V. Kampf gegen alle Varianten des Antikommunismus	109
10. Kampf gegen alle Varianten des offenen Antikommunismus	111
a) Der offene Antikommunismus ist so alt wie der wissenschaftliche Kommunismus selbst	111
b) Gegen die Oktoberrevolution und die sozialistische Sowjetunion	111
c) Der Antikommunismus der Nazis	112
d) Offener Antikommunismus in Deutschland nach 1945	112
e) Offener Antikommunismus in Deutschland heute	113
11. Kampf gegen alle Varianten des Opportunismus und Revisionismus	114

Eine notwendige Schlussbemerkung:

Der Kampf für die sozialistische Revolution und für den Kommunismus ist die Hauptsache!

117

Zur Diskussion gestellt

**Programmatische Kernpunkte
im Kampf für die sozialistische
Revolution und den Kommunismus**



50 Seiten, 2 €

Zu bestellen bei:

Literaturvertrieb Georgi Dimitroff
Postfach 102051
D-63020 Offenbach a.M.
info@litvertriebdimitroff.de

Vorbemerkung aus „Programmatische Kernpunkte...“

In dem nachfolgenden Text werden in kompakter Form zunächst prinzipielle Überlegungen über Kapitalismus, Imperialismus und Kommunismus sowie über die sozialistische Revolution zusammengefasst. In einem zweiten Teil werden dann – ebenfalls in kompakter Form – Fragen der Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland dargelegt. Auch hier liegt eine umfangreiche erläuternde programmatische Erklärung für das genauere Studium vor. Die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus sind nicht vom Himmel gefallen, sind nichts Ausgedachtes, sondern haben sich aus dem Studium der Geschichte des Kapitalismus und der Klassenkämpfe entwickelt. Um diesen Zusammenhang zu unterstreichen, wird abschließend überblicksartig jeweils der Aufbau unserer Studien zur Geschichte des Weltimperialismus und der weltweiten Klassenkämpfe und der Geschichte des deutschen Imperialismus und der Klassenkämpfe gegen den deutschen Imperialismus vorgestellt.

Das Ziel dieser Zusammenfassungen ist es, sowohl in übersichtlicher, knapper Form unsere Linie darzustellen als auch dazu anzuregen und dazu aufzufordern, die umfangreichen Begründungen in den programmatischen Dokumenten (Band 1 und 2) sowie in den grundlegenden Dokumenten (Band 3 und 4) zu studieren. Die hier vorgelegte Fassung der „Programmatischen Kernpunkte“ sowie auch die Fassungen von Band 1 bis 4 werden im Umfeld von Gegen die Strömung (GDS) zur Diskussion gestellt, aber auch anderen revolutionären, sich am Kommunismus orientierenden Gruppierungen zur Verfügung gestellt. Die Ergebnisse dieser Diskussionen werden in einem Jahr zusammenfassend dargestellt und bei einer Neuauflage berücksichtigt werden.

Zur Diskussion gestellt

**Grundfragen im Kampf
für die sozialistische Revolution
und den Kommunismus**

Im Kampf für den Kommunismus (Band 1)



180 Seiten, 8 €

Zur Diskussion gestellt

**Grundfragen der Vorbereitung
der sozialistischen Revolution
in Deutschland**

**Aufgaben und Probleme des Kampfs
gegen den deutschen Imperialismus**

Im Kampf für den Kommunismus (Band 2)



125 Seiten, 5 €

Zur Diskussion gestellt

**Grundzüge der Entwicklung
des Weltimperialismus und der
Klassenkämpfe (1900–2010)**

Ein erster Überblick

Im Kampf für den Kommunismus (Band 3)



245 Seiten, 10 €

Zur Diskussion gestellt

**Grundzüge der Geschichte des
deutschen Imperialismus und der
Klassenkämpfe (1900–2010)**

Ein erster Überblick

Im Kampf für den Kommunismus (Band 4)



230 Seiten, 10 €